

marx21

1/2020 | FRÜHJAHR 2020 | 4,50 EURO | MARX21.DE

MAGAZIN FÜR INTERNATIONALEN SOZIALISMUS

CORONAVIRUS: WAS SIE NICHT SAGEN.



ÜBER DIE VERANTWORTUNG DER AGRARINDUSTRIE FÜR CORONA, DIE AKUTEN AUFGABEN DER LINKEN UND NACHHALTIGE LÖSUNGEN IM KAMPF GEGEN VIREN.

ÖSTERREICH 4,70 EURO
SCHWEIZ 7,50 CHF





BRASILIEN

Marielle Franco ist ein Symbol für den Kampf derer geworden, die nicht in das Brasilien Bolsonaros passen: Arme, Schwarze, LGBTQ, Arbeiterinnen, Bewohner von Favelas, Linke. Am 14. März 2018 wird die Stadtpolitikerin der Partei für Sozialismus und Freiheit gemeinsam mit ihrem Fahrer Anderson Gomes erschossen. Bis heute ist der Fall ungeklärt: Zwar sind zwei Tatverdächtige schuldig gesprochen worden, die Verflechtungen der Familie Bolsonaro in den Mord werden aber nicht aufgearbeitet. Auf den brasilianischen Karnevalszügen ist Marielle ein ständiges Thema. Die antikapitalistische Jugendbewegung schreibt zu ihrem Todestag: »Wir werden gemeinsam auf den Straßen gehen, die gleichen Kämpfe wie Marielle kämpfen und fragen: Wer hat Marielle töten lassen?.«*

Wie weggeblasen

Liebe Leserinnen und Leser,

Wir leben in einer Zeit, in der ineinandergreifende globale Krisen das kapitalistische System erschüttern. Während die dramatischen Ausmaße der Klimakrise uns vor Augen führten, dass der Kapitalismus bereits in naher Zukunft das Überleben auf dem Planeten unmöglich machen könnte, bedroht nun eine weltweite Gesundheitskrise Millionen Menschen und stellt unser aller Leben auf den Kopf: Militärlazarette in europäischen Großstädten, Ausgangssperren, überlastete Krankenhäuser, einstürzende Aktienmärkte, Angst um den Arbeitsplatz und Angst, wie die nächste Miete gezahlt werden soll.

Die Ereignisse überschlugen sich so schnell, dass die vor wenigen Wochen noch alles bestimmenden Themen nun wie weggeblasen erscheinen. Hanau, Thüringen, Lesbos – war da was? Der Aufschrei über Nazi-Morde und ein Europa, das an seinen Grenzen auf Geflüchtete schießt, ist verhallt angesichts einer Pandemie, die die Welt nicht nur in Atem hält, sondern auch nachhaltig verändern wird. Doch was nun?

Die Wucht der Coronakrise traf auch die marx21-Redaktion unvorbereitet. Richtig klar wurde uns ihr Ausmaß erst nach einem Gespräch mit dem Evolutionsbiologen Rob Wallace. Das Interview avancierte in kürzester Zeit zu einem der meistgelesenen Beiträge auf marx21.de.

Eigentlich sollte die Verkehrswende das Titelthema dieser Ausgabe werden. Die Beiträge waren schon fast alle fertig, als uns klar wurde: Wir müssen umsteuern! Entstanden ist der umfangreichste Schwerpunkt in der Geschichte unseres Magazins. Auf über fünfzig Seiten behandeln wir unter anderem diese Fragen: Wie gefährlich ist das neuartige Coronavirus? Welche Ursachen hat die Pandemie? Was sind nachhaltige Lösungen im Kampf gegen Viren? Und wie kann die Linke angesichts der Coronakrise reagieren? Los geht's ab Seite 30.

Auch wer Corona jetzt schon nicht mehr hören und sehen kann, kommt in dieser

Ausgabe auf seine oder ihre Kosten: Wir analysieren die Krise des Konservatismus, liefern Hintergründe zur wachsenden Transfeindlichkeit auch in den Reihen der Linken und blicken angesichts des hundertsten Jahrestags zurück auf den Kapp-Putsch und den größten Generalstreik in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der ihn zerschlug. Außerdem beleuchten wir wie in jeder Ausgabe den weltweiten Widerstand.

Vor eine wesentlich härtere Entscheidung stellte uns Corona an anderer Stelle: Schweren Herzens mussten wir »MARXIS' MUSS 2020« in der geplanten Form als Kongress in Berlin absagen.

Die gute Nachricht: Wir arbeiten mit Hochdruck an einem alternativen, kostenlosen Online-Angebot. Zwar wird das nicht den gewohnten Umfang des Kongresses haben, trotzdem können wir so zumindest Online-Debatten mit euch führen und Vorträge per Videokonferenz und Streaming anbieten.

Denn Bedarf an Diskussion und Austausch gibt es vermutlich mehr denn je. Näheres werden wir bald auf unserer Homepage und auf www.marxismuss.de bekannt geben.

Wer während der Corona-Zwangspause nach Beschäftigung sucht und von unserem Quarantäne-Quiz auf den Seiten 60 und 61 nicht lange bei der Stange gehalten wird, dem sei unser neuer Lesestoff ans Herz gelegt. Alle Neuerscheinungen und Altbewährtes aus unserem Verlagsprogramm findet ihr auf www.editionaurora.de.

Und wir haben noch ein besonderes Angebot: Um euch das neue Buch »Marxismus und die Klimakrise« zu sichern, müsst ihr nichts weiter tun, als einen Freund oder eine Genossin für ein marx21-Abonnement zu werben.

Ihr habt selbst noch kein Abo? Dann schlagt jetzt zu! Auch bei Abschluss eures eigenen Jahresabos bekommt ihr unser Buch zur Klimakrise geschenkt.

Viel Spaß beim Lesen!
Eure Redaktion

LESER WERBEN LESER

**DEIN ABO,
DEIN BUCH.**



editionaurora.de

»Wer sich ernsthaft mit den Ursachen der Klimakrise beschäftigt, kommt nicht daran vorbei, den Kapitalismus in Frage zu stellen. Nur dann kann es gelingen, die ökologische und soziale Krise zu bewältigen. Dieses Buch zeigt, wie es gehen kann.«

Kathrin Hartmann, Autorin von »Die grüne Lüge: Weltrettung als profitables Geschäftsmodell«



»Für DIE LINKE steht beim Klimaschutz der Kampf für ein anderes Wirtschaftsmodell im Zentrum. Es geht darum, dass die Verantwortlichen und Profiteure die Kosten tragen, nicht die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Für die anstehenden Auseinandersetzungen liefert das Buch wertvolle Argumente.«

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE



Marxismus und die Klimakrise: Wie kann der Planet gerettet werden? | Sergen Canoglu / Jürgen Ehlers / Yaak Pabst / Nina Papenfuß | 292 Seiten | EUR 16,50 | ISBN 978-3-947240-28-9 | 2019

Fragen? Anregungen? Kritik? Lobhudelei?

Wir freuen uns auf deine Post.

REDAKTIONSADRESSE

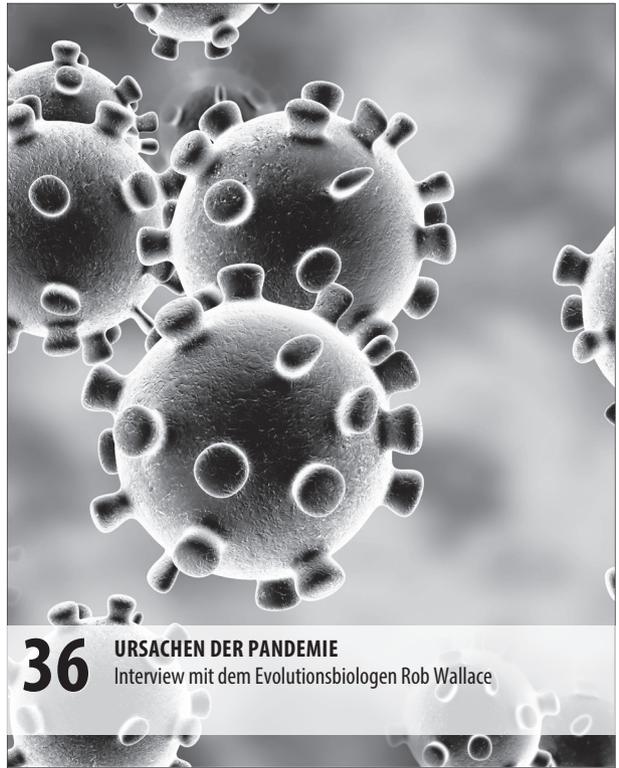
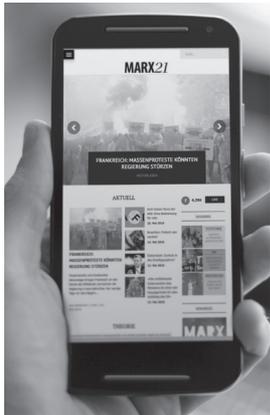
Redaktion marx21, PF 44 03 46, 12003 Berlin
Mail: redaktion@marx21.de, Telefon: 030 / 68 23 14 90



TITEL: CORONAKRISE

Infografik Immer mehr Pandemien	31
Opposition im Ausnahmezustand Widerstand in Zeiten von Corona	32
Ursachen der Pandemie Interview mit dem Evolutionsbiologen Rob Wallace	36
Corona Fried Chicken Brutstätten der Killerviren	42
Virenherd Coronavirus und Kapitalismus	46
Systemversagen Ein Virus für die Reichen	48
Zombi-Kapitalismus Corona und die Wirtschaftskrise	50
WHO Für Konzerne statt Gesundheit	51
Bürgerrechte Warum Ausgangssperren falsch sind	54
Das Monster vor der Tür Corona in den USA	56
Lagerkoller Bücher, Spiele und Filmtipps zur Pandemie	58
Quarantäne-Quiz Weiß Jens Spahn, was er tut?	60
Intensivstation Eine Pflegekraft packt aus	62
Krankenhausmisere Der Irrsinn der Fallpauschalen	66
Blinder Fleck Nicht alle können einfach zu Hause bleiben	69
AfD Die Seuche des Rassismus	70
Arbeiterrechte Klassenkampf in Zeiten des Virus	73
Lohn für Quarantäne Streiks in Italien	76
Kein Burgfrieden! Die Gewerkschaften in der Viruskrise	79
INLAND	
Rassistische Scheindebatte Nikab-Verbot an Schulen	10
Keine Stimme den Faschisten! Thüringer Tabubruch Nummer 2	11
Sieg in die Sackgasse? Bodo Ramelow und DIE LINKE Thüringen	12
Nach Hanau Migrantische Kämpfe stärken	16
CDU-Krise Ist der Konservatismus am Ende?	17
Merz Ein Aufbauprogramm für die AfD	22
Transfeindlichkeit Hetze von unerwarteter Seite	25

marx21.de

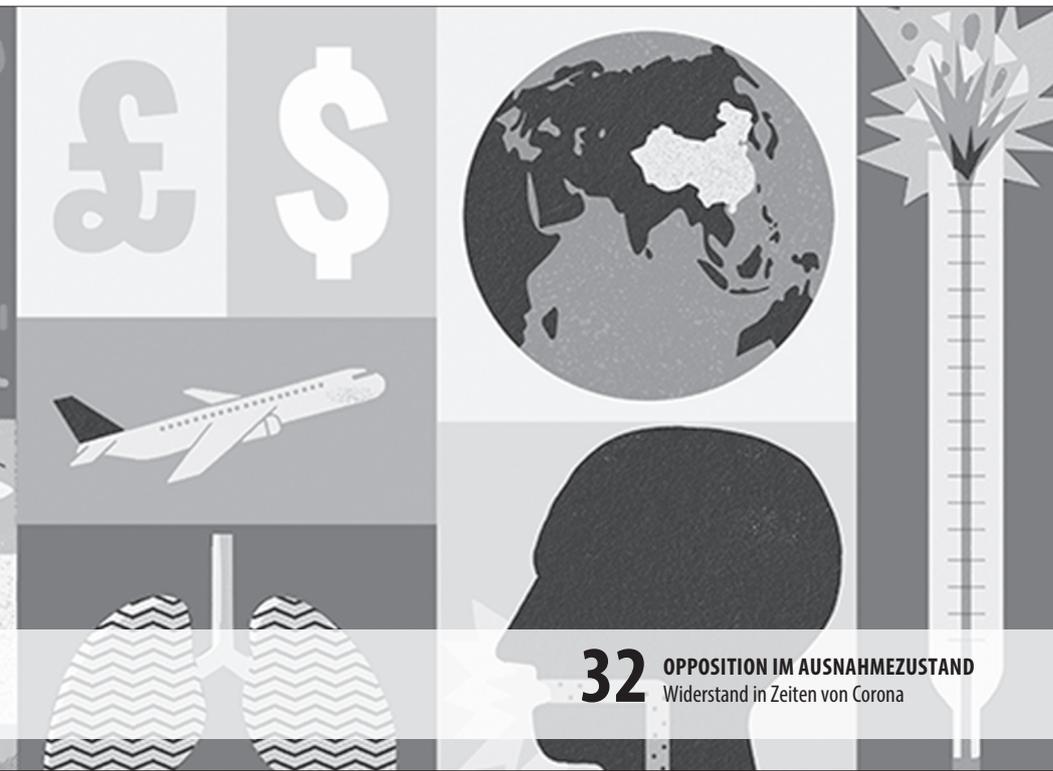


36 **URSACHEN DER PANDEMIE**
Interview mit dem Evolutionsbiologen Rob Wallace



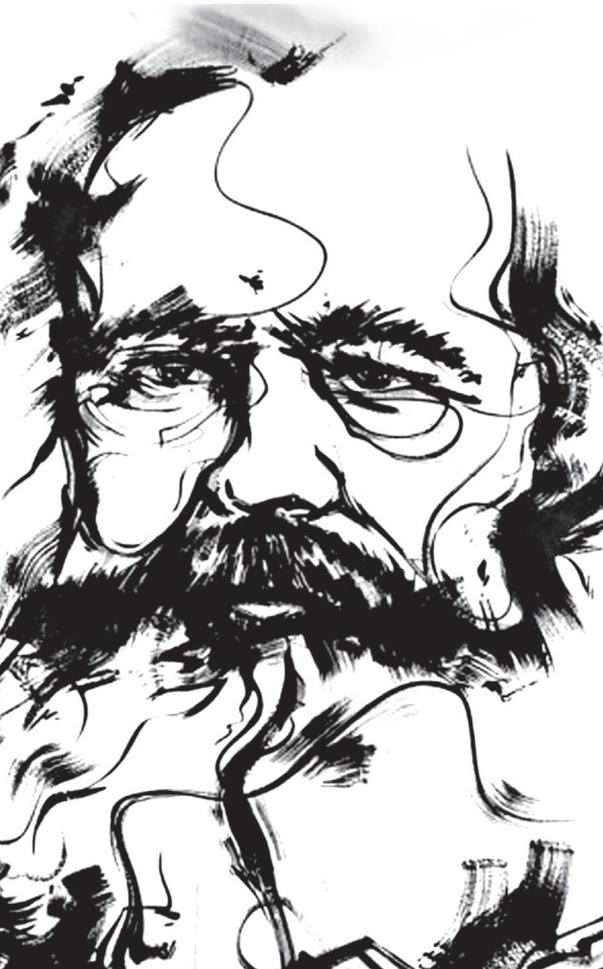
62 **INTENSIVSTATION**
Eine Pflegekraft packt aus





32 **OPPOSITION IM AUSNAHMEZUSTAND**
Widerstand in Zeiten von Corona

48 **SYSTEMVERSAGEN**
Ein Virus für die Reichen



56 **DAS MONSTER VOR DER TÜR**
Corona in den USA



INTERNATIONALES

LGBT+ »Transrechte sind kein Angriff auf Frauen« 26

»Afrika sichtbar machen«
Antikoloniale Lektüre 94

GESCHICHTE

100 Jahre Kapp-Putsch
»Wer weiter geht, wird erschossen.« 84

Vergessenes Kapitel
Neues Buch über den Kapp-Putsch 96

THEORIE

»System Change not Climate Change«
Reader zur Klimakrise 96

Künstliche Intelligenz
Sozialismus oder KI-Barbarei 97

KULTUR

»Parasite« Grotteske über »oben« & »unten« 88

Küche, Karriere und Kommunismus
Die Frau hinter der »Frankfurter Küche« 90

Höchstens Kleinkunst
Die Känguru-Chroniken im Kino 95

Seenotrettung
Romandebüt der Sea-Watch-Kapitänin 97

»Moribund« Portraits aus der amerikanischen Klassengesellschaft 97

RUBRIKEN

Editorial 03

Impressum 06

Fotostory 08

Briefe an die Redaktion 07

Weltweiter Widerstand 82

Review 90

Die letzte Seite 98

marx21 – Magazin für internationalen Sozialismus

14. Jahrgang, Heft 61
Nr. 1, Frühjahr 2020

ISSN 1865-2557
www.marx21.de

Herausgeber

m21 – Verein für solidarische Perspektiven im
21. Jahrhundert e.V.

Redaktion Print & Online

Yaak Pabst (leitender Redakteur/V.i.S.d.P.),
Martin Haller (stellv.), Alina Floors, Lisa Hofmann,
Oliver Krieg, Ivan Lucic, Jan Maas, Hannes Maerker,
Ava Matheis, Arthur Radoschewski, Thomas Walter

Lektorat

Clara Dirksen, Brian Jansen, Ramsis Kilani, Johannes König,
Boris Marlow, Rosemarie Nünning, David Paenson, Christoph
Timann, Thomas Walter, Ilonka Wilk, Irmgard Wurdack

Übersetzungen

Martin Haller, Rosemarie Nünning, David Paenson,
Yaak Pabst, Sascha Radl, Thomas Walter

Layout

Oliver Krieg, Hannes Maerker, Yaak Pabst

Covergestaltung

Yaak Pabst

Redaktioneller Beirat (Koordinierungskreis marx21)

Daniel Anton, Stefan Bornost, Christine Buchholz,
Michael Ferschke, Martin Haller, Cora Hartmann,
Lukas Hochberger, Ramsis Kilani, Ronda Kipka,
Daniel Kerekes, Jary Koch, Max Manzey, Volkhard Mosler,
Yaak Pabst, Nina Papenfuß, Jasper Stange, Lucia Schnell,
Katharina Stierl, Silke Stöckl, Irmgard Wurdack

Druck

Lietuvos Rytas Print
Gedimino pr. 12A
LT-01103 Vilnius

Abonnement

marx21 erscheint fünfmal jährlich.
5 Euro pro Ausgabe (inkl. Porto)
Telefon: 030 – 68 23 14 90
Fax: 030 – 68 22 97 35
Mail: abo@marx21.de

Bankverbindung

GLS Bank / Konto 1119136700 / BLZ 430 609 67
IBAN: DE36 4306 0967 1119 1367 00
Kontoinhaber: m21 – Verein für solidarische
Perspektiven im 21. Jahrhundert e.V.
IBAN: DE36 4306 0967 1119 1367 00
BIC: GENODEM1GLS

Redaktionsadresse

Redaktion marx21
PF 44 03 46
12003 Berlin
Mail: redaktion@marx21.de

**Die nächste Ausgabe von marx21
erscheint Mitte Mai 2020
(Redaktionsschluss: 20.04.2020)**

BRIEFE AN DIE REDAKTION



Zum Artikel Coronavirus: »Die Agrarindustrie würde Millionen Tote riskieren.« (Interview mit Rob Wallace, marx21.de, 11.03.2020)

Ich finde den Artikel großartig und eine wichtige Bereicherung in Zeiten der Verharmlosung einer noch nie dagewesenen Epidemie. Vielen Dank.

Alper Sirin, auf unserer Facebook-Seite

Ne echt, machen wir jetzt in Verschwörungstheorien? (...) Ich halte es für entscheidend, dass menschliche und tierische Viren nicht eng zusammenkommen, dazu enthält der Artikel Ansätze. An anderer Stelle polemisiert das Interview unnötig gegen industrielle Landwirtschaft. Der Kapitalismus hat uns auch die Mittel an die Hand gegeben, solche Epidemien schnell zu entdecken und etwas dagegen zu tun, statt Anbeten irgendwelcher Naturgötter o.ä. - im Interview kommt das nicht vor. Meine Kritik hinsichtlich »Verschwörungstheorien« bezieht sich aber nicht auf den Artikel, sondern auf die (mögliche) Titelseite: »Was sie nicht sagen.«

Christian Schröppel, auf unserer Facebook-Seite

Es wäre sicher hilfreich, genauer zu erklären, dass industrielle Nahrungsmittelproduktion heutzutage eben eine kapitalistische industrielle Nahrungsmittelproduktion ist und dass sich eine industrielle Nahrungsmittelproduktion unter sozialistischen Bedingungen ganz anders darstellen würde.

Mass Jam, auf unserer Facebook-Seite

Gegen die industrielle Landwirtschaft in ihrer jetzigen Form, speziell die Massentierhaltung zu argumentieren, ist keine »unnötige Polemik«. Die Methoden der Massentierhaltung sind ein Kern des Problems. In den letzten 30 Jahren hat sich sowohl die Nahrungsmittelherstellung, als auch damit der Konsum radikal verändert. Weil bei der industriellen Massentierhaltung eine große Zahl von Tieren auf engem Raum konzentriert werden und der Durchlauf ständig erhöht wird, förderte diese die schnellere Entstehung, Übertragung und Vermischung von Viren. Es ist kein Zufall, dass in den letzten Jahrzehnten vermehrt Viren in Umlauf kommen und unser Immunsystem attackieren. Dieses ist gleichzeitig bei vielen (vorallem ärmeren Menschen) durch schlechte Ernährung, schlechte Wohnverhältnisse, mangelnde Bewegung und Stress durch Verdichtung der Arbeitszeiten verletzlicher. (...) Natürlich geht es um eine bessere Ausstattung des Gesundheitssystems und (sollte ein Impfstoff gefunden worden sein) um die kostenfreie Verteilung von möglichen Impfstoffen. Aber das sind nur Notfallmaßnahmen. Als Linke sollten wir auch die strukturellen Ursachen bekämpfen. Wir müssen die Massentierhaltung und die industrielle Landwirtschaft beenden, die die Erde von Wäldern entleert und den Boden seiner natürlichen Nährstoffe beraubt. Diese Methoden müssen ersetzt werden durch eine geplante, vergesellschaftete, sichere und humane Massentierhaltung und Landwirtschaft, die ökologisch nachhaltig ist und uns mit der notwendigen Nahrung versorgt. Für mich ist klar: In einer Gesellschaft, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen (und der Tiere) und nicht am Profit orientiert, wird der Fleischkonsum, wie er aktuell stattfindet, nicht mehr möglich sein.

Yaak Pabst, auf unserer Facebook-Seite

Ich finde schon, dass man über ein paar Aussagen diskutieren kann. Das stellt ja nicht in Frage, dass das Interview insgesamt sehr gut ist. Es hat ja niemand die Weisheit mit Löffeln gefressen. Wallace sagt an einer Stelle: »Die nach kapitalistischen Bedürfnissen organisierte Landwirtschaft, die an die Stelle der natürlichen Ökologie tritt, bietet genau die Mittel, durch die ein Krankheitserreger die gefährlichste und ansteckendste Erscheinungsform entwickeln kann.« Die natürliche Ökologie hinsichtlich der Ernährung des Homo Sapiens ist Jagen und Sammeln. Der moderne Mensch zeichnet sich aber gerade dadurch aus, dass er aus der Natur heraustritt, sie bewusst formt und eben kein Naturwesen mehr ist. Das geschieht in Gestalt einer Klassengesellschaft, darum kritisiert Wallace die nach kapitalistischen

Bedürfnissen organisierte Landwirtschaft zu Recht, aber im 21. Jahrhundert ist keine natürliche Ökologie der Ernährung mehr möglich. Denken wir nur an den Grad der Verstädterung. Später sagt Wallace: »Dazu muss die Nahrungsmittelproduktion zunächst wieder in die Bedürfnisse der ländlichen Gemeinden integriert werden.« Es geht aber gerade darum, die Bedürfnisse der ländlichen Produzenten und der urbanen Konsumenten miteinander zu integrieren und nicht nur um die Bedürfnisse der ländlichen Gemeinden. Ich finde es völlig legitim, eine konstruktive Diskussion darüber zu haben, wie eine postkapitalistische Nahrungsmittelproduktion aussehen würde und was heute politische Reformforderungen im Sinne der Arbeiterklasse sein können.

Mass Jam, auf unserer Facebook-Seite



Zum Artikel »Kapp-Putsch: Als die Arbeiterklasse die Republik rettete.« von Arthur Radoschewski (marx21.de, 13.03.2020).

Nicht zu vergessen sind die, die danach, wie bereits 1918/19 von der SPD erneut verraten wurden indem deren Regierung (hier namentlich Ebert und Noske) es zuließ, dass die Putschisten bzw. deren Freikorps vor allem im Ruhrgebiet blutige Rache an den Streikenden nahm.

Jürgen Behrend (auf unserer Facebook-Seite)



Zum Artikel »Rot-Rot-Grün in Berlin: Der Skandal um die S-Bahn-Privatisierung« (marx21.de, 4.02.2020)

Naja, die Sache ist schon komplexer. Auch wenn man das kritisieren muss ist die Überschrift wirklich Quatsch.

Mario Candeias, auf unserer Facebook-Seite

Die Überschrift spitzt natürlich zu. Aber wie würdest du das denn nennen? Schließlich sind sich alle Journalisten, die darüber

schreiben einig, dass wohl Private zum Zug kommen werden, wenn die Ausschreibung so durch kommt. Und das ist kein Zufall, sondern von der Grünen Senatorin und ihrer Partei angestrebt.

Moritz Wittler, auf unserer Facebook-Seite



Zum Artikel »Krankes System – Börsencrash und Coronavirus« von Thomas Weiß, (marx21.de, 9.03.2020)

Eine Weltwirtschaft, die wegen einem Grippevirus kollabiert, war schon vorher krank.

Florian Kirner, auf unserer Facebook-Seite



Zum Artikel »Ernesto Cardenal und die Theologie der Befreiung« von Klaus-Dieter Heiser (marx21.de, 02.03.2020).

Wenn der Zustand der Welt Gottes Wille ist, gehört Gott hinter Schloss und Riegel.

Und man kann ja gerne sympathisch finden, wenn irgendwelche religiösen Typen mit Marxismus und Revolution liebäugeln. Aber mal wieder typisch m21, dass im Artikel kein Wort der Kritik am unmaterialistischen Gewächs der Befreiungstheologie vorkommt. Wie gesagt, sympathisiert halt damit – aber mit Marxismus hat das nichts zu tun.

Sönke Schröder, auf unserer Facebook-Seite

Dass Marx den Kapitalismus zutreffend erklärt hat, heißt nicht automatisch, dass er alles andere zutreffend erklärt hat. Auch er hätte sehen können (trotz der religiösen Situation zu seiner Zeit), dass zumindest Jesus nicht auf der Seite der Herrschenden stand – und auch nichts dafür kann, wenn man seine Lehre so zurechtbiegt, dass man damit herrschen konnte. Und warum sollte Gott verantwortlich dafür sein, wenn Menschen Gott falsch beschreiben? Oder wenn sie lauter Dinge tun, die diese Welt für viele zur Hölle machen? Dafür sind immer noch Menschen verantwortlich

und deren Interessen. Und warum soll es Marxisten bitte stören, wenn Christen den Kapitalismus ablehnen, aber beim marxistischen Atheismus nicht mitmachen. Wo sie aber übrigens mitmachen, ist bei der marxistischen Kritik falscher Gottesbilder, nur dass sie daraus nicht schließen, dass Gott notwendig eine Projektion »des« Menschen ist. Ein falsches Gottesbild ist eine Projektion derer, die herrschen wollen über andere.

»Kein anderes Evangelium«, auf unserer Facebook-Seite



Zum Artikel »Krise in Thüringen: Sieg in die Sackgasse?« von der marx21-Redaktion (marx21.de, 01.03.2020).

Man kann natürlich der rechten Einheitsfront das Geschwafel von der Weltrevolution entgegensetzen, nicht von Klein-Bürgis gewählt werden und auf seinem Standpunkt beharren. Man entwickelt sich zu einer Sekte, Hauptsache man hat »Recht« und die Faschos freut's.

Björn Ros, auf unserer Facebook-Seite



Zum Artikel »Was das Coronavirus mit Kapitalismus zu tun hat« von Juri Prasad (marx21.de, 27.02.2020).

Erst steckt sich das Proletariat in den Elendsvierteln beim Vieh an und verbreitet seine Krankheit dann auf Kreuzfahrtschiffen, in kanarischen Hotels und auf Karnevals-partys. Kapitalismus in a nutshell.

Robert Sp, auf unserer Facebook-Seite

Frau verschluckt sich an einem Stück Brot beim Picknick. marx21: »Warum der Kapitalismus schuld daran ist, dass sich Frauen an einem Stück Brot beim Picknick verschlucken!«

Andrax Gor, auf unserer Facebook-Seite

Die Redaktion behält sich vor, Briefe von Leserinnen und Lesern gekürzt zu veröffentlichen. Zusendungen – bitte mit Absendeadresse – an die Redaktionsadresse oder per E-Mail an redaktion@marx21.de



© Alle Bilder: Jeanne Menjoulet / CC BY-ND 2.0 / flickr.com

FRAUENSTREIK | Millionen Frauen und Männer sind am 8. März 2020 weltweit gegen Sexismus und Frauenunterdrückung auf die Straße gegangen.

Oben: Zum zweiten Mal in Folge hat die türkische Regierung 2020 Demonstrationen am 8. März verboten. Zehntausende widersetzen sich dem Verbot und marschierten in Istanbul unter Polizeigewalt auf der Istiklal-Straße.

Links: Die da oben sind der Virus.« Zu Beginn der Oktoberrevolution im Irak war die Gesichtsmaske Schutz gegen die übermäßigen Giftgasangriffe der Sicherheitskräfte. Heute nimmt die Protestbewegung die öffentliche Gesundheit selbst in die Hand.

Mitte: Allein in Santiago de Chile waren am 8. März zwei Millionen Menschen auf der Straße. Ein zweitägiger Frauenstreik richtete sich

gegen Gewalt von Seiten des Staates. Rechts: »Respekt für indigene Frauen«. Unter dem brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro und seiner Regierung sehen sich Frauen, Indigene und Schwarze massiven Angriffen ausgesetzt.





© Sally T. Buck

LANDVERTEIDIGER | In Kanada agieren die Militärpolizei RCMP und der Energiekonzern TC Energy Hand in Hand, um die 670 km lange Coastal GasLink Pipeline durchzusetzen. Diese soll durch das Land der Wet’suwet’en First Nation, einer indigenen Gruppe, führen. Dagegen hat sich eine breite Solidaritätsbewegung zur Verteidigung des indigenen Lands gebildet. Oben: »Landverteidigerinnen«, wie die Protestierenden sich selbst

bezeichnen, haben erfolgreich Häfen, Autobahnen und Regierungsgebäude blockiert.

Links: Über 400 Zugverbindungen der Canadian National Railway wurden gestrichen. CN Rail nutzte die Blockaden als Vorwand, Hunderte Bahnangestellte zu entlassen.

Mitte: Die Auseinandersetzung wird von Staat und Medien als Krise inszeniert, Politiker fordern die Wiederherstellung der »Rechtsstaatlichkeit«. Die

Wet’suwet’en sind nach dieser Auslegung »Besetzer«, da sie keine Landrechte haben – eine Folge des kolonialen Erbes des kanadischen Staates.

Rechts: In dem Kampf geht es nicht nur um Landrechte, sondern um den Umgang mit der Natur, den Rassismus gegenüber der indigenen Bevölkerung und um Landnahme für Profit.



NIKAB-VERBOT AN SCHULEN

Rassistische Scheindebatte

VON CHRISTINE BUCHHOLZ

Mitten im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf ließ das Hamburger Oberverwaltungsgericht (OVG) die Beschwerde einer 16-jährigen Schülerin zu, die im Nikab, also vollverschleiert mit Sehschlitz, die Berufsschule besuchte. Die Schulbehörde hatte ihr das untersagt und ihrer Mutter ein Bußgeld von 500 Euro auferlegt, weil sie nicht dafür gesorgt hatte, dass die Tochter die Vollverschleierung ablegt.

Das Urteil des OVG sorgte für Aufregung: AfD, CDU und FDP schäumten. Aber auch SPD und Grüne kündigten an, das Schulgesetz zu ändern, um zukünftig eine Rechtsgrundlage für das Verbot des Nikabs an Schulen zu haben. Andere Landesregierungen wollen ebenfalls ein Nikabverbot im Schulgesetz verankern. Bayern und Niedersachsen haben bereits eines.

Das OVG begründet seine Entscheidung damit, dass die Schülerin ihre »vorbehaltslos geschützte Glaubensfreiheit in Anspruch nehmen« kann. Das ist richtig. Und es sollte auch so bleiben.

Auch wenn man einen Nikab nicht gut finden muss, ist ein Verbot falsch. Denn die Verankerung eines Nikab-Verbots in Schulgesetzen wird nur der Einstieg in eine weitere Verbotsdebatte sein. Das wollen AfD und CDU in Hamburg schon lange: Im Jahr 2017 waren sie noch mit einem Verschleierungsverbot in öffentlichen Bereichen wie Schulen und Hochschulen gescheitert. Aber auch damals schon sagten SPD und Grüne zu, Landesregelungen zum Verbot von Gesichtsverhüllungen »sachgerecht« zu prüfen.

Auch die Grünen-Spitzenkandidatin in Hamburg, Katharina Fegebank, befürwortet ein Verbot und das mit scheinbar fortschrittlichen frauenpolitischen Argumenten: Burka und Nikab sind für sie »Unterdrückungssymbole«. Aber der 16-jährigen Berufsschülerin, die Einzelhandelskauffrau lernt und Nikab trägt, hilft ein Verbot nicht. Auch wenn sie den Nikab nicht aus eigener Entscheidung tragen sollte, wird sie sich nicht aus einer möglichen Unterdrückungssituation befreien, wenn sie nicht ihre Ausbildung wei-

terführen kann, die die Basis für eine eigenständige Erwerbsarbeit und damit auch für finanzielle Unabhängigkeit ist. Hinzu kommt, dass Vollverschleierung in Deutschland ein absolutes Randphänomen ist. Das Verbot wird immer wieder von der AfD und Teilen der CDU in die Diskussion gebracht. Doch das ist nichts als eine rassistische Scheindebatte, die ausschließlich dazu geeignet ist, von den eigentlichen Problemen abzulenken. Dass die übergroße Mehrheit der Mus-

lime in Deutschland den Nikab ablehnen oder nicht als religiös geboten ansehen, wird aus der Debatte ausgeklammert. Denn eigentlich zielt die rechte Kampagne gegen Vollverschleierung auf alle Muslime und nicht auf die verschwindend geringe Minderheit, die Vollverschleierung für geboten hält.

Dass SPD und Grüne jetzt in das gleiche Horn stoßen, macht die Stigmatisierung von Muslimen und den antimuslimischen Rassismus, an den die AfD und Nazis anknüpfen, weiter salonfähig. Notwendig wäre es stattdessen,

Vorurteile abzubauen und klarzumachen, dass ein Ausschluss aus Bildungseinrichtungen keine Lösung sein kann.

Dass es auch anders geht, zeigen die mitregierenden Grünen in Schleswig-Holstein. Sie blockierten dort einen Vorstoß von CDU und FDP, Hochschulen zu erlauben, Trägerinnen von Nikab oder Burka von Lehrveranstaltungen auszuschließen. Sie verwiesen darauf, dass Kleiderverbote keine Lösung seien und muslimischen Frauen der Zugang zu Bildung nicht verwehrt werden dürfe.

Wenn Rot-Grün in Hamburg nun das Nikab-Verbot an Schulen einführt, werden sich AfD, CDU und FDP bestätigt fühlen, dass man SPD und Grüne nach rechts bewegen kann, wenn man genug Druck macht. Daher ist es wichtig, dass sich DIE LINKE, wie in Hamburg geschehen, klar gegen ein Verbot der Vollverschleierung stellt – auch an Schulen. ■

SPD und Grüne machen AfD-Hetze salonfähig

CHRISTINE BUCHHOLZ

ist religionspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.



© Klaus Stüttmann

STÜTTMANN

UMGANG MIT DER AFD

Keine Stimme den Faschisten!

VON JANINE WISSLER

Bodo Ramelow's Entscheidung, einen AfD-Kandidaten zum Vizepräsidenten des Thüringer Landtages zu wählen, ist falsch und keine Hilfe im Kampf gegen Rechts. Bodo Ramelow hat die AfD in seiner Antrittsrede völlig zurecht als »Brandstifter« bezeichnet, die die Demokratie mit Füßen treten, und er hat dem Faschisten Höcke den Handschlag verweigert - eine wichtige antifaschistische Geste.

Viele Menschen, die in den letzten Wochen in Thüringen und bundesweit gegen die Wahl Kemmerichs, gegen die AfD, die Gefahr von Rechts und gegen Rassismus demonstriert haben, empfinden dieses Wahlverhalten als enttäuschend oder sogar als Schlag ins Gesicht.

Eine »Erpressungssituation«, die Bodo beschreibt, löst man nicht, indem man den Erpressern nachgibt.

Erfolgreiche Erpresser werden zu neuen Erpressungen ermutigt. Gerade dieses Agieren zeigt, dass die AfD in keine wichtigen Ämter gewählt werden darf. Eine solche Erpressung muss öffentlich gemacht

und zurückgewiesen werden. Nachgeben ist keine Option, zumal es immer Alternativen gibt: Warum hat DIE LINKE in Thüringen nicht versucht, das Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetz zu ändern? Das sieht zwar vor, dass alle Fraktionen im Richterwahlausschuss vertreten

Nachgeben ist keine Option

sein müssen, es hätte sich aber im Landtag mit Mehrheit dahingehend ändern lassen, dass das Gremium nicht blockiert ist, wenn eine Fraktion auf ihr Vorschlagsrecht verzichtet - falls die AfD es darauf hätte ankommen lassen. Es gibt kein parlamentarisches Recht der AfD, einen Vizepräsidenten zu stellen.

Das ist und bleibt eine demokratische Wahl. Im Bundestag und in den meisten Landtagen stellt die AfD keinen Vizeprä-

sidenten, weil es breite Mehrheiten dagegen gab. Im Hessischen Landtag hat eine Mehrheit aus CDU, Grünen, SPD und LINKEN bisher gegen alle vorgeschlagenen Kandidaten der AfD gestimmt und damit einen Vizepräsidenten der AfD verhindert. Die Parole »Nie Wieder!« verpflichtet auch dazu, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. NS-Propagandist Joseph Goebbels schrieb 1928 offen: »Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. (...) Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren.«

Die Nazis von damals und heute benutzen die Demokratie, um sie zu zerschlagen. Es muss dabei bleiben: Kein Handschlag und keine Stimme für Faschisten. ■

JANINE WISSLER

ist Fraktionsvorsitzende der LINKEN im hessischen Landtag.

Wahlabend in Thüringen. Von links: Björn Höcke (AfD), Thomas Kemmerich (FDP), Mike Mohring (CDU) und Bodo Ramelow (DIE LINKE)

Sieg in die Sackgasse?



© Sandro Halank / Wikimedia

DIE LINKE geht gestärkt aus der Regierungskrise in Thüringen hervor. Doch ihre Rekordumfragewerte verhindern nicht, dass Teile der CDU weiterhin den Pakt mit der AfD wollen. Derweil setzt der Höcke-Flügel darauf, sich unter R2G als völkisch-soziale Oppositionskraft zu etablieren. Ein Plädoyer für einen linken Neuanfang

VON LUCIA SCHNELL

LUCIA SCHNELL
ist aktiv in
der LINKEN in
Berlin-Neukölln.

In Thüringen haben sich in den letzten Wochen die Ereignisse überschlagen. Nachdem der FDP-Kandidat Thomas Kemmerich im dritten Wahlgang mit den Stimmen von FDP, CDU und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, gab es einen Sturm der Entrüstung.

Zu Recht: Es war nicht das erste Mal in der deutschen Geschichte, dass sich bürgerliche Kräfte mit Faschisten verbündeten. Thomas Kemmerich ist infolge des gewaltigen gesellschaftlichen Drucks vom Amt des Ministerpräsidenten zurückgetreten. Doch das ist kein Grund für Entwarnung: Der rechte Flügel der Uni-

on will den Pakt mit der AfD und ist alles andere als geschlagen. Nach nur wenigen Tagen zog sich auch Annegret Kramp-Karrenbauer vom Parteivorsitz der CDU zurück. Die CDU ist in einer tiefen Krise und die AfD verharrt in Umfragen auf hohem Niveau. In dieser Situation scheint DIE LINKE als strahlende Siegerin. Laut neuesten Umfragen steht die Partei in Thüringen bei bis zu 40 Prozent, während die CDU auf 13 Prozent abstürzt.

Hat DIE LINKE also alles richtig gemacht? Kann Rot-Rot-Grün mit Hilfe der Eroberung von Landesregierungen ein Bollwerk gegen die rechte Gefahr aufbau-

en? Um diese Fragen zu beantworten, hilft es, nicht nur auf Wahlergebnisse oder Umfragen zu schauen, sondern sowohl einen Blick auf die Taktik der Gegnerinnen und Gegner der LINKEN, als auch auf die reale Bilanz von R2G in Thüringen zu werfen.

Der Blumenstrauß-Wurf von Parteichefin Susanne Hennig-Wellsow steht stellvertretend für die klare antifaschistische Haltung der LINKEN im Thüringer Landtag. Angesichts der gefährlichen Wahlerfolge der AfD gilt es, diese Haltung zu stärken. Um den Kampf gegen rechts zu gewinnen, brauchen wir Klarheit über den Charakter der AfD und ihre Taktik. Die oft gewählte Formulierung »Rechtsaußen« verharmlost Björn Höckes politische Agenda. Höcke ist ein Faschist. Wer das nicht verstanden hat, kommt unweigerlich zu falschen Schlussfolgerungen. Höcke hat seine historische Aufgabe erkannt, und ihn zeichnet eine stoische Geduld aus, diese zu erfüllen.

In einem öffentlichen Schreiben an die Mitglieder der AfD in Thüringen schreibt Höcke gemeinsam mit Stefan Möller (ebenso Landessprecher der AfD Thüringen) zu den Aufgaben der AfD in den nächsten Jahren folgendes: »Darüber hinaus werden wir in den nächsten Monaten und Jahren daran arbeiten, noch mehr Wähler im linken Lager von unseren Positionen zu überzeugen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei der Kurs in der Sozialpolitik der AfD. Nach wie vor halten viele Wähler Bodo Ramelow die Stange, weil sie ihn für die Verkörperung einer vermeintlich gerechten Sozialpolitik halten. Gelingt es uns, das Streiten für soziale Gerechtigkeit, für den Erhalt unserer Identität und für eine Demokratisierung unseres Landes gleichberechtigt zum Markenkern der AfD zu machen, werden wir in Zukunft die erforderlichen Mehrheiten gewinnen können.«

Der Nazi-Flügel um Höcke sieht in der AfD eine historische Chance für Faschisten, aus der gesellschaftlichen Nische auszubrechen. Auf konkrete programmatische Inhalte kommt es ihnen dabei weniger an. Ziel ist eine faschistische Partei mit Massenbasis. Um dies zu erreichen, müssen sie auch soziale Forderungen in ihr Parteiprogramm aufnehmen.

Die im Brief genannten »Anschlussaktivitäten« sahen in der Vergangenheit wie folgt aus: Lancierung einer AfD-Kampagne »Sozial ohne Rot zu werden«, Demonstrationen am 1. Mai ebenfalls unter dem gleichen Motto, Gründung des »Alternativen Arbeitnehmerverbands Mitteldeutschlands« (ALARM) und Unterstützung rechter Gewerkschaftslisten für Betriebsratswahlen wie die Kampagne »Werde Betriebsrat« zu den Betriebsratswahlen 2019. Der Gründer von »Alarm« ist der Höcke-Mann und Rechtsanwalt Jürgen Pohl, der auf Platz zwei der Thüringer Landesliste für den Bundestag kandidierte. Der »Flügel« hat eine klare Strategie, die auf die Gewinnung von Arbeiterinnen und Arbeitern abzielt. Leute wie Björn Höcke, Jürgen Pohl, Jens Maier oder Andreas Kalbitz arbeiten aktiv am sozialen und »rebellischen« Profil der

AfD. Der reaktionäre Antikapitalismus und die »national-soziale« Ausrichtung des Flügels dient dem Aufbau einer Massenbewegung auf der Straße. Vor diesem Hintergrund ist es gefährlich, wenn die LINKE (eingebunden in Regierungsverantwortung) die Opposition der AfD überlässt.

Denn das Szenario, das den taktischen Überlegungen der Nazis in der AfD zu Grunde liegt, ist nicht realitätsfern. Schon unter der ersten R2G-Regierung von 2016 bis 2019 konnte die AfD ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln. Laut infratest dimap mobilisierte die AfD Thüringen rund 77.000 Nichtwählerinnen und Nichtwähler und nahm zudem allen anderen bisher im Landtag vertretenen Parteien Stimmen weg, die meisten davon der CDU (36.000) und der LINKEN (17.000). Die Vereinbarung der Thüringer LINKEN mit der CDU, wonach die Konservativen Bodo Ramelow bei der nächsten Abstimmung im Landtag zu einer Mehrheit für die Wahl zum Ministerpräsidenten verhalten, könnte sich als Eigentor für DIE LINKE erweisen – aus drei Gründen. Zum einen wird der CDU mit Neuwahlen erst im April 2021 eine unnötige Schonfrist verschafft. Zweitens hat R2G ein weiteres Jahr keine Mehrheiten für linke Politikvorhaben, wenn sie sich von Stimmen der CDU abhängig macht. Drittens wird es der AfD eher nutzen, wenn sie sich angesichts der Kungelei der LINKEN mit der CDU als einzige Kraft gegen das Establishment profilieren kann.

R2G hat in seiner fünfjährigen Regierungsverantwortung die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und ihrer Familien nicht grundlegend verbessert. In den wichtigsten Politikfeldern hat die rot-rot-grüne Landesregierung unter Bodo Ramelow nicht geliefert: Die Armut in Thüringen verharrt auf hohem Niveau, die Klimabilanz ist mehr als bescheiden und der Mietensinn nimmt auch in Thüringen nicht ab. Trotz boomender Wirtschaft ist in Thüringen jeder Sechste von Armut bedroht.

Laut Statistischem Bundesamt lag das Armutsrisiko 2018 in Thüringen bei 16,4 Prozent. Vor Antritt von R2G lag die Armutsgefährdungsquote 2014 bei 17,8 Prozent. 2009 lag der Wert bei 18,1 Prozent. Die Regierung konnte an der sozialen Lage der Menschen nichts grundlegend verändern, genauso wenig wie alle Regierungen zuvor. In Thüringen gelten seit Jahren Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger als



LINKE ÜBERLÄSST AFD DIE OPPOSITION



© Martin Heinlein

Aus **Protest** gegen die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum neuen Ministerpräsidenten von Thüringen demonstrieren am Abend des 5. Februar tausende Menschen vor der Bundesgeschäftsstelle der FDP in Berlin. Kemmerich hatte sich mit Unterstützung von CDU und AfD wählen lassen und ist damit der erste Ministerpräsident der Bundesrepublik, der sich von einer Nazi-Partei ins Amt verhelfen ließ

Rot-Rot-Grün hat nicht geliefert

arm. So muss selbst Thüringens LINKE-Sozialministerin Heike Werner zugeben: »Es sind aber auch die Kinder von gut ausgebildeten Arbeitnehmern betroffen, weil ihre Eltern im Niedriglohnsektor arbeiten oder prekäre Arbeitsverhältnisse haben.«

Besorgniserregend ist nach Werners Worten, dass der Anteil der von Armut bedrohten Kinder in Thüringen seit 2013 nicht deutlich zurückgegangen ist – trotz der stabilen wirtschaftlichen Entwicklung, der Einführung des Mindestlohns und sinkender Arbeitslosenzahlen. Auch beim Thema steigende Mieten in den Städten ist die Bilanz von R2G mehr als ernüchternd. In Jena gibt es mit 1,8 Prozent so gut wie keinen Wohnungsleerstand, in Erfurt liegt er bei 3,3. In Erfurt sind die Mieten in den vergangenen zehn Jahren um 35 Prozent gestiegen, in Weimar um 37 Prozent.

DIE LINKE ist angetreten, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, nicht um den Status-Quo zu verwalten. Genau das ist aber in Thüringen passiert. Die Ausrichtung der Partei unter der Führung von Bodo Ramelow und Susanne Hennig-Wellsow auf eine Regierungsbeteiligung ohne Mindestbedingungen hat die Partei nachhaltig verändert.

Der Spiegel kommentiert nach der Wahl Ramelows treffend: »Natürlich ist auch Thüringens Linke eine staatstragende Partei. In den vergangenen fünf Jahren stellte sie den Ministerpräsidenten. Bodo Ramelow regiert so, wie in anderen Bundesländern Sozialdemokraten regieren.«

Für die Partei in Thüringen bedeutete diese Ausrichtung Überparlamentarisierung und Stellvertreterpolitik, bei der die Fraktion und Ministerinnen und Minister die eigentlichen Akteure der Partei sind. Nach den Wahlen in Thüringen ging ein regelrechtes Feuerwerk für den Kurs von Ramelow durch die Republik. Über die politischen Lager hinweg bestand eine trügerische Einigkeit. Von der linksliberalen »taz« bis zur konservativen »FAZ« wird der LINKE-Ministerpräsident als Superstar gefeiert: Der »bürgernahe« (FAZ), der »Realist und Staatsmann« (NDR), »Triumph der Ramelow'schen Realpolitik« (Welt) und »Ramelow ist die Mitte« (taz) lauteten die Schlagzeilen.

Kurz: DIE LINKE erkämpft einen historischen Sieg in Thüringen nur und vor allem wegen Bodo Ramelow. Die Partei glänzt in Umfragen, bezahlt dies aber mit einem hohen Preis: der politischen Anpassung an die Sozialdemokratie. Anstatt auf den Kurs einer sozialistischen, bewegungsorientierten Mitgliederpartei zu setzen, wurde die Partei zu einem Vehikel, um R2G auf den Weg zu bringen und Ramelow als LINKEN-Ministerpräsidenten durchzusetzen. Alle bisherigen Regierungsbeteiligungen der LINKEN auf Länderebene (in Mecklenburg-Vorpommern 1998 bis 2006, in Brandenburg von 2009 bis 2019, die 10 Jahre Rot-Rot in Berlin von 2001 bis 2011 und die aktuelle rot-rot-grüne Koalition seit 2016, die rot-rot-grüne Koalition mit dem LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow von 2014 bis 2019) haben gezeigt, dass die Beteiligung an Regierungskoalitionen auf lange Sicht linken Forderungen und Bewegungen sowie der Partei selbst schaden – und die Ziele auf Veränderungen der Gesellschaft in weite Ferne rücken lassen.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen im Kapitalismus, also die Finanzen in Bund, Ländern und Kommunen und ihre Kompetenzen, der grundsätzliche Charakter des bürgerlichen Staates allgemein, aber auch die Rechtswende von SPD und Grünen im Besonderen als potentielle Koalitionspartner setzen der Umsetzung eines wirklichen Politikwechsels äußerst enge Grenzen. DIE LINKE kann in Regierungsverantwortung auf Landesebene weder die Armutsrenten beseitigen noch das HartzIV-Regime umgehen. Die Zustimmung der LINKEN in Sachsen zur Schuldenbremse und in Thüringen, Brandenburg und Berlin zur Autobahnprivatisierung konterkarierte die antikapitalistische Profilierung der Partei.

Entscheidend für die kommenden Jahre ist daher, dass die Linke sich eindeutig gegen neoliberale Maßnahmen stellt und für wirkliche soziale Verbesserung kämpft. Dafür ist eine Kampfansage an die Bundesregierung nötig, weil wichtige Stellschrauben für einen

Politikwechsel auf der Landesebene im Bund gedreht werden müssten – z. B. in der Steuer- und Sozialpolitik.

Sollte die Linke bei dieser Aufgabe versagen, bietet sie der Rechten die Möglichkeit, in das durch enttäuschte Hoffnungen entstandene Vakuum vorzudringen. Wenn es der LINKEN in den nächsten fünf Jahren nicht gelingt, den Menschen eine Perspektive zur grundlegenden Verbesserung der Lebensverhältnisse in Thüringen zu bieten, droht nicht nur ihr Absturz, sondern auch der weitere Aufstieg der faschistischen AfD. Darauf spekuliert der Höcke-Flügel.

DIE LINKE in Thüringen muss als Partei trotz Regierungsbeteiligung ihre Eigenständigkeit bewahren und

Thüringen braucht eine **antifaschistische Front**

darf sich nicht in der Zuschauerrolle den Koalitionszwängen unterordnen. Es ist Aufgabe der Partei, an der Seite von Beschäftigten und sozialen Bewegungen außerparlamentarisch Druck zu machen und durch Aufklärung und Mobilisierung die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verschieben. Über diesen Ansatz kann der Partei ein neuer Aufbruch gelingen, um sich mit einem rebellischen Profil als Kraft gegen die herrschenden Verhältnisse aufzubauen.

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Für grundlegende Veränderungen ist allerdings wichtiger, ob es Bewegungen und Kämpfe und ob es gewerkschaftlichen sowie betrieblichen Protest gibt. Entscheidend ist weniger, wer regiert, sondern vielmehr, ob es gelingt, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durch Mobilisierungen auf der Straße, in den Betrieben und an den Unis zu verändern: z. B. gegen Armutslöhne, für die sozial-ökologische Verkehrswende, für bezahlbaren Wohnraum. Ansatzpunkte für eine Orientierung der LINKEN auf gesellschaftliche Mobilisierungen gibt es auch in Thüringen – sei es die Bewegung gegen Rechts, die Fridays for Future oder streikende Beschäftigte.

Darüber hinaus braucht es in Thüringen eine starke antifaschistische Front. Höcke als Antidemokraten zu bekämpfen reicht nicht. Sein faschistisches Weltbild muss entlarvt werden und Proteste auf der Straße und Aktionen im Parlament gegen die AfD sollten Hand in Hand gehen. So können wir der doppelten Aufgabe gerecht werden: sowohl mit klarer Kante gegen Rechts als auch mit antikapitalistischem Profil für einen linken Aufbruch gegen die herrschenden Verhältnisse wirksam zu werden. ■

ANZEIGE



**WAS
TUN?**

WIE DIE
LINKSPARTEI
DIE REPUBLIK
AUFMISCHEN
KANN

marx21
ANTIFASCHISTISCHE FRONT

WAS TUN?
WIE DIE
LINKSPARTEI
DIE REPUBLIK
AUFMISCHEN
KANN

DIE LINKE muss die Republik aufmischen. Auch hierzulande bricht sich die Frustration nach Jahrzehnten neoliberaler Politik Bahn in einem brandgefährlichen Aufstieg der Rechten. Wir meinen: Um ihrer Rolle als sozialistische Kraft gerecht zu werden, muss DIE LINKE ganz anders sein als die etablierten Parteien. Aber wie kann sie das in der Praxis umsetzen? Oder anders gefragt: Was tun?

Bestellungen über: www.editionaurora.de

Was tun? Wie die Linkspartei die Republik aufmischen kann
marx21 Pocket Edition | 180 Seiten | EUR 8,50 | 2018



Migrantische Kämpfe stärken

Die Morde von Hanau müssen ein Weckruf sein, sich Rassismus bedingungslos entgegenzustellen und Migrantinnen und Migranten zu unterstützen

VON JULES EL-KHATIB



JULES EL-KHATIB

ist Mitglied im Landesvorstand der LINKEN Nordrhein-Westfalen und aktiv in Essen.

Hanau ist eine Zäsur. Nicht, weil es vorher keinen Rassismus in Deutschland gegeben hätte. Auch nicht, weil es vorher keine rassistische Gewalt gegeben hätte.

Und noch nicht einmal, weil es vorher keine rassistischen Morde gegeben hätte. Hanau ist deshalb eine Zäsur, weil deutlich wurde, dass der rassistische Terror alle Migrantinnen und Migranten, Muslime, Juden und Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Land treffen kann - immer und überall. Die Antwort darauf kann nicht Rückzug lauten, sondern nur die Unterstützung migrantischer Kämpfe durch Linke.

Hanau, das ist der rassistische Mord an neun Menschen in Shishabars. Eine Shishabar wurde gewählt, weil diese durch die Medien und die etablierte Politik zu Orten erklärt wurden, die für Kriminalität und Desintegration zu stehen scheinen. Politiker wie der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) und der Neuköllner Bürgermeister Martin Hikel (SPD) haben diese Stimmung geschürt. Während SPD und CDU angaben, nur gegen Kriminelle vorgehen zu wollen, wurde die AfD deutlicher und setzte Shishabars allgemein mit Islamisierung, Terror und Kriminalität gleich.

Die Razzien in den Cafés - Woche für Woche, von bis zu 70 schwerbewaffneten Polizeibeamten - brachten wenig zutage: Mal wurde etwas unverzollter Tabak gefunden, mal wurden Hygieneverstöße festgestellt. Schützenhilfe gab es von den Medien: Kritische Nachfragen, warum man sich auf Kleinstdelikte stürzt, während von deutschen Superreichen und ihren Konzernen Milliarden hinterzogen werden, wurden nicht gestellt. Auch nach den rassistischen Morden wurde die Praxis nicht beendet, sondern soll fortgeführt werden, wie sowohl Reul als auch Hikel in Stellungnahmen erklärten.

Die Ersten, die auf diese Stellungnahmen reagierten, waren die Aktivistinnen und Aktivisten des Bündnisses Kein Generalverdacht, welches sich gegen die

Gleichsetzung von Shishabars mit Kriminalität und arabischstämmigen Migranten mit Verbrechern stellt. Doch auch bundesweit wurde bei den Protesten nach Hanau deutlich gemacht, dass es endlich ein Ende der Stigmatisierung braucht. In verschiedensten Reden und Stellungnahmen wurde darauf hingewiesen, dass die Blindheit des Staats auf dem rechten Auge bei gleichzeitiger Konzentration auf migrantische Strukturen diese Tat befördert hat.

Spätestens nach Hanau muss es Aufgabe der deutschen Linken sein, sich mit aller Kraft gegen Rassismus, rechte Stimmungsmache und Gewalt zu stellen. Dafür ist es nicht relevant, ob diejenigen, gegen die gehetzt wird, in das linke Weltbild passen. Migrantinnen und Migranten sowie ihre Orte der Sicherheit müssen verteidigt werden, ohne dass diese einen Gessinnungstest ablegen.

Das bedeutet konkret, Shishabars oder Moscheen gegen Anfeindungen zu verteidigen, auch wenn die darin sitzenden Menschen keine Linken sind, vielleicht sogar ein konservatives Weltbild haben. Rassismus darf nicht toleriert werden, nur weil man mit den Opfern nichts anfangen kann.

Das kann allerdings nur ein erster Schritt sein. Migrantinnen und Migranten muss ein Ort geboten werden, an dem sie sich organisieren können. Die gesellschaftliche Linke und auch die Partei DIE LINKE muss auf sie zugehen. Die Werbung für antirassistische Proteste muss in migrantisch geprägten Stadtteilen stattfinden, nicht vor autonomen Zentren und linken Szenekneipen. Statt linkem Szenesprech muss die Ansprache angepasst werden an die Sprache einer Jugend, die täglich Rassismus erlebt.

Entscheidend ist aber, dass die Proteste und Aktionen des Widerstands gegen Rassismus, rechten Terror und Rechtsruck ein migrantisches Gesicht bekommen, dass unter den Redenden auch Betroffene sind und dass ihre Interessen und Organisationen einbezogen werden. ■

FAQ: Ist der Konservatismus am Ende?



Wahlplakat der CDU mit Angela Merkel im Bundestagswahlkampf 2017: Vier Jahre zuvor hatte der personalisierte Wahlkampf der Union noch 41,5 Prozent der Wählerstimmen eingebracht. 2017 brach die Union in der Wählergunst um fast zehn Prozentpunkte ein

Die CDU und mit ihr der politische Konservatismus befinden sich in einer tiefen Krise. In den letzten 20 Jahren haben Unionsparteien fast die Hälfte ihrer Mitglieder und über ein Drittel ihrer Wähler und Wählerinnen verloren. Was ist passiert? Wir geben Antworten auf die wichtigsten Fragen

VON VOLKHARD MOSLER UND VINCENT STREICHHAHN

War Thüringen der Auslöser für die Krise der CDU?

Nein. Doch die schleichende Krise des Konservatismus ist mit dem Dammbbruch von Erfurt offen ausgebrochen. Der Beginn der Krise lässt sich ziemlich genau datieren: Sie fällt zusammen mit der Gründung der AfD 2013, die wiederum politischer Ausdruck eines in der globalen Finanzkrise 2008/9 entstandenen »Wutbürgertums« ist, einer Schicht vorwiegend älterer und wohlhabender Männer des alten und neuen Mittelstands.

Der Dammbbruch von Erfurt erscheint im Nachhinein wie ein von niemandem gewollter Unfall. Und doch drückt er die Zerrissenheit des konservativen Lagers aus. Während nicht wenige rechtskonservative Vertreterinnen und Vertreter der Union die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Ministerpräsidenten in Thüringen durch Stimmen der CDU, FDP und

AfD anfangs bejubelten, bezog die Bundesführung der Partei eindeutig Stellung dagegen. Nach dem Rücktritt von Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) ist der Machtkampf in der CDU offen ausgebrochen. Dessen Ausgang wird das zukünftige Verhältnis zur »Neuen Rechten« und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, prägen.

Worum geht es beim Richtungsstreit in der CDU?

Mit der Gründung und dem rasanten Aufstieg der AfD kam es zum Zerwürfnis innerhalb des konservativen Blocks, zwischen Horst Seehofer (CSU) und Angela Merkel (CDU). Nach der Kölner Silvester-Nacht 2015 (»Domplatten-Nacht«) forderte Seehofer die Einführung von Obergrenzen für die Aufnahme von Flüchtlingen, 2018 stellte er sich ins islamophobe Lager (»Der Islam gehört nicht zu Deutschland«). Beide

VOLKHARD MOSLER

ist Redakteur von *theorie21*

VINCENT STREICHHAHN

ist Mitglied der LINKEN und aktiv im SDS in Halle.

Male widersprach ihm Merkel umgehend. Der Richtungsstreit gipfelte im gleichen Jahr in der Affäre um den damaligen Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen (CDU). Auch hier konnte sich der national-konservative Flügel in der CDU nicht durchsetzen, Seehofer musste Maaßen entlassen.

Hinter dem Streit stand die Frage, ob und wie weit die Konservativen der erfolgreichen AfD hinterherlaufen sollten, um den weiteren Verlust von Wählern und Wählerinnen an die AfD zu stoppen. Als die CSU dann in der bayerischen Landtagswahl doppelt so viele Stimmen an die Grünen wie an die AfD verlor, war Seehofer mit seinem Latein am Ende. Sein Nachfolger Markus Söder bilanzierte kürzlich: »Es geht um eine

klare Abgrenzung zur AfD, dabei darf man vor allem die Mitte nicht verlieren.« Aus dem schlechten Ergebnis der Landtagswahl 2018 folgte er: »Wir haben festgestellt, dass man in der Mitte mehr verliert, als man rechts zu gewinnen hofft.« Söder fügte aber auch hinzu: »Die Bindekraft der Union muss immer tief in der Mitte verortet sein, aber auch das konservativ-patriotische Spektrum einbinden.«

Der Richtungsstreit brach auch im Kampf um den CDU-Vorsitz auf. Bei der Stichwahl konnte sich AKK nur knapp mit 51 Prozent gegen

Friedrich Merz (48 Prozent) durchsetzen. Auch diese Wahl beendete den Richtungsstreit nicht; insofern zeigte der Rücktritt von AKK im Januar lediglich die Tiefe der anhaltenden Spaltung.

Wie sind die Kandidaten für den CDU-Vorsitz einzuordnen?

Merz gilt als »wertkonservativ«, »wirtschaftsnah«, steht für »deutsche Leitkultur« und einen »autoritären Führungsstil«. Er verspricht, wie Seehofer vor ihm, die AfD mit ihren eigenen Mitteln des Rassismus zu schlagen. Aber auch er lehnt eine Zusammenarbeit mit der AfD offiziell ab und erklärte sich bereit, auch mit den Grünen zu koalieren.

Merz steht für das nationalkonservative, Norbert Röttgen für das sozialliberale Lager. Das Team Armin Laschet und Jens Spahn versucht, eine mittlere Position einzunehmen. In der zur Zeit für Konservative wichtigsten Frage, der militärischen Abschottung der EU-Außengrenzen gegen Geflüchtete, vertreten sie alle die gleiche Position.

Röttgen kritisierte Merz zugleich für dessen »Botschaft« an die Geflüchteten: »Es hat keinen Sinn, nach Deutschland zu kommen.« Die Äußerung verstoße gegen das christliche Hilfegebot und sei auch nicht mit

dem im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrecht auf Asyl vereinbar. Zugleich kritisierte Röttgen Laschet dafür, dass dieser Merksels Geflüchtetenpolitik von 2015 verteidigt habe. Er nannte Laschets Äußerung »undifferenziert.« Mit anderen Worten: Alle Kandidaten balancieren, am wenigstens allerdings Merz.

Woher kommt die Krise des Konservatismus?

Der Konservatismus war in Deutschland vor allem nach dem 2. Weltkrieg und dann wieder in den 1980er Jahren unter Helmut Kohl hegemonial. Über Jahrzehnte war es der Union gelungen, verschiedene Klasseninteressen von Kapital, bürgerlichem Mittelstand und Teilen vor allem der katholischen Arbeiterklasse sowie unterschiedliche politische Traditionen unter ihrem Dach zu verbinden. Die Union galt als Modell einer klassen- und Milieu übergreifenden Volkspartei. Von 1951 bis 2013 schwankten ihre Ergebnisse bei Bundestagswahlen zwischen 35 und 51 Prozent.

Lange schien es, als wäre Deutschland immun gegen die Spaltung des konservativen, bürgerlichen Lagers und eine Polarisierung nach rechts. 2013 erreichte die Union unter Merkel noch einmal 41 Prozent. Der deutsche Kapitalismus war relativ gut aus der Weltwirtschaftskrise 2008/9 herausgekommen. Die von der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer durchgesetzte neoliberale Deformation des Sozialstaates (Hartz IV, Agenda 2010) verschafften dem deutschen Kapitalismus innerhalb und außerhalb der neuen Eurozone einen beträchtlichen Wettbewerbsvorsprung.

Doch die Finanzierungsprogramme zur Rettung Griechenlands und der Banken in Milliardenhöhe ließen relevante Teile der alten und neuen Mittelklassen um ihre Ersparnisse zittern – zu Recht, wie die Vernichtung von gewaltigen Vermögenswerten in der nun ausgebrochenen Coronakrise demonstriert. Noch bevor die AfD 2013 in den politischen Ring trat, hatten konservative Innenminister sowie der ehemals sozialdemokratische Finanzsenator Thilo Sarrazin, gestützt auf eine breite Kampagne der Medien von Stern bis Spiegel, der Wut eine rassistische Richtung gegeben: gegen den Islam.

Die Krise der Union als konservative Volkspartei fällt mit dem Aufstieg der AfD als zunächst rechtspopulistische und dann mehr und mehr neofaschistische Partei zeitlich und ursächlich zusammen. Zwischen 2013 und 2017 verlor die Union eine Million Wähler und Wählerinnen an die AfD. Eine von Pegida und der AfD angeführte rassistische Massenbewegung drückte das gesamte politische Klima nach rechts.

Hätte diese Entwicklung angehalten, wäre Merkel längst zurückgetreten und Merz ihr Nachfolger geworden. Aber der weitere Aufschwung der AfD wurde 2018 zunächst gebremst – trotz Seehofers Schützenhilfe. Höhepunkt und Wendepunkt des Antirassismus war die riesige Unteilbar-Demonstration in Berlin am 10. Oktober. Das hat dazu geführt, dass nicht der an der CDU-Basis populärere Merz, sondern AKK zur Parteivorsitzenden gewählt wurde, wenn auch knapp.



MITTELKLASSEN ZITTERN UM IHRE ERSPARNISSE

Nach neueren Umfragen hätte ein Kanzlerkandidat Merz schlechtere Chancen als Söder, der in der letzten Zeit Massendemonstrationen gegen rechts unterstützt hat.

Stimmt die These von der »Sozialdemokratisierung« der Konservativen unter Merkel?

Nein. Vom rechten Flügel der Union wurde und wird Merkel beschuldigt, klassische konservative Werte aufgegeben und dadurch den rechten Flügel so geschwächt zu haben, dass die AfD diesen Platz einneh-

Es gab **keinen Linksruck** unter Merkel

men konnte. Richtig ist, dass unter Merkels Führung die Union einer Reihe von Maßnahmen zugestimmt hat, die unter einem Kanzler Kohl noch undenkbar schienen (Abschaltung von Atomkraftwerken, Abschaffung der Wehrpflicht, Homo-Ehe, freie sexuelle Orientierung, Mindestlohn, staatliche Konjunkturprogramme 2008/9). Die Union hat unter Merkel, wenn auch zögerlich, eine Politik der gesellschaftlichen Modernisierung betrieben, die neoliberale Politik, die Öffnung der Weltmärkte, Globalisierung und die Fortsetzung der Schröderschen Arbeitsmarktpolitik mit einer liberalen Familien- und Kulturpolitik verband. Dazu gehört vor allem die Verteidigung der Eurozone ohne Binnengrenzen und der Ausbau der »Festung Europa« nach außen.

Merkel steht für einen Kurs, der von der deutschen Exportindustrie befürwortet wird: Globalisierung mit Stärkung deutscher Beteiligung an internationalen Kriegs- und Militäreinsätzen. In Regierungsverantwortung haben die Konservativen unter Merkels Führung jedoch die Asylgesetze massiv verschärft. Ein ähnliches Bild ergibt sich in den Themenfeldern »Innere Sicherheit« und »Bürgerrechte«: In Deutschland werden unter Führung der Konservativen seit Jahren verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrechte zersetzt. Die Sicherheitsgesetze in Deutschland gehören bereits jetzt zu den schärfsten in der EU. Die vermeintliche »Sozialdemokratisierung« ist wenn überhaupt eine »Liberalisierung« der CDU und entpuppt sich als teilweise Anpassung an eine gesellschaftliche Modernisierung. In den meisten Bereichen handelt es sich um eine Fortsetzung oder Radikalisierung bisheriger Politiken.

Wer ist die Werteunion?

Die Werteunion wurde 2017 unter aktiver Beteiligung einiger ehemaliger AfD-Mitglieder gegründet und dient als Sammelbecken eines rechtskonservativen



© Bild von Jonas Schmidt auf Pixabay

Lagers, das bis in die Reihen enttäuschter CDU-Politiker reicht. Die Werteunion ist von der CDU-Bundespartei nicht offiziell anerkannt. Nach der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen stand die Werteunion in der Kritik, weil sie die mit AfD-Stimmen erfolgte Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich begrüßt hatte. Der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitnehmerflügels der Christdemokraten, Christian Bäumler, erklärte: »Wer die Werte der CDU nicht teilt, hat in der CDU nichts zu suchen. Wir brauchen keine AfD-Hilfstruppe in unseren Reihen.«

Die Reaktion von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die Wahl Kemmerichs kommentierte der damalige Werteunion-Pressesprecher Ralf Höcker mit dem sarkastischen Vorschlag eines neuen Paragraphen für das Grundgesetz, in welchem stehen müsse: »Eine Wahlwiederholung muss erfolgen, wenn das Wahlergebnis unverzeihlich ist. Die Bundeskanzlerin beurteilt nach freiem Ermessen, ob dies der Fall ist.« Am 13. Februar 2020 trat Höcker nach Drohungen gegen ihn von allen politischen Ämtern zurück.

Im Februar 2020 ließ der Werteunion-Vorsitzende Alexander Mitsch nach einer Sitzung des Bundesvorstandes der Werteunion deren Beschluss verlautbaren: »Die Werteunion lehnt eine Zusammenarbeit mit der AfD und der Linkspartei entschieden ab und hat auch nie eine Zusammenarbeit gefordert. Sie steht voll und ganz hinter den diesbezüglichen Beschlüssen des CDU-Bundesparteitags.«

Der Beschluss kam nach massiven Ausschlussdrohungen von prominenten CDU-Funktionären zustande. Er zeigt aber nur, wie stark der Druck auf eine klare Trennung gegenüber der AfD nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) und den rechtsterroristischen Anschlägen und Morden in Halle und Hanau ist. Die neuerliche Abgrenzung von der AfD ist rein taktischer Art. Ihr prominentestes Mitglied, Hans-Georg Maaßen, hatte

Angela Merkel am Tag nach der Bundestagswahl 2017: Die Selbstverortung der CDU als angebliche »Partei der Mitte« ist kein Erbe Merkels. Ex-Kanzler Kurt Georg Kiesinger, von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP, sprach schon im Jahr 1969 von der CDU als der »Partei der integrierenden Mitte«



© Wikimedia

»Ich bin ein Faschist«: **Armin Mohler** im Jahr 2000. Der Schweizer Autor erfand nach dem Zweiten Weltkrieg die »Konservative Revolution«

noch als Chef des Verfassungsschutzes die Kooperation mit der AfD gesucht und diese beraten, wie sie sich einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz entziehen könnte.

War Thüringen ein Einzelfall in der Zusammenarbeit von CDU und AfD?

Nein. Es stellte schon im Sommer 2019 kein Problem dar, dass die beiden stellvertretenden CDU-Fraktionschefs im Landtag von Sachsen-Anhalt, Ulrich Thomas und Lars-Jörn Zimmer, das Nationale mit dem Sozialen versöhnen wollten. Zimmer stellte sich wenige Tage nach der Wahl Kemmerichs vor Kameras und fand überhaupt nichts Schlimmes dabei, wenn sich die CDU in Zukunft von der AfD tolerieren ließe. Dabei dachte er wohl auch an die 2021 stattfindenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Seinen Sitz im Landesvorstand musste er danach zwar räumen, doch sein Amt in der Landtagsfraktion behält er. Es ist die gleiche Fraktion, die im Landtag, trotz der amtierenden Kenia-Koalition (schwarz-rot-grün) mit den Stimmen der AfD eine Enquete-Kommission »Linksextremismus« einrichtete und AfD-Politikern in Ämter verhalf.

Im Richtungsstreit innerhalb der CDU, wie er im Kampf um den Parteivorsitz zum Ausdruck kommt, sind zukünftige Konflikte um die Frage eines rechts-konservativen Regierungsblocks angelegt, d. h. damit ist die Frage verbunden, ob eine »österreichische Lösung« nicht auch eine Regierungsoption für Deutschland wäre. Der »österreichische Weg« der ehemaligen Regierung aus ÖVP und FPÖ (Kurz/Strache) steht für eine Kombination von Rassismus und Sozialpartnerschaft als Mittel der Herrschaftssicherung. Der Rechtsblock aus ÖVP und FPÖ sicherte sich bis zum Auseinanderbrechen der Koalition aufgrund der Ibiza-Affäre Mehrheiten in den Parlamenten durch immer neue rassistische, islamophobe Kampagnen; die SPÖ sorgt auch in der Opposition durch ihre Kontrolle der Gewerkschaften dafür, dass die Arbeiterklasse mit gefesselten Händen in den Kampf zur Verteidigung des Sozialstaats zieht.

Ist der Rechtskurs von Teilen der CDU etwas Neues?

Nein. Der deutsche Konservatismus hat eine lange Tradition der »offenen Flanke« zum völkischen Nationalismus und Antisemitismus. Schon in den 1880er Jahren kam es zum Bündnis zwischen Konservativen und Antisemiten. In den frühen 1930ern gab es zwei Zentren des Konservatismus, ein katholisches, die Zentrumspartei, und ein protestantisches, die DNVP (Deutschnationale Volkspartei).

Ihre Führer Brüning (Zentrum) und Hugenberg (DNVP) suchten die Zusammenarbeit mit Hitler, beide mit der Illusion, die Nazibewegung durch Regierungsbeteiligung zu zähmen. Beide kapitulierten 1933 vor Hitler durch ihre Zustimmung zum sogenannten Ermächtigungsgesetz, das die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und des gesamten übrigen Partei-

enspektrums gesetzlich ermöglichte. 1967/68 kam es in einer Reihe niedersächsischer Kommunen zur Zusammenarbeit von CDU und NPD. Nicht jeder, der Auschwitz verharmlose, sei gleich ein Nazi, hieß damals die Begründung.

Über Jahrzehnte gab es die »Stahlhelmer« in der CDU, um den Fuldaer Bundestagsabgeordneten und ehemaligen NSDAP-Mann Manfred Dregger, die in Hessen jahrelang eine enge Kooperation mit neofaschistischen Gruppierungen der Burschenschaften oder des Witikobundes pflegten. Der Thüringer Heimatschutz, aus dem auch der NSU hervorging, war das Kind hessischer CDU-Kräfte, die das Innenministerium in Er-

Die konservative Revolution ist ein Nazi-Mythos

furt schon seit dem Frühjahr 1990 aufgebaut hatten. In den 1990er Jahren wurden in den Reihen der Union Reden gehalten, die heute jeden Montag bei Pegida in Dresden gehört werden können. Klaus Landowsky, einst Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU, erklärte 1997 in einer Rede im Berliner Abgeordnetenhaus: »Es ist auch viel Abschaum an Kriminalität in die Stadt gekommen, von China, über Russland, Rumänien und so weiter, meine Damen und Herren. (...) Es ist nun mal so: Wo Müll ist, sind Ratten, und wo Verwahrlosung ist, ist Gesindel, meine Damen und Herren, und das muß beseitigt werden in der Stadt.« Landowskys Rede war kein Ausrutscher. CDU-Mitglieder haben sich immer schon in rechten Kreisen getummelt. So wies der Norddeutsche Rundfunk 2002 darauf hin, dass sich rechte CDU-Mitglieder in der »Gesellschaft für freie Publizistik« einbringen, die sogar der Verfassungsschutz als »die bedeutendste rechtsextremistische Kulturvereinigung« bezeichnete. Nach dem Einzug der NPD im Jahr 2004 in den sächsischen Landtag unterstützten Mitglieder der CDU-Fraktion Anträge der NPD und zeigten offene Sympathien für deren politische Arbeit. Die Reihe der Beispiele ließe sich über die »Kinder statt Inder«-Parole von Jürgen Rüttgers und über Horst Seehofers rassistische Diagnose, die »Migration sei die Mutter aller politischen Probleme



me« noch lange fortsetzen. Die CDU hatte lange Zeit vor der Gründung der AfD einen rechten Flügel, an dem sich in der Partei damals anscheinend niemand störte.

Welche Verbindungen gibt es zwischen dem rechts-konservativen Flügel der CDU und der national-völkischen bis neofaschistischen AfD?

Die Verbindungen lassen sich exemplarisch an der Person Karl-Eckhard Hahns, Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes der thüringischen CDU und Vertrauter von Mike Mohring, zeigen. Hahn spielte wenige Tage vor der Wahl Kemmerichs in der Zeitschrift »The European« die Option einer Wahl des Ministerpräsidenten durch die AfD-Stimmen durch.

Die »gesellschaftlichen Umbauprojekte« von r2g hält Hahn für gescheitert. Hahn ist auch Mitglied der »Deutschen Gildenschaft«. Diese völkisch-nationalistische Studentenverbindung dient als Netzwerk der Rechten, wie das Antifa-Magazin »Der rechte Rand« schon vor Jahren ermittelt hat.

Karlheinz Weißmann und Dieter Stein, beide bei der Jungen Freiheit und wichtige Größen in der faschistischen Neuformierung im Rahmen der »Neuen Rechten«, sind ebenfalls in der »Deutschen Gildenschaft«.

Auch Götz Kubitschek, spiritus rector der »Neuen Rechten« und freudiger Kommentator des Erfurter Coups, war einst Mitglied. Man kennt sich.

Hahn ist derweil nicht einfach Mitglied, sondern sitzt gar im Vorstand der

Vereinigung. Wie der Historiker Volker

Weiss nach der Wahl

Kemmerichs schrieb, pub-

lizizierte Hahn in den 1980er

Jahren u.a. mit Weißmann, plädierte in der Tradition der »Konservativen Revolution« für einen »unbedingten Antiliberalismus«.

Was steckt hinter dem Begriff der »Konservativen Revolution«?

Bereits der Historiker Stefan Breuer hat die sogenannte »Konservative Revolution« in seiner Klassikerschrift »Anatomie der konservativen Revolution« (1993) als Mythos entlarvt. Weiss hat diese Perspektive in seinem Buch »Untergang des Abendlandes« bekräftigt und die Verbindungen zur »Neuen Rechten« in der Gegenwart aufgezeigt: »Die Konservative Revolution als solche gab es gar nicht. Sie ist eine Konstruktion, die der Schweizer Autor Armin Mohler direkt nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben

gerufen hat, um gewissermaßen den Theoriekanon der deutschen Rechten wiederzubeleben, unter Umgehung – zumindest vorgeblicher Umgehung – des Nationalsozialismus«.

Der Bezug auf die »Konservative Revolution« dient als politischer Deckmantel.

Das Dilemma des völkischen Nationalismus nach 1945 ist hinreichend bekannt: Der Massenmord an den europäischen Juden und der verlorene Zweite Weltkrieg machten und machen es Faschisten bis heute schwer, sich offen in die Tradition des historischen Faschismus zu stellen.

Einerseits wollen sie zwar ihre Wurzeln nicht kappen, andererseits können sie in der isolierten Nazi-Ecke nicht wachsen. Dieser Deckmantel kann zum Schirm eines neofaschistischen Hegemonieprojekts werden, das auf die Unterstützung durch die CDU angewiesen wäre.

Es handelt sich um den Versuch, sich das Schild des respektablen Nationalkonservatismus umzuhängen. In den Reihen der AfD finden sich viele Akteure mit ehemaligem CDU-Parteibuch und auch innerhalb der CDU gibt es weiterhin führende Politiker, die die Kooperation mit der AfD suchen, um Mehrheiten für rechtskonservative Politiken zu erringen. Einige werden rassistische Überzeugungstäter sein, andere treibt einfach der blinde Wille zur Macht. Das Ergebnis ist dasselbe: eine Stärkung des Neofaschismus.

Ist der Konservatismus jetzt am Ende?

Nein. Die CDU ist, wie die Sozialdemokratie, in einer Krise, aber nicht am Ende. Das Parteiensystem in Deutschland befindet sich wie in vielen Ländern im Umbruch. Etablierte Parteien verlieren an Zustimmung und neue Parteien entstehen. Wir erleben eine Polarisierung in ganz Europa. Dahinter steht auch die Hegemoniekrise des Neoliberalismus und seiner politischen Vertreter infolge der Krise 2008. Dieser Prozess verläuft jedoch in der BRD bisher langsamer als beispielsweise in Frankreich.

Wie sollten Linke mit der Krise der CDU und des Konservatismus umgehen?

Es wäre politisch fatal, sich um die Auseinandersetzung in der CDU nicht zu scheren. Die Partei wird zwar niemals Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung machen, aber ihr Verhältnis zur »Neuen Rechten« wird maßgeblich deren weitere Mobilisierungs- und Machtchancen prägen. Beim Aufstieg des Faschismus war es immer entscheidend, wie sich die konservativen Eliten verhalten haben. Es muss daher darum gehen, die AfD als das zu labeln, was sie ist – eine neofaschistische Partei im Werden – und davon auch Politiker und Politikerinnen der Union zu überzeugen. Aussichtslos ist das nicht, wie die Reaktionen nach dem Erfurter Sündenfall gezeigt haben, aber es ist vor allem notwendig, weil eine CDU unter der Führung von Friedrich Merz schwarz-blaue Koalitionen noch realistischer macht. ■



© Wikimedia

Das **CDU-Logo** prangt an der Parteizentrale, dem Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Unter Adenauer konnten sich die Unionsparteien 1957 die absolute Mehrheit im Bundestag sichern



EIN AUFBAUPROGRAMM FÜR DIE AfD

Mit Friedrich Merz an der Parteispitze kann die Union der AfD das Wasser abgraben, hoffen sogar einige Linke. Doch das ist ein gefährlicher Irrtum

VON HANNES DRAEGER



© Wikimedia

Friedrich Merz versucht nun ein zweites Mal, an die Spitze der CDU zu gelangen, nachdem die bisherige CDU-Chefin Annegret Kramp Karrenbauer nach kurzer Amtszeit ihren Rückzug ankündigte. Unter 30-Jährige werden sich kaum noch an Friedrich Merz erinnern, ältere Linke blicken mit Abscheu auf die Merz-Ära zurück. Er führte die Bundestagsfraktion der Union zwischen 1998 und 2002 und vertrat schon damals sehr selbstbewusst die Interessen von Banken und Konzernen. Im Jahr 2002 verlor Merz den Machtkampf gegen Merkel und konzentrierte sich seitdem auf die Vermehrung seines persönlichen Reichtums.

Das Internetportal Lobbypedia hält fest, dass Merz »allein im Jahr 2006 in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten mehrerer Unternehmen« saß. Weitere Nebeneinkünfte und seine Anwaltstätigkeit für Konzerne machten ihn zum Multimillionär. Er soll inzwischen zwei Privatflugzeuge besitzen. Dennoch haben auch manche Linke Hoffnungen, Merz an der Spitze der CDU könne in diesen Zeiten nützlich sein, weil die Unterschiede zwischen links und rechts deutlich erkennbarer und Alternativen sichtbarer würden. Schon bei Merz' erstem Versuch vor einem Jahr, Merkel zu beerben, begrüßte Matthias Miersch, Sprecher der parlamentarischen SPD-Linken, eine mögliche Wahl von Friedrich Merz, weil sich »die Volksparteien SPD und CDU wieder aneinander reiben« würden. Für die »taz« war Merz sogar »das Beste, was SPD, Grünen und Linken passieren« könne.

Albrecht Müller von den Nachdenkseiten stieß ins selbe Horn: Auch er sieht in Merz »die Chance«, einen Lagerwahlkampf zwischen »Egoismus und Solidarität« zu führen. Bürgerliche Politikbeobachter aus Medien und Wissenschaft gehen noch einen Schritt weiter und glauben, dass Merz die AfD zurückdrängen würde, weil dann »rechts von der Union weniger Platz« wäre. »Die Zeit« schreibt: »Ein überzeugungsstark auftretender Konservativer [...] könnte AfD-geleiteten Wählern schon imponieren.«

Beides ist trügerisch: Den Neoliberalismus schlagen wir nicht, indem wir hoffen, dass er unverfroren in Erscheinung tritt, und die AfD bekommen wir nicht klein, indem konservative Parteien ihre Parolen übernehmen. Genau das tut Friedrich Merz, indem er vor einiger Zeit das ohnehin schon durchlöchernte Grundrecht auf Asyl in Frage stellte. Die AfD dankte es ihm, denn die erneute Problematisierung von Zuwanderung lenkte damals bestens ab vom Spendenskandal in der rechten Partei. Die AfD stieg im gleichen Zeitraum in einer Forsa-Umfrage von 12 auf 14 Prozent. Im Februar 2020 das gleiche Spiel: Nach dem rechtsterroristischen Anschlag von Hanau und einer antirassistischen Welle der Empörung über die geistigen Brandstifter des Anschlags schlug Merz als Antwort darauf vor, stärker gegen »Clankriminalität« vorzugehen und die Grenzkontrollen auszuweiten. Merz ist ein Überzeugungstäter: Er spielte schon in seiner

Funktion als CDU-Fraktionsvorsitzender die nationalistische Karte aus, indem er vor »Multikulti« warnte und eine Debatte über die »deutsche Leitkultur« inszenierte.

Alle Versuche der konservativen Parteien, rechte Parolen zu übernehmen, um ihre noch rechttere Konkurrenz abzuhängen, sind gescheitert. Der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy zettelte 2007 eine Debatte über die »nationale Identität« an. Er gewann damit zwar die Wahlen, aber bereitete dem Aufstieg der rechtsradikalen »Front National« (FN) den Boden. Die darauffolgende Stimmungsmache und die diskriminierenden Gesetze gegen Muslime stärkten



MERZ IST EIN ÜBERZEUGUNGSTÄTER

Marine Le Pen (FN), die bei der Präsidentschaftswahl knapp 18 Prozent der Wählerstimmen erreichte. In Deutschland war es vor allem Horst Seehofer, der die gleiche Strategie verfolgte. Mit seinem inszenierten »Masterplan Migration« stürzte er die Große Koalition im Sommer 2018 in die Krise. Seehofer profilierte sich als Grenzschrützer gegenüber Merkel und forderte unter Umgehung europäischer Absprachen die Zurückweisung von Geflüchteten an der deutsch-österreichischen Grenze. Doch den Überbietungswettbewerb mit der AfD konnte die CSU nur verlieren. Genau in dem Zeitraum, als der »Flüchtlingsstreit in der Union« das alles dominierende Thema war, stieg die AfD in den bundesweiten Umfragen von 13 auf bis zu 18 Prozent. Beflügelt von Seehofers zynischer Bemerkung auf einer Pressekonferenz, an seinem 69. Geburtstag auch 69 Flüchtlinge abgeschoben zu haben, lag die AfD Bayern über längere Zeit stabil bei 14 Prozent in den Umfragen zur Landtagswahl.

Wenn der bürgerliche Mainstream nur noch über die »Probleme« der Zuwanderung diskutiert, treten die eigentlichen Probleme in den Hintergrund. Das nützt sowohl dem Neoliberalismus als auch der AfD. Auch eine extreme Verschärfung des Asylrechts ändert

HANNES DRAEGER
ist Mitglied
der LINKEN in
Münster.



© Wikimedia

Ein Freund des Kapitals: **Friedrich Merz** mit dem Präsidenten des Bundesverbandes deutscher Banken Hans-Walter Peters (links) und dessen Vorgänger Andreas Schmitz (rechts) auf dem »Bankentag« im April 2017

nichts am Hartz-IV-Terror, sklavenähnlichen Leiharbeitsverhältnissen, Kita-Mangel und Pflegenotstand. Der Sommer des Antirassismus im Jahr 2018 mit den #ausgehetzt-, #unteilbar- und Seebrücke-Demonstrationen veränderte die Stimmung im Land und verhin-derte Schlimmeres.

Merz grenzt sich zwar von der AfD ab und schließt Regierungsbündnisse mit ihr aus, setzt aber mit Sprüchen gegen Geflüchtete genau die Themen der AfD. Im Zweifel entscheiden sich die Leute aber für das Original. In einer Stimmung, in der Migrantinnen und Migranten zu Sündenböcken erklärt werden, wählen die Aufgehetzten jene, die sich als konsequenteste Gegenkraft darstellen. Hinter der innerlinken Diskussion über Chancen und Gefahren von Friedrich Merz verbergen sich jedoch tiefergehende Debatten über die Funktion des Rassismus in der Gesellschaft.

Manche in der LINKEN glauben, Antirassismus und Weltoffenheit seien Teil des Herrschaftsdiskurses geworden und greifen Merz nur für seinen Neoliberalismus an, nicht aber für seine Attacken gegen Geflüchtete. Und in der Tat: Die moderaten Töne der Kanzlerin unterscheiden sich von der rassistischen Rhetorik der BILD-Zeitung. Auch bringt die wirtschaftsliberale Presse gelegentlich antirassistische Argumente vor. Manche in der LINKEN sagen deshalb: Rassismus sei letztlich nur ein fehlgeleiteter Ausdruck eines »Aufbegehrens« gegen die Mächtigen.

Daher wollen sie AfD-Wählerinnen und -Wähler allein über die soziale Frage »zurückholen«. Sie vergessen jedoch zu fragen, woher die Ideen stammen, die den Geflüchteten die Schuld an Armutslöhnen, Hartz-IV oder hohen Mieten geben. Sind es wirklich reale Konkurrenzserfahrungen oder ist es – einfach gesprochen – die Bild-Zeitung oder Spiegel TV, die ihnen dieses Interpretationsmuster anbieten? Warum spricht keiner über die rund vierzig deutschen Milliardenäre, die soviel besitzen wie die ärmeren vierzig Millionen in Deutschland? Wir wissen, wie mächtig die deutschen Meinungsapparate sind: Sie sind in der Lage, Mehrheiten für eine Politik zu organisieren,

die nachweislich auf Lug und Trug basiert. Der Nato-Krieg gegen Jugoslawien lässt grüßen. Rassismus ist eben keine spontane Reaktion der Bevölkerung auf mehr Einwanderung und mehr vermeintliche Konkurrenz, sonst müsste die AfD dort gewinnen, wo viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. Das Gegenteil ist der Fall. So beträgt der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Ostdeutschland, wo die AfD in vielen Regionen Umfragen zufolge mittlerweile zweitstärkste oder sogar stärkste Partei ist, laut DIW-Studie gerade einmal 1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung (und das inklusive Berlin).

Rassistische Vorurteile sind Folge rassistischer Kampagnen, die von oben kommen und von der AfD dankbar radikalisiert werden.

Damals wie heute erfüllen rassistische Ideen die Funktion, die abhängig Beschäftigten in verschiedene Religionen und Nationalitäten zu spalten. Es war kein Zufall, dass Thilo Sarrazin seine Hetzschrift gegen den Islam (»Deutschland schafft sich ab«) zur Zeit der Wirtschaftskrise veröffentlichte. Karl Marx bezeichnete den Rassismus schon vor 150 Jahren als »Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse«. Er beschrieb die Spaltung zwischen der irischen und englischen Arbeiterklasse und machte dabei die »Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel« als ihren Urheber aus. Der Rammbock Rassismus wird von oben eingesetzt – das zeigen aktuelle Debatten zur angeblichen »Clankriminalität«.

DIE LINKE muss lernen, Rassismus als Herrschaftsinstrument des Kapitalismus zu erkennen und den rechten Überbietungswettbewerb zu durchbrechen. Friedrich Merz ist ohne Zweifel der Kandidat des Finanzkapitals. Er ist aber nicht nur ein Neoliberaler und deshalb so gefährlich: Er verkörpert die Stimmen in der Union, die glauben, der AfD durch die Übernahme ihrer Parolen Einhalt zu gebieten.

Eine Wahl von Friedrich Merz würde rechte Diskurse und Sündenbock-Theorien befördern. Merz an der Spitze der CDU wäre ein Aufbauprogramm für die AfD.

DIE LINKE muss den drohenden Rechtsruck der CDU zum Thema machen und darf dabei nicht bei anti-neoliberalen Argumenten stehen bleiben. Vorurteile gegen Muslime und Geflüchtete sind genauso irrational wie bürgerliche Kampagnen für die vermeintlichen Vorzüge eines TTIP-Freihandelsabkommens.

Bei letzterem ist es einer Massenbewegung gelungen, die Stimmung zu kippen und die Mehrheiten in der Bevölkerung zu drehen. DIE LINKE spielte dabei eine wichtige Rolle. Diese Rolle kann sie auch im Kampf gegen rassistische Ideen erfüllen. Sie muss – nicht nur im Fall Merz – rechten Parolen mit antirassistischen Kampagnen und Argumenten begegnen – unversöhnlich und anders als die anderen Parteien. Sie muss weiter mithelfen, lokale Bündnisse gegen die verschiedenen Formen des Rechtsrucks aufzubauen. ■

Überfallen, geschlagen, getreten

Auch in Deutschland werden Transpersonen zunehmend angegriffen. Ausgerechnet eine queere Initiative beteiligt sich an der Hetze

VON ROSEMARIE NÜNNING

Die Initiative Queer Nations aus Berlin hatte kürzlich eine »Queer Lecture« im neuen taz-Haus angekündigt. Es sollte um die »Transkrake« gehen, darum, dass Transgender die »Auslöschung der Kategorie ›Frau‹ und des Feminismus und der Frauenrechte« bedeute. Die »Transkultur« sei von »exzessiver Diskriminierungslogik des neuen ›Zeitgeistes‹«, und Geschlechtsumwandlung sei ein Irrweg. Die angekündigte Veranstaltung wurde nach lautem und vielfältigem Protest abgesagt.

An diesem Fall hat sich eklatante Transfeindlichkeit gezeigt, die in Deutschland bisher noch nicht so deutlich um sich gegriffen hat wie in Großbritannien. Besonders bitter ist, dass der Vorstand der Queer Nations, an prominenter Stelle der taz-Redakteur Jan Feddersen, auch das Projekt Queeres Kulturhaus leitet, das ein Kompetenzzentrum für Forschung und Bildung, Geschichte, Kultur und für Archive in dem alten taz-Gebäude in Berlin-Kreuzberg werden soll. Der vorläufige Name lautet Elberskirchen-Hirschfeld-Haus (E2H), was sich einerseits auf Johanna Elberskirchen bezieht, Schriftstellerin und offen lesbische politische Aktivistin der radikalen Frauenbewegung der Weimarer Republik, andererseits auf Magnus Hirschfeld als offen schwuler Aktivist, der unmittelbar nach der Deutschen Revolution das Institut für Sexualwissenschaft gründete – zerschlagen von den Nazis im Jahr 1933. Gefördert wird das Projekt von dem Berliner Kultursenat unter dem LINKEN-Politiker Klaus Lederer.

Feddersen hat sich im »Mannschaft Magazin« sogar erlaubt, von einer »Queergida« zu schreiben. Dieses Schüren von Transfeindlichkeit geschieht in einer Zeit, in der Transpersonen sich einerseits zunehmend offen behaupten, auf der anderen Seite Rechts-

radikale wie die AfD und fundamentalistische Christen Kampagnen gegen den »Genderwahn« führen. Transpersonen, und auch Lesben und Schwule, werden überfallen, geschlagen, getreten. In einer Befragung von knapp 21.000 Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transpersonen aus Deutschland berichteten 46 Prozent von Diskriminierung. Die Selbstmordgefährdung ist hoch: 78 Prozent der in einer Studie in Nordrhein-Westfalen befragten Transmänner hatten schon einmal an Selbstmord gedacht, bei den Transfrauen waren es 22 Prozent, dies insbesondere in den fünf Jahren vor der Geschlechtsumwandlung. Und 30 Prozent beider hatten einen Selbstmordversuch unternommen. Diese Zahlen nehmen deutlich ab, je liberaler und fortschrittlicher die gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen sind.

Die Angriffe aus der transfeindlichen feministischen und schwulen Ecke fördern somit die Gefährdung von Transpersonen (und der ganzen LGBT+). Differenzen zur Queertheorie (oder zu den Queertheorien) dürfen und sollten diskutiert werden. Hier aber wird Menschen ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung abgesprochen und sie werden verächtlich gemacht. Ein queeres Kulturhaus darf unter diesen Vorzeichen keine Landesförderung erhalten. Was wir brauchen, ist bedingungslose Solidarität vonseiten Linker, so wie wir jede unterdrückte Gruppe zu verteidigen haben. ■

ROSEMARIE NÜNNING

ist aktiv in der LINKEN. Berlin-Kreuzberg.

»Transrechte sind kein Angriff auf Frauen«

Transfeindlichkeit ist in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Doch die Attacken kommen nicht nur von rechts. Laura Miles erklärt, warum Angriffe auf Transrechte sich gegen alle Unterdrückten richten

INTERVIEW: KATE DAVISON

ÜBERSETZUNG: ROSEMARIE NÜNNING

LAURA MILES



Laura Miles ist ehemalige Dozentin für Sozialarbeit an der Hochschule Bradford und langjährige Aktivistin in der Universitäts- und Hochschulgewerkschaft. Dort war sie auch als Vertreterin der LGBT+ im Vorstand tätig. Sie ist Mitglied der Socialist Workers Party in Großbritannien.

Derzeit können wir in vielen Ländern wachsende Feindseligkeit gegenüber Transpersonen beobachten. Was steckt dahinter?

Zunächst einmal ist das Anheizen von Transfeindlichkeit Teil eines übergreifenden Angriffs der religiösen und politischen Rechten auf unterdrückte Gruppen: Frauen, Muslime, Einwanderer, behinderte Menschen und LGBT+ insgesamt. Diese Reaktionäre hassen Vielfalt und Multikulturalismus und wollen zurück zu den traditionellen »Familienwerten«. Als Anhänger und Nutznießer des Neoliberalismus und des kapitalistischen Systems und angesichts der Sparpolitik und der fortgesetzten Krise des Kapitalismus hassen sie die Linke und den Sozialliberalismus und wollen uns gespalten und schwach sehen. Sie wollen die von unterdrückten Gruppen wie auch von Gewerkschafterinnen und Sozialisten erkämpften bescheidenen sozialen, rechtlichen und politischen Erfolge wieder abschaffen.

Warum nimmt die Rechte gerade Transpersonen verstärkt ins Visier?

Transpersonen sind jetzt zu einer besonderen Zielscheibe geworden, nicht zuletzt deshalb, weil eine Minderheit radikaler Feministinnen und Sozialisten den rechten Angriffen von links Rückendeckung gibt.

Welches Motiv steht dahinter?

Anstatt sich solidarisch auf die Seite von Transpersonen zu stellen, behaupten sie,

Transrechte seien ein Angriff auf Frauenrechte. Diese Argumentation ist derzeit besonders in Großbritannien sehr verbreitet.

In Großbritannien gibt es eine scharfe Kontroverse über das Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit. Worum geht es da?

Der Gender Recognition Act (GRA) von 2004 ist das Herzstück der Gesetzgebung für Transpersonen in Großbritannien, obwohl es auch begrenzten Schutz unter anderem durch das Gleichstellungsgesetz von 2010 gibt. Allerdings wurde der GRA von konservativen wie von Labourregierungen nur sehr zögerlich eingeführt und auch nur auf Druck des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Welche Verbesserungen brachte der GRA für Transpersonen?

Aufgrund des GRA können Transpersonen eine amtliche Bescheinigung ihrer Geschlechtsidentität verlangen (ein Gender Recognition Certificate, CRC) und damit auch die Geburtsurkunde ändern lassen, was ihnen gewissen rechtlichen Schutz gegen die Aufdeckung ihrer vorherigen Geschlechtsidentität gewährt. Vorher konnte zwar ein Großteil der persönlichen Dokumente und der Name qua eidesstattliche Erklärung geändert werden, aber nicht die Geburtsurkunde. Das war ein offensichtliches Problem, wenn eine Transperson nach der Geschlechtsumwandlung ihre Geburtsurkunde vorlegen musste.

Sind mit dem GRA die wichtigsten Forderungen der LGBT+-Bewegung in Sachen Transrechte erfüllt?

Nein, das Gesetz muss novelliert werden. Die Begrifflichkeiten sind überholt: Es wird ungerechterweise gefordert, dass Betroffene mindestens zwei Jahre lang in der anderen Geschlechtsrolle leben müssen, ehe sie ein Zertifikat fordern können; ein ärztliches Gutachten und die Diagnose einer »Geschlechtsdysphorie« – einer als falsch empfundenen Wahrnehmung des eigenen Geschlechts – wird verlangt. Zudem kostet die Geschlechtsumwandlung Geld. Nach wie vor kann der Ehegatte oder die Ehegattin ein Veto einlegen. Das Gesetz gilt auch nicht für Personen unter 18 Jahren, und die Entscheidung wird von einem gesichtslosen, nicht rechenschaftspflichtigen Komitee getroffen.

Also kämpft die Bewegung für Transrechte für eine Reform des GRA?

Transorganisationen haben seit langer Zeit für eine Gesetzesänderung gekämpft und für die Ersetzung des langwierigen und nur unter medizinischen Gesichtspunkten abgehandelten Geschlechtsumwandlungsverfahrens durch ein direkteres juristisches Verfahren – eine Selbsterklärung oder Selbstidentifizierung. So etwas gibt es bereits in einer Reihe anderer Länder wie in Irland.

Es gibt immer mehr transfeindliche Hassangriffe

Aber die Tory-Regierung wiegelt ab?

Zunächst schien es, als würde sie die Selbsterklärung in das Gesetz aufnehmen. Seitdem jedoch die Gegenreaktionen immer schärfer wurden, hat die Regierung das Projekt auf Eis gelegt.

Jetzt hat sich dieses Thema anscheinend zu einem regelrechten Kulturkrieg in der bürgerlichen Presse Großbritanniens entwickelt, in den sozialen Medien und auch in großen Zeitungen wie dem »Guardian«.

Allerdings. Ein Angestellter des »Guardian« hat kürzlich wegen der transfeindlichen Kultur in der Zeitung gekündigt, und die Zeitung hat gerade jetzt wieder eine »transkritische« Kolumne veröffentlicht. Diese feindselige Kultur ist aber nicht auf die bürgerliche Presse beschränkt. Selbst die einzige linke Tageszeitung Großbri-

tanniens, der »Morning Star«, hat kürzlich eine schockierend transfeindliche Karikatur veröffentlicht, wofür die Redaktion sich nach einem Sturm des Protests von Transpersonen, Sozialisten und Gewerkschafterinnen entschuldigen musste.

Wer sind die Akteure hinter dieser transfeindlichen Kampagne?

Es haben sich Transpersonen ausschließende Organisationen gebildet, die behaupten, sich für den Schutz der »geschlechtsspezifischen« Rechte von Frauen einzusetzen, und bürgerliche Zeitungen wie soziale Medien haben viele Fehlinformationen und Ängste schürende Artikel gegen die Selbsterklärung veröffentlicht, wonach insbesondere Transfrauen eine Bedrohung für Cis-Frauen (Frauen, bei denen Geschlecht und Geschlechtsidentität übereinstimmen; d. Red.) seien.

Diese »moralische Panik« hat dazu geführt, dass Transpersonen und Menschen, die nicht ausschließlich männlich oder weiblich sind, also »nichtbinär«, beschimpft, gedemütigt, mit der falschen Geschlechtsbezeichnung angesprochen, in den sozialen Medien verfolgt und sogar körperlich angegriffen werden.

Die Zahl der transfeindlichen Hassangriffe ist in den vergangenen Jahren scharf angestiegen.



»Transrechte sind Menschenrechte«: Proteste gegen Transfeindlichkeit in Toronto im Juni 2017

Transfeindliche Leute behaupten, sie würden von einer »Translobby« zum Schweigen gebracht. Was ist da dran?

Das ist Unsinn. Trans- und nichtbinäre Menschen müssen darum kämpfen, in dieser »Debatte« überhaupt gehört zu werden, während jene, die gegen Transrechte sind, sehr viel leichter Zugang zu Presse, Fernsehen und Rundfunk bekommen und sich auch nicht scheuen, rechte Zeitungen für ihre Kampagne zu benutzen oder sich rechten Organisationen anzubiedern.

Auch prominente akademische Feministinnen klagen, Transfrauen seien eine Bedrohung für sie. Was meinen sie damit?

Im Kern behaupten sie – ähnlich wie andere transausschließende Feministinnen und einige Linke, dass Transfrauen keine Frauen sind, sondern als Frauen verkleidete Männer. Diese seien weiterhin potenziell sexistisch oder Vergewaltiger, so wie alle Männer, einfach weil sie männlich sind. Transfrauen gelten nach diesem Mythos als Bedrohung für Cis-Frauen in geschlechtsspezifischen Räumen wie öffentlichen Toiletten und Umkleidekabinen, Gefängnissen, Krankenhäusern, Frauenhäusern.

Woher kommen diese Annahmen?

Das ist die Folge ihrer strikten Vorstellung von Sexualität und Geschlecht, wonach es nur eine einfache und unveränderliche Zweigeschlechtlichkeit gibt, weshalb das Geschlecht auch nicht umgewandelt werden könne.

Sie können und wollen nicht verstehen, dass der Ursprung der Frauen- und LGBT+-Unterdrückung eng verbunden ist mit dem Entstehen von Klassengesellschaften und der Rolle der Kleinfamilie als privater Raum der Reproduktion und Sozialisation. Ihnen reicht zur Erklärung der Frauenunterdrückung die Patriarchatstheorie von der männlichen Vorherrschaft, wonach Sexismus und Frauenfeindlichkeit ihren Ursprung im »Männlichsein« haben und nicht in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen in Klassengesellschaften wie dem Kapitalismus.

In meinem Buch »Transgender Resistance« gehe ich näher auf diesen pessimistischen und falschen Ansatz zur Erklärung von Frauen- und LGBT+-Unterdrückung ein. In der Patriarchatstheorie und in anderen Identitätstheorien wird die entscheidende Rolle der Ausbeutung, von Klasse und Klassenkampf als Hauptelemente



TRANS- MENSCHEN MÜSSEN KÄMPFEN, UM GEHÖRT ZU WERDEN

einer tragfähigen Theorie der Unterdrückung nicht anerkannt.

Einige Feministinnen sprechen von »genderkritischem Feminismus«. Rechte Kräfte verwenden ähnliche Begrifflichkeiten, wenn sie von »Genderideologie« oder »Transgenderseuche« sprechen. Wie unterscheiden sich hier Rechte von Linken überhaupt noch?

Einige transausschließende Feministinnen, insbesondere akademisch geprägte, beschreiben sich als »genderkritisch«, um ihre wirklichen Absichten zu verbergen. Wären sie ehrlich, würden sie sich als »Transpersonen ausschließend« bezeichnen, denn sie wollen dafür sorgen, dass Transpersonen von geschlechtsspezifischen Einrichtungen und Räumen ausgeschlossen sind, die wir seit Jahrzehnten genutzt haben.

Was sind ihre konkreten Forderungen?

Viele von ihnen haben zunächst den Vorschlag der Selbsterklärung einfach nur abgelehnt. Jetzt gehen sie weiter und wollen gestützt auf ein verändertes Gleichstellungsgesetz dafür sorgen, dass Transpersonen in bestimmten Fällen Dienstleistungen oder eine Arbeitsstelle verweigert werden können. Einige sähen den GRA am liebsten ganz abgeschafft. Sie haben bereits erwirkt, dass die Gefängnisregeln für Transgefangene deutlich verschlechtert wurden.

Ist der Kampf gegen die vermeintliche »Genderideologie« ein neues Phänomen?

Der Begriff »Genderideologie« wurde schon vor Jahrzehnten im rechtsgerichteten Katholizismus erfunden, dann wurde er von etlichen rechten und rechtsradikalen Regimen und Organisationen aufgegriffen und als Waffe insbesondere gegen Frauen- und LGBT+-Rechte eingesetzt. Linke sollten sich hüten, sich diese Begrifflichkeit anzueignen, um das Konzept und die Existenz einer Genderidentität und das Recht Unterdrückter, sich selbst eine Identität zuzuschreiben, anzugreifen. Sozialisten müssen sich des rechtspolitischen Ursprungs solcher Begriffe sehr bewusst sein und dürfen ihnen keinesfalls Legitimität verleihen.

Wie verläuft die Diskussion in den britischen Gewerkschaften? Gab es nicht kürzlich erbitterte Auseinandersetzungen dort?

Ja, die Gewerkschaftsbewegung war und ist eine Arena der Auseinandersetzungen über Transrechte, ebenso die Labourpartei. Einige der Gründungsmitglieder von Women's Place UK – der wohl transfeindlichsten Interessengruppe –, waren Funktionäre und führende Ehrenamtliche zum Beispiel der Lehrgewerkschaft NUT und der Regierungsangestelltengewerkschaft PCS und sie sind häufig Mitglied der Labourpartei.

In einigen Gewerkschaften haben sie versucht, auf lokaler und nationaler Ebene Resolutionen zu verabschieden, bekamen aber regelmäßig keine Mehrheit dafür. Die meisten Basisgewerkschafter haben kein Problem mit Transarbeiterinnen oder Transarbeitern und die meisten Gewerkschaften verfolgen eine transunterstützende Politik.

Um welche Fragen dreht sich die Debatte in den Gewerkschaften?

Die Debatte in der Lehrgewerkschaft drehte sich um Fragen von Sicherheit, Schutz und aufgeklärter Selbstbestimmung für jüngere Trans- und nichtbinäre Studierende in Bezug auf Zugang zu Unterstützungsdiensten. Denn Transorganisationen wie die Wohlfahrtseinrichtung Mermaids für Transkinder wurden bereits angegriffen, weil sie Kinder angeblich zu lebensverändernden, nicht rückgängig zu machenden medizinischen Eingriffen drängen und junge Leute zur Transition verführen. Einige dieser Argumente kennen wir schon aus der Herabwürdigung schwuler Männer vor 30 oder 40 Jahren.

Dem Obersten Gerichtshof liegt derzeit eine Klage der Transfeinde zur Entscheidung vor. Ohne hier auf die Einzelheiten eingehen zu können, handelt es sich um unbegründete und böswillige Behauptungen. Es ist ihnen auch egal, dass es skrupellos ist, jungen Menschen in Not Hilfe und Unterstützung zu verweigern.

Woher kommen historisch betrachtet transfeindliche Ideen? Gibt es eine Verbindung zur Naziideologie?

Ursprünglich wurde trans nicht von schwul unterschieden, das kam erst Anfang des 20. Jahrhunderts auf. Aber selbst dann galt vielen Linken Homosexualität und unter-

Ein Fest der Unterdrückten und Ausgebeuteten

schiedliche Äußerungen von Geschlecht noch lange Zeit als Beweis für eine Geisteskrankheit. Dieses medizinische Modell war vorherrschend und LGBT+-Leben wurde nicht als normal oder des Respekts würdig angesehen.

Von einem solchen medizinischen Modell auszugehen, konnte für Linke heißen, dass LGBT+-Personen nicht kriminalisiert und verfolgt werden sollten, weil es »nicht ihre Schuld« war. Für Faschisten und Eugeniker auf der anderen Seite konnte es bedeuten, »solche« Leute einzusperren, zu »heilen« oder »umzudrehen«, im schlimmsten Fall sollten sie ausgelöscht werden, wie die Nazis es versucht haben.

Selbst in liberalen Demokratien wurde Homosexualität erst kürzlich entkriminalisiert und aus der Liste geistiger Erkrankungen gestrichen, und in Großbritannien gilt Transsein immer noch als krankheitsverdächtig.

Was können Linke gegen LGBT+-Diskriminierung tun?

Als Erstes müssen wir uneingeschränkt Solidarität mit allen Unterdrückten üben, einschließlich Trans- und nichtbinären Personen. Das heißt, wir müssen gemeinsam Widerstand aufbauen gegen Sparpolitik, Neoliberalismus und Angriffe auf unsere Seite. Sozialistinnen und Sozialisten, die

RECHTE VON TRANSMENSCHEN IN EUROPA

In 34 Ländern Europas können Transmenschen ihren rechtlichen Namen und Geschlecht nicht ändern, ohne Auflagen erfüllen zu müssen, die ihre Menschenrechte verletzen, wie der Zwang zu Sterilisierung, Scheidung und psychiatrischer Diagnose.



Die Grafik zeigt die **Benachteiligung** von Transmenschen in Europa. 34 Länder verlangen eine psychiatrische Diagnose bevor Passdokumente geändert werden. Aktivistinnen und Aktivisten fordern dagegen, die Änderung von ihrem rechtlichen Namen und Geschlecht auf Grundlage der Selbstbestimmung der betroffenen Personen durchzuführen

nicht trans sind, müssen sich auf die Seite von Transaktivisten stellen, Trans-Prides unterstützen, Transevents mit aufbauen, dafür sorgen, dass unsere Gewerkschaften und Betriebe eine transunterstützende Politik betreiben, Proteste bei Hassverbrechen gegen Trans- und andere LGBT+-Personen unterstützen. Wir müssen fordern, dass es bei Pride-Märschen wie dem Christopher Street Day um Protest und Solidarität geht und nicht um konzerngesponserte Spaßtage.

Was ist der richtige Umgang mit Transfeindlichkeit aus den Reihen der Linken und des Feminismus?

Wir müssen mit allen, die auf »transkritische« Mythen hereinfallen, darüber diskutieren, dass nicht nur Transrechte leiden werden, wenn transausschließende Argumente sich durchsetzen, sondern auch Frauenrechte und die Rechte aller LGBT+-Personen. Deshalb brauchen wir Einheit in unserem Widerstand und dür-

fen uns nicht auf den Versuch der Spaltung zwischen den Unterdrückten und in der Linken angesichts zunehmender Angriffe von rechts einlassen.

Wir brauchen auch eine sozialistische Organisation, wenn wir unsere Ideen klären und zielgerichtet arbeiten wollen. Die Mehrheit der Transpersonen gehört auch der internationalen Arbeiterklasse an. Unsere Arbeitskraft wird zur Erzeugung von Profit für die herrschende Minderheit eingesetzt.

Teil einer ausgebeuteten Arbeiterklasse zu sein bedeutet, wir haben ein Interesse an einem gemeinsamen Kampf gegen das gewalttätige und unmenschliche System, das da Kapitalismus heißt. Wir brauchen ein »Fest der Unterdrückten und Ausgebeuteten«, wie Lenin eine sozialistische Revolution beschrieb, die der einzige Garant für die Befreiung von Transpersonen und aller Unterdrückten und Ausgebeuteten ist.

Laura, vielen Dank für das Gespräch. ■

TITELTHEMA

CORONAKRISE

- 31** | **Infografik**
Immer mehr Pandemien
- 32** | **Opposition im Ausnahmezustand**
Widerstand in Zeiten von Corona
- 36** | **Ursachen der Pandemie**
Interview mit dem Evolutionsbiologen Rob Wallace
- 42** | **Corona Fried Chicken**
Brutstätten der Killerviren
- 46** | **Virenherd**
Coronavirus und Kapitalismus
- 48** | **Systemversagen**
Ein Virus für die Reichen
- 50** | **Zombie-Kapitalismus**
Corona und die Wirtschaftskrise
- 51** | **WHO**
Für Konzerne statt Gesundheit
- 54** | **Bürgerrechte**
Warum Ausgangssperren falsch sind
- 56** | **Das Monster vor der Tür**
Corona in den USA
- 58** | **Lagerkoller & Quarantäne-Quiz**
Bücher, Spiele und Filmtipps zur Pandemie
- 62** | **Intensivstation**
Eine Pflegekraft packt aus
- 66** | **Krankenhausmisere**
Der Irrsinn der Fallpauschalen
- 69** | **Blinder Fleck**
Nicht alle können einfach zu Hause bleiben
- 73** | **Arbeiterrechte**
Klassenkampf in Zeiten des Virus
- 76** | **Lohn für Quarantäne**
Streiks in Italien
- 79** | **Kein Burgfrieden!**
Die Gewerkschaften in der Viruskrise



»SPANISCHE GRIPPE« 1918

(Pandemie 1918-1919)

Gegen Ende des Ersten Weltkriegs brach 1918 eine Influenza-Pandemie aus. Bis 1920 starben zwischen 25 Millionen und 50 Millionen Menschen. Eine Besonderheit der »Spanischen Grippe« war, dass ihr vor allem 20- bis 40-Jährige erlagen, während Influenzaviren sonst eher Kleinkinder und alte Menschen gefährden.

CHOLERA 1961

(mehrere Pandemien seit 1961)

Cholera ist die Bezeichnung für eine Durchfallerkrankung, ausgelöst durch eine schwere bakterielle Infektion des Darms. Sie tritt häufig dort auf, wo Trinkwasser- und Abwassersysteme nicht voneinander getrennt sind und daher das Trinkwasser mit Erregern verunreinigt sein kann. Bei der seit 2016 im Jemen grassierenden Cholera handelt sich um das bislang schwerste Auftreten dieser Infektionskrankheit.

AIDS 1980

(Pandemie ab 1980)

Das Humane Immundefizienz-Virus (HIV) gehört zur Familie der Retroviren. Es schwächt das Immunsystem der Infizierten so stark, dass diese an einfachen Folgeerkrankungen sterben. Die Verbreitung von HIV hat sich seit Anfang der 1980er Jahre zu einer Pandemie entwickelt, die bisher etwa 39 Millionen Menschenleben gefordert hat.

SARS 2002

(Pandemie 2002-2003)

Erste Pandemie im 21. Jahrhundert. Als Auslöser gilt die industrielle Käfighaltung von Nutztieren. SARS löst schwere Lungenerkrankungen aus. Mehr als 700 Menschen starben an der Erkrankung.

»SCHWEINEGRIPPE« H1N1 2009

(Pandemie 2009-2010)

Eine Mutation des Influenzavirus, die schwere Lungenerkrankungen auslöst. Sonst zeigt das Virus keine anderen Symptome als die saisonale Grippe auf. Da sich Millionen Menschen infizierten, rief die WHO eine Pandemie aus.

ZIKAVIRUS 2015

(Epidemie 2015/2016)

Erstmals 1947 entdeckt, hat sich das Zikavirus insbesondere im 21. Jahrhundert ausgebreitet: Ab 2015 kam es zu zahlreichen Infektionen in Lateinamerika. Tropische Stechmücken und Moskitos sind Überträger. Mit dem globalen Temperaturanstieg im Zuge der Klimaerwärmung könnte sich das Verbreitungsgebiet ausweiten. Das Virus löst Fieber, Hautausschlag, Gelenkschmerzen und Erbrechen aus.

»VOGELGRIPPE« H7N9 2017

(Ausbreitung in mehreren Ländern, 2017)

H7N9 ist eine Mutation des Influenzavirus, die Hühnervögel befällt, aber auch für Menschen gefährlich ist. Die Form der Übertragung konnte noch nicht festgestellt werden. Seit 2013 haben sich mehr als 1500 Menschen infiziert, von denen knapp 600 gestorben sind.

1957 »ASIATISCHE GRIPPE«

(Pandemie 1957/1958)

Eine Variante des Influenzavirus löste die zweit-schlimmste Grippe-Pandemie des 20. Jahrhunderts aus. Zwischen einer und zwei Millionen Menschen starben weltweit.

1968 »HONGKONG-GRIPPE«

(Pandemie 1968/1969)

Sie entstand aus einer Kombination von Geflügelpest- und Influenzaviren. Zwischen einer und zwei Millionen Menschen starben.

1986 »RINDERWAHNSINN«

(Epidemie 1986-1996)

Die Erkrankung des Gehirns, die bei Rindern auftritt, führt langfristig zum Tod des Tiers. Sie wird darauf zurückgeführt, dass die Tiere mit Mehl aus Rinderkadavern gefüttert wurden. Forscher vermuten einen Zusammenhang zwischen dem Verzehr von mit BSE kontaminierten Fleisch und der für Menschen tödliche verlaufenden Creutzfeldt-Jakob-Krankheit.

2006 »VOGELGRIPPE« H5N1

(Pandemie 2006/2007)

Mutation eines Influenzavirus, das in Gefangenschaft gehaltene Vögeln befällt. Statt artgerechter Haltung werden Impfungen und vorbeugende Tötungen verordnet. Bisher starben auch knapp 500 Menschen an dieser Form der Vogelgrippe.

2014 EBOLAFIEBER

(Ausbreitung in 10 Ländern, 2014-2016)

Das Ebolafieber ist für Mensch und Tier eine hochgefährliche Krankheit. Die Todesrate liegt - je nach Virusart - bei 25 bis 90 Prozent. Die Übertragungswege sind noch nicht abschließend geklärt. Eine Epidemie in den Jahren 2014-2016 forderte mehr als 11.000 Tote, vor allem in Uganda und der Demokratischen Republik Kongo.

2016 »VOGELGRIPPE« H5N8

(Ausbreitung in mehr als 19 Ländern, 2016)

H5N8 ist eine Unterform des Influenzavirus. Es tritt insbesondere bei Hühnervögeln auf. Durch die industrielle Massentierhaltung ist eine Übertragung von Wildvögeln auf Zuchtgeflügel möglich. Erstmals ist dies 1983 in Irland geschehen, zuletzt 2020 in Polen. Bei Infektionen werden die Tiere vorsorglich getötet, manchmal zu Hunderttausenden. Anders als bei H5N1 und H7N9 wird von einer Übertragung auf Menschen nicht ausgegangen.

2019 »CORONAVIRUS« SARS-COV-2

(Ausbreitung in mehr als 188 Ländern ab 2019)

Widerstand in Zeiten von Corona

*Wie kann sich die Linke angesichts der Coronakrise verhalten?
Plädoyer für eine entschlossene Opposition
gegen die Krisenpolitik der Bundesregierung*

VON DER MARX21-REDAKTION

Die Bundesregierung antwortet zum Teil mit Notfallmaßnahmen auf die Coronakrise, die der Lage nicht gerecht werden. Sie hat die Dynamik der Pandemie erst unterschätzt und dann mit den falschen Mitteln reagiert: Sie versucht in erster Linie die Profite der Wirtschaft zu schützen, anstatt sofort einen Schutzschirm für die Menschen zu spannen und den massiven Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, speziell des Gesundheitssystems, anzupacken. So wird die Verantwortung für die Eindämmung des Coronavirus individualisiert. Der Appell von Bundeskanzlerin Angela Merkel an den Einzelnen, »es ernst zu nehmen«, passt gut in das Dogma des Neoliberalismus. Es ist richtig, dass alle ihre sozialen Kontakte beschränken. Doch das Abschieben der Verantwortung zur Eindämmung der Pandemie auf den Einzelnen ist falsch. Die Eindämmung einer Pandemie ist eine politische Frage, keine individuelle.

Genau deswegen ist in der Coronakrise eine starke linke Opposition notwendig. Die Linke hat jetzt die Aufgabe, Menschen in Zeiten von Quarantäne und Ausgangssperre Handlungsoptionen anzubieten. Vertrauen, Respekt und Solidarität sind wichtige Ideale, um die Krise zu bewältigen. Die Pandemie ist kein nationales und auch kein europäisches Phänomen.

Sie ist eine Herausforderung für die gesamte Menschheit. Die Linke muss jetzt schnell lernen, unter den veränderten Bedingungen zu kämpfen. Das bedeutet, sich international, aber auch lokal zu unterstützen und zu vernetzen. Gleichzeitig sollte sie über die strukturellen Ursachen der Coronakrise aufklären und deutlich machen: Das Symptom heißt Corona, die Krankheit Kapitalismus.

1. **Ja zu #bleibtZuhause. Nein zur Ausgangssperre!**

Fast überall auf der Welt setzen die Regierenden zur Bekämpfung der Coronakrise auf repressive Maßnahmen. Das Austreten autokratischer Kontrollmöglichkeiten ist ein Kennzeichen des aus den Fugen geratenen Katastrophenkapitalismus. Grenzsicherungen, verstärkte Überwachung oder Ausgangssperren sind unter den gegenwärtigen Bedingungen aber wenig hilfreich, lenken von den eigentlichen Aufgaben ab und schaffen gleichzeitig neue Probleme.

Besonders kontraproduktiv sind Ausgangssperren. Es ist absurd, Menschen zu verbieten, sich in ihrer Freizeit draußen aufzuhalten, und gleichzeitig Millionen von Beschäftigten zu zwingen, in Werkshallen und Dienstleistungsbetrieben mit hunderten Menschen in einem Raum weiterzuarbeiten, um Dinge herzustellen, die zurzeit niemand dringend braucht. Auch die psychologische Wirkung solcher Maßnahmen ist potenziell verheerend. Ausgangssperren erhöhen das Risiko von psychischen Erkrankungen und häuslicher Gewalt.

»Stay at Home« (deutsch: »Bleib zuhause«) ist eine wichtige Kampagne. Jede und jeder sollte zum Eigenschutz und zum Schutz anderer Menschen mitmachen! Eine Ausgangssperre ist hingegen einer der größten denkbaren Eingriffe in unsere Grundrechte. Zudem zeigen andere Länder, auf welche problematische Weise sie durchgesetzt werden: Spanien setzt die Armee ein und lässt die Bevölkerung per Drohnen überwachen.

Israel hat seinem Geheimdienst Zugriff auf sämtliche Ortungsdaten der Mobiltelefone gewährt, um die Ausgangssperre durchzusetzen. Alle Bewegungen der Bürgerinnen und Bürger werden überwacht. Die Coronakrise darf nicht zum Freifahrtschein für

die Aushöhlung demokratischer Rechte werden. In Italien hat die Ausgangssperre nicht dazu geführt, die Infiziertenzahlen zu senken. In Südkorea konnte die Eindämmung der Pandemie hingegen völlig ohne Ausgangssperren und Reisebeschränkungen

Schutz darf keine Frage des Geldes sein

erreicht werden. Stattdessen setzte die Regierung auf massenhafte kostenfreie Tests für die Bevölkerung. Ausgangssperren sind Ausdruck der Ratlosigkeit der Politik im Umgang mit dem Coronavirus und beschränken die Freiheit der Menschen massiv. Die erkämpften demokratischen Bürgerrechte dürfen trotz Pandemie nicht geopfert, sondern müssen entschieden verteidigt werden.

2. Soziale Distanz, nicht Isolation!
»Soziale Distanzierung« ist ein wichtiges Element zur Bekämpfung der Verbreitung des Virus. Sie erfordert, wie Virologen und Medizinerinnen erklären, jedoch keine Isolation in der eigenen Wohnung. Im Gegenteil: Solange Abstand zu anderen eingehalten wird, wird sogar empfohlen, nach draußen zu gehen.

Die Ausgangssperren gehen also am Problem vorbei, schaffen aber zahlreiche neue: »Soziale Distanz« darf nicht zu »sozialer Isolation« führen.

Für viele Menschen, gerade alte und kranke, können Ausgangsbeschränkungen aber genau das bedeuten. Gleichzeitig ist »soziale Distanz« auch eine Klassenfrage: In einer Villa mit Garten oder einer großen Wohnung mit Balkon lässt sich eine Ausgangssperre leichter ertragen als alleinerziehend mit zwei kleinen Kindern in einer Zweizimmerwohnung. Statt auf Repression zu setzen, müsste die Regierung die sozialen Bedingungen schaffen, dass alle Menschen, besonders Lohnabhängige, das Prinzip der sozialen Distanz lernen und anwenden können.

Wie könnte das gehen? Die Regierung der kanadischen Provinz Quebec zahlt allen Beschäftigten, die sich selbst isolieren müssen, umgerechnet 360 Euro pro Woche.

Der Antrag wird im Internet ausgefüllt, und das Geld ist binnen 48 Stunden auf dem Konto. Statt die Bewegungsfreiheit einzuschränken, müsste die Bundesregierung dringend kostenfrei Schutzanzüge, Masken und Desinfektionsmittel für alle Menschen in Risikogebieten und Großstädten verteilen.

3. Gesundheitsschutz für alle!
Die Notfallmaßnahmen der Bundes- und Landesregierungen sind höchst widersprüchlich. Auf der einen Seite wird das öffentliche Leben stark eingeschränkt: Cafés, Restaurants, Universitäten, Schulen, Spielplätze, Geschäfte, Kinos und Kitas werden geschlossen. Auf der anderen Seite wird der Gesundheitsschutz für Beschäftigte vernachlässigt. Millionen Menschen müssen weiterhin zur Arbeit und sind gefährlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt, obwohl ihre Arbeit keine systemrelevante Rolle spielt. Noch immer arbeiten Menschen in Fertigungshallen, Großraumbüros, Callcentern oder bei Post und Lieferdiensten. Sie sind durch ihre Arbeit in Kontakt mit hunderten Menschen, nutzen den ÖPNV und tragen dann die Viren nach Hause in ihre Familien, Wohngemeinschaften oder Häuser. Es ist ein Widerspruch, einerseits »soziale Distanz« zu fordern und andererseits den »sozialen Kontakt« in Industriebetrieben und Dienstleistungsbereichen zuzulassen.

Die Erfahrungen in Italien zeigen, wie gefährlich das ist. Konsequenter wäre, auch die Industrieproduktion sowie Dienstleistungsbetriebe, die nicht dringend notwendig sind, zu stoppen und notwendige Arbeitsplätze »Corona-sicher« zu machen. Das bedeutet, allen Beschäftigten, die nicht von zuhause aus arbeiten können, den besten Gesundheitsschutz zu ermöglichen: Schutzanzüge, Masken, Handschuhe und Desinfektionsspray müssen sofort für alle noch produzierenden wichtigen Betriebe, den Nahrungsmittelhandel und die systemrelevante Infrastruktur kostenfrei für die Beschäftigten zur Verfügung gestellt werden. Konzerne, die sich weigern, dies zu veranlassen, stellen den Profit vor den Gesundheitsschutz der Menschen und dürfen keine staatliche Unterstützung erhalten. Betriebliche Proteste, Streiks und Selbstorganisation sind wichtig, um Schutzmaßnahmen in den Betrieben einzufordern und durchzusetzen.

4. Sozialer Schutz für alle!
In dieser Krise brauchen gerade jene unkomplizierten Schutz, die am wenigsten verdienen oder arbeitslos sind. Sonst sind sie den Gefahren der Coronakrise schutzlos ausgeliefert und die soziale Spaltung vertieft sich weiter. Schutz darf keine Frage des Geldes sein. Das heißt: Aussetzung aller Sanktionen durch die Jobcenter, Aussetzung von Stromsperren und Zwangsräumungen, Anhebung des Regelsatzes und nicht zuletzt Bereitstellung von Wohnraum und Unterkünften für Obdachlose, Illegalisierte und Menschen aus überfüllten Aufnahmelagern und Frauenhäusern. Niemand darf zurückgelassen werden! Wenn Schulen oder Kitas schließen, können Eltern nicht arbeiten – und werden oft nicht mehr bezahlt. Vor allem bei niedrigen Einkommen sind die Ausfäl-

CORONAKRISE

Verstaatlichen und demokratisch kontrollieren

le sofort spürbar und der Wegfall der Kinderbetreuung trifft vor allem Alleinerziehende und Frauen. DIE LINKE fordert zu recht: »Für Eltern braucht es eine Entgeltgarantie bei Schließungen.«

Dass die Bundesregierung den Bezug von Kurzarbeitergeld erleichtert und verlängert hat, reicht bei weitem nicht. Es ist ungerecht, wenn Arbeitgeber von den Sozialabgaben vollständig befreit werden, während Beschäftigte auf einen großen Teil ihres Lohns oder Gehalts verzichten müssen. Statt eines Schutzschirms für die Wirtschaft brauchen wir einen Schutzschirm für die Beschäftigten. Niemand darf gekündigt werden, niemand soll krank zur Arbeit gehen. Wir brauchen uneingeschränkte Lohnfortzahlung für alle.

Zugleich führt die Coronakrise zu akuten Existenzängsten bei Millionen (Schein-)Selbstständigen und Kleingewerbetreibenden. Auch ihnen muss unbürokratisch und schnell finanziell geholfen werden. Ausgefallene Honorare und Bezüge von Scheinselbstständigen und Menschen mit sogenannten Werkverträgen, oder die in Kooperativen und Kleinbetrieben arbeiten, müssen von staatlicher Seite garantiert werden.

5. Wir zahlen nicht für ihre Krise!
Weltweit sind die Aktienmärkte eingebrochen. Ökonomen warnen vor einer globalen Wirtschaftskrise. Der Schuldige ist schnell gefunden: das neue Coronavirus. Doch SARS-CoV-2 ist nur der Auslöser der Krise. Die Ursachen liegen wesentlich tiefer. Tatsächlich wächst der Weltkapitalismus seit Jahren kaum. Die Bankenrettung und das billige Geld der Zentralbanken haben verhindert, dass die große Finanzkrise von 2008/09 sich zu einer Weltwirtschaftskrise vom Ausmaß der 1930er Jahre entwickelt hat. Der anschließende Aufschwung war jedoch der schwächste seit dem Zweiten Weltkrieg. Das Virus zur Ursache des akuten Wirtschaftseinbruchs zu erklären, verkennt, dass das System schon lange krank ist. Die Pandemie hat die künstlich mit Zentralbankgeld aufgeblähte Blase am Aktienmarkt lediglich platzen lassen.

Nun nutzen Konzerne die Coronakrise, um Beschäftigte zu erpressen und ihre Ausfälle auf die Belegschaften abzuwälzen. Leiharbeiter werden abgemeldet und Arbeitszeitkonten ins Minus gefahren. Hotels und Gastronomiebetriebe entlassen ihr Personal, Flugbegleiterinnen verlieren in Kurzarbeit ei-

nen relevanten Teil ihres Lohns, prekär beschäftigte Arbeiterinnen verlieren teilweise ihre gesamten Einnahmen. Die Linke muss sich dafür einsetzen, dass nicht die lohnabhängige Bevölkerung, sondern die Profiteure der Umverteilung der letzten Jahrzehnte für die Kosten der Krise aufkommen. Dazu gehören höhere Steuern für Reiche und Konzerne.

6. Gesundheit darf keine Ware sein!
Die durch das Coronavirus ausgelöste Krise trifft die Gesellschaft auch deshalb so hart, weil der öffentliche Sektor jahrzehntelang kaputtgespart wurde. Das zeigt sich gerade sehr deutlich in Spanien und Italien. Aber auch in Deutschland wird die Unterfinanzierung der öffentlichen Hand von Wirtschaftswissenschaftlern auf 450 Milliarden Euro geschätzt. Alle Bereiche, auf die die Allgemeinheit angewiesen ist, müssen den Profitinteressen der Kapitalisten entzogen werden. Das gilt in der Coronakrise insbesondere für das Gesundheitswesen und die Pharmaindustrie. Sie müssen umgehend vollständig verstaatlicht und unter demokratische Kontrolle gestellt werden, um jetzt in der Krise bestmöglich im Interesse der Allgemeinheit zu funktionieren. Die Ökonomisierung des Gesundheitssystems muss dringend rückgängig gemacht und der Pflegenotstand effektiv bekämpft werden.

7. Kein Burgfrieden mit den Herrschenden!
Der DGB unterstützt die Krisenmaßnahmen der Bundesregierung. Auch LINKEN-Fraktionschef Dietmar Bartsch sagte im »Deutschlandfunk«, es müsse alles getan werden, damit die Wirtschaft am Laufen gehalten werde. Angesichts der Krise sei es für die Opposition nicht die Zeit, mit großer Kritik zu reagieren: »Also das, was ich von Frau Merkel und Herrn Söder höre: ›Wir tun alles, was notwendig und möglich ist‹ – das ist der vernünftige Ansatz«, so Bartsch.

Es ist fatal, wenn die Linke als Opposition gegen die Politik der Herrschenden ausfällt, gerade in Krisenzeiten. Es droht nicht nur wirtschaftlich eine »Krisenlösung« im Sinne der Herrschenden, sondern auch eine autoritäre Wende. Die Gewerkschaftsbewegung und die Linke dürfen angesichts der Coronakrise nicht zu staatstragenden Befürwortern von Wirtschaftshilfen für Banken und Konzerne sowie immer neuen repressiven Maßnahmen werden, sondern müssen den Widerstand dagegen organisieren.

8. Nein zum Rassismus der AfD!
Die Rechte versucht, die Coronakrise zur Verbreitung ihrer rassistischen und völkischen Wahnvorstellungen zu nut-

zen und streut falsche Berichte über das Virus. Damit verfolgt sie eine Strategie, die in der Geschichte der rassistischen Agitation in Deutschland nicht neu ist: Geflüchtete und Zugewanderte sollen als Träger von Krankheiten verunglimpft und als »Seuchengefahr« stigmatisiert und entmenschlicht werden. Der rassistischen Hetze muss sich die Linke entschlossen entgegenstellen.

9. Nein zur Festung Europa!
Im Schatten der Coronakrise schottet sich die EU weiter ab und erhöht die Repressionen gegen schutzsuchende Menschen – mit katastrophalen Folgen. Pro Asyl schreibt: »Im fünften Jahr des EU-Türkei-Deals harren Zehntausende unter menschenunwürdigen Bedingungen auf den griechischen Inseln aus. Die Kapazitäten sind bei weitem erschöpft; die Gesundheitsversorgung ist desolat.«

Es ist eine Schande, wenn Außenminister Heiko Maas mit Flugzeugen 100.000 Urlauber zurück nach Deutschland holt, aber die Menschen auf Lesbos, in Idlib oder an der türkisch-griechischen Grenze ihrem schrecklichen Schicksal überlässt. Die »Luftbrücke« für deutsche Urlauber zeigt, was wir für Menschen, die in Not sind, tun könnten.

Noch vor vier Jahren war die Empörung groß, als AfD-Politiker forderten, »notfalls« Waffengewalt gegen flüchtende Menschen an den Grenzen einzusetzen. Im Jahr 2020 ist dies traurige Realität. Anstatt die griechische Regierung für das brutale Vorgehen an der Grenze zur Türkei und die Aussetzung des Asylrechts zu kritisieren, lobte die Europäische-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen die Regierung und erklärte Griechenland zum »Schild Europas«.

Nicht nur, aber auch wegen der Coronakrise muss jetzt gehandelt werden. Es drohen Epidemien in den riesigen Flüchtlingslagern, wo Menschen unter schrecklichen Bedingungen ohne sanitäre und medizinische Hilfe zusammengepfercht sind. Ein groß angelegtes Aufnahmeprogramm aus Griechenland, Italien und Libyen ist notwendig: Die Hotspots müssen geräumt und Schutzsuchende an sichere Orte gebracht werden.

10. Die strukturellen Ursachen bekämpfen!
Jedes Mal wenn neue Virusinfektionen ausbrechen, sind die Regierungen, die Medien und sogar die meisten medizinischen Einrichtungen so auf jeden einzelnen Notfall konzentriert, dass sie die strukturellen Ursachen, die dazu führen, dass mehrere eher marginale Krankheitserreger nacheinander zu plötzlicher weltweiter Berühmtheit gelangen, außer Acht lassen. Das jetzige Coronavirus ist besonders gefährlich, aber kein Einzelfall. Dass sich Viren vermehrt

verbreiten, liegt auch an der zunehmenden Entwaldung und dem massiven Rückgang der globalen Primärwälder und an der Nahrungsmittelproduktion und dem Raubbau durch die multinationalen Konzerne. Die funktionelle Vielfalt und Komplexität der Landflächen wird vereinheitlicht, sodass zuvor eingeschlossene Krankheitserreger auf die lokale Viehzucht und die menschlichen Gemeinschaften überspringen. Massentierhaltung, Urbanisierung und die

Solidarität statt Vereinzeln

Entstehung von Megacities mit riesigen Slums befördern diesen Prozess. Es gibt Möglichkeiten, diesen Zyklus zu stoppen, aber sie alle beinhalten das Infragestellen des Primats des Profits im Kapitalismus: Der Bau anständiger Häuser, die Verbesserung der sanitären Einrichtungen, des Gesundheitssystems, der Abfallentsorgung und der Schädlingsbekämpfung, sowie die Neuausrichtung der Nahrungsmittelproduktion und der Landwirtschaft insgesamt.

11. Solidarität statt Vereinzeln - die politische Reorganisation in der Coronakrise beginnen!

Als Linke müssen wir jetzt die Solidarität organisieren. Das gilt international und lokal. In vielen Städten haben sich schon Nachbarschaftsinitiativen und Solidaritätsgruppen gebildet. Wo es noch keine gibt, sollten Linke diese gründen. Hier geht es um konkrete Solidarität mit denjenigen, die zu den Hochrisikogruppen zählen: Für Nachbarn einkaufen und Hilfe anbieten. Klar ist aber, dass wir als Linke nicht staatliche Strukturen ersetzen können. Es geht deswegen auch darum, in Zeiten von Ausgangsbeschränkungen politisch handlungsfähig zu bleiben, gemeinsam Forderungen zu diskutieren und solidarisch zu handeln.

Die Reaktion der Regierenden auf die Coronakrise braucht Opposition. Deswegen sollten Linke Alternativen entwickeln und politische Angebote über Telefonkonferenzen, Livechats und Videoübertragung oder Videokonferenzen anbieten. Wir brauchen trotz »Ausnahmestand« weiterhin Aufklärungsmaterial von links. Die politischen Weichenstellungen in den kommenden Wochen und Monaten werden die Zukunft entscheidend beeinflussen. Wir haben eine Welt zu gewinnen. Unser Leben geht vor ihre Profite. ■

»DIE AGRARINDUSTRIE WÜRDEN MILLIONEN TOTE RISKIEREN.«

Ein Gespräch mit dem Evolutionsbiologe Rob Wallace
über die Gefahren von Covid-19, die Verantwortung der
Agrarindustrie und nachhaltige Lösungen zur Bekämpfung von
Infektionskrankheiten

INTERVIEW: YAAK PABST

ROB WALLACE



Rob Wallace ist Evolutionsbiologe und Phylogeograf für das öffentliche Gesundheitswesen in den USA. Er arbeitet seit fünfundzwanzig Jahren an verschiedenen Aspekten neuer Pandemien und ist Autor des Buches »Big Farms Make Big Flu«.



Rob, du forschst schon lange zu Pandemien. Wie gefährlich ist das neue Coronavirus?

Es hängt davon ab, wo du dich zum Zeitpunkt des lokalen Ausbruchs von Covid-19 befindest: Steht diese Epidemie erst am Anfang, ist sie auf ihrem Höhepunkt oder befindet sie sich schon in ihrer Spätphase? Wie gut reagiert das Gesundheitssystem in der Region? Wie alt bist du? Bist du immunologisch gefährdet? Wie ist dein allgemeiner Gesundheitszustand? Um eine nicht diagnostizierbare Möglichkeit zu erfragen: Stimmt deine Immungenetik, die Genetik, die deiner Immunabwehr zugrunde liegt, mit dem Virus überein oder nicht?

Viren können sich verändern

Dann ist all das Getue um das Virus nur Panikmache?

Nein, sicher nicht. Die Todesrate (Englisch: case fatality rate, CFR) von Covid-19 lag zu Beginn des Ausbruchs in Wuhan zwischen 2 und 4 Prozent der bekannten Infizierten. Außerhalb von Wuhan scheint die CFR etwa 1 Prozent und sogar noch weniger zu betragen.

Aber anderswo liegt sie auch höher, wie beispielsweise zurzeit in Italien und den Vereinigten Staaten. Diese Todesraten scheinen nicht hoch zu sein im Vergleich zu, sagen wir, SARS mit 10 Prozent, der »Spanischen Grippe« von 1918 mit 5 bis 20 Prozent, der »Vogelgrippe« (H5N1) mit 60 Prozent oder an einigen Orten Ebola mit 90 Prozent Todesfällen unter den Infizierten. Aber sie liegt sicherlich höher als der 0,1 Prozent CFR-Wert der saisonalen Grippe. Die Gefahr besteht jedoch nicht nur in der Höhe der Sterberate. Wir müssen uns mit der sogenannten Durchdringung oder der Rate des Angriffs auf die Gesellschaft auseinandersetzen. Mit anderen Worten: Ein wie großer Teil der Weltbevölkerung trägt den Virus bereits in sich?

Kannst du das genauer erklären?

Das globale Reizenetzwerk ist auf Rekordniveau. Da es weder Impfstoffe oder spezifische Antivirenmittel gegen Coronaviren gibt, noch eine Herdenimmunität gegen das Virus, kann selbst ein Stamm mit einer Sterblichkeitsrate von nur 1 Prozent der Infizierten eine beträchtliche Gefahr darstellen.

Angesichts einer Inkubationszeit von bis zu zwei Wochen und den zunehmenden Anzeichen, dass Anste-

ckungen stattgefunden haben vor dem eigentlichen Ausbruch der Krankheit – also bevor wir wissen, ob Menschen sich überhaupt infiziert haben – sind wahrscheinlich nur wenige Orte auf der Welt noch frei von Infektionen. Wenn zum Beispiel Covid-19 bei einer Ansteckung von 4 Milliarden Menschen 1 Prozent Todesopfer fordert, sind das 40 Millionen Tote. Ein kleiner Anteil einer großen Zahl kann immer noch eine große Zahl sein.

Dies sind erschreckende Zahlen für einen scheinbar wenig ansteckenden Erreger ...

Auf jeden Fall, und wir stehen erst am Anfang des Ausbruchs. Es ist wichtig zu verstehen, dass sich viele Neuinfektionen im Laufe von Epidemien verändern. Ansteckungsfähigkeit, die Ausbreitung der Ansteckung oder beides können sich abschwächen. Andererseits nehmen andere Ausbrüche an Virulenz zu. Die erste Welle der Grippepandemie im Frühjahr 1918 war eine relativ milde Infektion. Die zweite und dritte Welle in jenem Winter und bis ins Jahr 1919 hinein tötete dann Millionen Menschen.

Pandemie-Skeptiker argumentieren jedoch, dass weit weniger Patientinnen und Patienten durch das Coronavirus infiziert und getötet wurden als durch die typische saisonale Grippe. Wie bewertest du das?

Ich wäre der Erste, der sich freuen würde, wenn sich dieser Ausbruch als Blindgänger erweisen sollte. Aber der Versuch, Covid-19 unter Verweis auf andere tödliche Krankheiten, insbesondere die Grippe, als geringe Gefahr abzutun, ist ein rhetorischer Trick, um die Besorgnis über das Coronavirus als unangebracht darzustellen.

Du meinst also, dass der Vergleich mit der saisonalen Grippe hinkt?

Es ergibt wenig Sinn, zwei Krankheitserreger in den verschiedenen Abschnitten ihrer Epikurve, also des Ausbruchsverlaufs, zu vergleichen. Ja, die saisonale Grippe infiziert weltweit viele Millionen Menschen, wobei nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation bis zu 650.000 Menschen pro Jahr daran sterben. Covid-19 steht jedoch erst am Anfang seiner epidemiologischen Entwicklung. Und anders als bei der Grippe haben wir weder einen Impfstoff noch eine Herdenimmunität, um die Infektion zu verlangsamen und die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu schützen.

Auch wenn der Vergleich irreführend ist, so sind das doch beides Virenkrankheiten. Es handelt sich sogar um die gleiche Gruppe, die RNA-Viren. Beide Krankheiten betreffen den Mund- und Rachenraum und manchmal auch die Lunge. Beide sind doch ziemlich ansteckend, oder?

DAS BUCH



»Big Farms Make Big Flu: Dispatches on Influenza, Agribusiness, and the Nature of Science«

Rob Wallace | Monthly Review Press | 400 Seiten | 2016 | E-Book 4,65 Euro



© NASA / Wikimedia Commons

Das Foto der US-Raumfahrtbehörde NASA zeigt die fortschreitende **Entwaldung** im bolivianischen Tiefland. Durch die Zerstörung intakter Naturräume können zuvor eingeschlossene Krankheitserreger auf die lokale Viehzucht und schließlich den Menschen überspringen. Trotz aller Nachhaltigkeitsversprechen hat die globale Waldvernichtung mit fast 30 Millionen Hektar pro Jahr einen dramatischen Spitzenwert erreicht

Ja, aber diese zwei Krankheitserreger zu vergleichen, ist fragwürdig. Wir wissen eine Menge über die Dynamik der Grippe. Wir wissen sehr wenig über Covid-19. In dieser Gleichung gibt es viele Unbekannte. Tatsächlich werden etliche Faktoren bei Covid-19 unbekannt bleiben, bis es zu einem vollständigen Ausbruch der Krankheit kommt. Gleichzeitig ist es wichtig zu verstehen, dass es nicht um Covid-19 im Gegensatz zur Grippe geht. Es geht um Covid-19 und Grippe. Die Entstehung von Mehrfachinfektionen, die eine Pandemie auslösen können und ganze Bevölkerungsgruppen angreifen, sollte die Hauptsorge sein.

Du erforschst Epidemien und ihre Ursachen seit mehreren Jahren. In deinem Buch »Big Farms Make Big Flu« versuchst du, die Zusammenhänge zwischen industriellen landwirtschaftlichen Methoden, Ökolandbau und virusbedingter Ansteckungskrankheiten aufzuzeigen. Was sind deine Erkenntnisse?

Die eigentliche Gefahr jedes neuen Ausbruchs ist das Versagen, oder, besser gesagt, die zweckdienliche Weigerung zu begreifen, dass jeder neue Covid-19-Fall kein Einzelfall ist. Das vermehrte Auftreten von Viren steht in engem Zusammenhang mit der Nahrungsmittelproduktion und der Profitabilität der multinationalen Unternehmen. Wer verstehen will, warum Viren immer gefährlicher werden, muss das industrielle Modell der Landwirtschaft und insbesondere der Viehzucht un-

tersuchen. Gegenwärtig sind nur wenige Regierungen und wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu bereit. Ganz im Gegenteil: Wenn die neuen Virusinfektionen ausbrechen, sind die Regierungen, die Medien und sogar die meisten medizinischen Einrichtungen so auf jeden einzelnen Notfall konzentriert, dass sie die strukturellen Ursachen, die dazu führen, dass mehrere eher marginale Krankheitserreger nacheinander zu plötzlicher weltweiter Berühmtheit gelangen, außer Acht lassen.

Wer ist daran schuld?

Ich habe industrielle Landwirtschaft gesagt, aber es gibt einen größeren Rahmen dafür. Das Kapital erobert weltweit die letzten Urwälder und die letzten von Kleinbauern bewirtschafteten Flächen. Diese Investitionen treiben die Entwaldung und damit eine Entwicklung voran, die zur Entstehung neuer Krankheiten führt. Die funktionelle Vielfalt und Komplexität dieser riesigen Landflächen wird so vereinheitlicht, dass zuvor eingeschlossene Krankheitserreger auf die lokale Viehzucht und die menschlichen Gemeinschaften überspringen. Kurz gesagt, die Metropolen des globalen Kapitals, Orte wie London, New York und Hongkong, müssen als Krisenherd für die wichtigsten Krankheiten betrachtet werden.

Bei welchen Krankheiten ist das der Fall?

Es gibt derzeit keine kapitalfreien Krankheitserre-

ger. Selbst die Weltabgeschiedensten sind betroffen, wenn auch in entfernter Weise. Ebola, Zika, die Coronaviren, das Gelbfieber, verschiedenste Vogelgrippen und die afrikanische Schweinepest bei Schweinen sind nur einige der vielen Erreger, die aus dem entlegensten Hinterland in Stadt- und Randgebiete, in die regionalen Hauptstädte und schließlich in das globale Reizenetz gelangen. Es braucht nur wenige Wochen von den Flughunden in Kongo, die vermutlich das Ebolavirus übertragen, bis zu den Sonnenanbetern in Miami, die an dem Virus sterben.

Welche Rolle spielen multinationale Unternehmen in diesem Prozess?

Der Planet Erde ist heute weitgehend eine einzige große industrielle Agrarfabrik, sowohl in Bezug auf die Biomasse, als auch die Landnutzung. Die Agrarindustrie versucht, den Lebensmittelmarkt zu beherrschen. Das neoliberale Projekt ist darauf ausgerichtet, Unternehmen aus den entwickelteren Industrieländern dabei zu unterstützen, Land und Ressourcen schwächerer Länder zu stehlen. Als Folge dessen werden viele dieser neuen Krankheitserreger, die zuvor in den über lange Zeiträume entstandenen Waldökosystemen gebunden waren, freigesetzt und bedrohen die ganze Welt.

Welche Auswirkungen haben die Produktionsmethoden der Agrarindustrie darauf?

Die nach kapitalistischen Bedürfnissen organisierte Landwirtschaft, die an die Stelle der natürlichen Ökologie tritt, bietet genau die Mittel, durch die ein Krankheitserreger die gefährlichste und ansteckendste Erscheinungsform entwickeln kann. Ein besseres System zur Züchtung tödlicher Krankheiten lässt sich kaum entwickeln.

Wie das?

Durch Züchtung genetischer Monokulturen von Nutztieren werden alle eventuell vorhandenen Immunschränken beseitigt, die die Übertragung verlangsamen könnten. Eine große Tierpopulation und -dichte fördert hohe Übertragungsraten. Solche beengten Verhältnisse beeinträchtigen die Abwehrkräfte des Immunsystems der Tiere. Ein hoher Durchlauf von Tieren, der Teil jeder industriellen Produktion ist, versorgt die Viren mit ständig neuen Wirtstieren, was die Ansteckungsfähigkeit der Viren fördert. Mit anderen Worten: Die Agrarindustrie ist so auf Gewinn ausgerichtet, dass die Entscheidung für ein Virus, das eine Milliarde Menschen töten könnte, das Risiko wert zu sein scheint.

Bitte was!?

Diese Unternehmen können die Kosten ihrer bezüglich des Ausbruchs von Epidemien gefährlichen Operationen einfach allen anderen aufbürden: den Tieren selbst, den Verbraucherinnen und Verbrauchern, den Bauern, den lokalen Gemeinschaften und den Regierungen quer über alle Zuständigkeitsbereiche. Die Schäden sind so umfangreich, dass das Agrobusiness, wie wir es kennen, für immer erledigt wäre, wenn wir diese Kosten in die Unternehmensbilanzen einrechnen würden. Kein Unternehmen könnte die Kosten für die von ihm verursachten Schäden tragen.

In vielen Medien wird behauptet, der Ursprung des Coronavirus sei ein »exotischer Lebensmittelmarkt« in Wuhan gewesen. Stimmt diese Beschreibung?

Ja und nein. Es gibt räumliche Anhaltspunkte, die dafür sprechen. Die Rückverfolgung von Kontakten, die mit Infektionen in Verbindung stehen, führt zum Hunan-Großmarkt für Meeresfrüchte in Wuhan, wo auch Wildtiere verkauft werden. Stichproben haben offenbar das westliche Ende des Marktes, in dem die Wildtiere gehalten wurden, identifiziert.

Aber wie weit zurück sollten wir nachforschen? Wann genau hat der Ernstfall wirklich begonnen? Die Fokussierung auf den Markt übersieht die Ursprünge bei der Wildlandwirtschaft im Hinterland und ihre zunehmende Kommerzialisierung. Weltweit und auch in China wird Wildnahrung zunehmend zu einem formellen Wirtschaftssektor. Aber die Beziehung zur industriellen Landwirtschaft geht über das bloße Teilen desselben Geldbeutels hinaus. Da sich die industrielle Produktion – von Schwein, Geflügel und Ähnlichem – auf den Urwald ausdehnt, übt sie Druck auf die Erzeuger von Wildnahrungsmitteln aus, die weiter in die Wälder vordringen, um dort nach den Ursprungspopulationen zu suchen, wodurch sich die Schnittstelle zu neuen Krankheitserregern, einschließlich Covid-19, vergrößert und deren Ausbreitung verstärkt wird.

Covid-19 ist nicht das erste Virus, das sich in China entwickelt hat und das die Regierung zu vertuschen versuchte.

Ja, aber das ist kein chinesischer Sonderfall. Die USA und Europa haben auch als »Nullpunkte« für neue Vireninfectionen gedient, zuletzt H5N2 und H5Nx, und ihre multinationalen und neokolonialen Vertreter haben die Entstehung von Ebola in Westafrika und Zika in Brasilien angefacht. Und während der Ausbruch der Schweinegrippe (H1N1) im Jahr 2009 und der Geflügelpest (H5N2) schützten US-Gesundheitsbeamte die gesamte Agrarindustrie.



© Pau Colominas / Wikimedia

Medizinische **Untersuchung** an einem U-Bahnhof in Peking im Januar 2020 aufgrund der Bedrohung durch das Coronavirus: Wer in die U-Bahn will, muss sich vorher die Körpertemperatur messen lassen. Das neue Coronavirus ging zwar von China aus, doch die USA und Europa haben auch als »Nullpunkte« für neue Vireninfectionen gedient, zuletzt für H5N2 und H5Nx



DIE ERDE IST EINE EINZIGE GROSSE AGRAR-FABRIK

Sitzungsraum des Exekutivrats der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf: Im Zuge der Coronakrise rief die WHO einen »gesundheitlichen Notstand von internationaler Bedeutung« aus. Doch sie handelt nicht unabhängig, sondern ist von ihren Großspendern abhängig

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat jetzt einen »gesundheitlichen Notstand von internationaler Bedeutung« ausgerufen. Ist dieser Schritt richtig?

Ja. Die Gefahr eines solchen Erregers besteht darin, dass die Gesundheitsbehörden die statistische Risikoverteilung nicht in den Griff bekommen. Wir haben keine Ahnung, wie der Erreger reagieren könnte. Wir sind von einem Ausbruch auf einem Markt zu Infektionen gekommen, die sich innerhalb weniger Wochen über die ganze Welt verteilen. Der Erreger könnte einfach absterben. Das wäre großartig. Aber wir wissen es nicht. Eine bessere Vorbereitung würde

Familie und seine Gemeinde tat und von einem örtlichen Krankenhaus verlangte, ihn auf Covid-19 zu testen. Er fürchtete, dass seine magere Krankenversicherung von Obama Care die Kosten für die Tests nicht abdecken würde. Er hatte Recht.

Er hatte plötzlich eine Rechnung über 3.270 US-Dollar am Hals. Für die USA könnte eine Forderung lauten, eine Notverordnung zu verabschieden, wonach während des Ausbruchs einer Pandemie alle ärztlichen Rechnungen im Zusammenhang mit den Tests auf Infektion und für die Behandlung nach einem positiven Test von der Bundesregierung bezahlt werden müssen. Wir wollen die Menschen ermutigen, Hil-



© WHO / wikimedia

Solidarität statt autoritäre Maßnahmen

fe zu suchen, anstatt sich zu verstecken – und andere anzustecken –, weil sie sich keine Behandlung leisten können. Die offensichtliche Lösung ist ein staatlicher Gesundheitsdienst, der für solche Notfälle personell und materiell ausreichend ausgestattet ist.

Sobald das Virus in einem Land entdeckt wird, reagieren die Regierungen überall mit autoritären Strafmaßnahmen, wie einer Quarantäne für ganze Landstriche und Städte. Sind solche drastischen Maßnahmen gerechtfertigt?

Die Nutzung der Coronakrise, um die neuesten autokratischen Kontrollmöglichkeiten zu testen, ist ein Kennzeichen des aus den Fugen geratenen Katastrophenkapitalismus. Im Hinblick auf die öffentliche Gesundheit halte ich mich lieber an Vertrauen und Mitgefühl, die wichtige Variablen bei einer Epidemie sind. Ohne beides verlieren die Regierungen die Unterstützung der Bevölkerung.

Wir brauchen ein Gefühl der Solidarität und des gegenseitigen Respekts, um solche Bedrohungen gemeinsam zu überstehen. Selbstquarantäne mit geeigneter Unterstützung, ausgebildete Nachbarschaftshilfe, Lebensmittelwagen, die von Tür zu Tür fahren, Arbeitsbefreiung und Arbeitslosenversicherung – damit kann diese Art von Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt werden, das wir benötigen.

Wie Du vielleicht weißt, haben wir in Deutschland mit der AfD faktisch eine Nazi-Partei mit 94 Sitzen im Parlament. Die harten Nazis und andere Gruppen im Verbund mit AfD-Politikerinnen und Politikern nutzen die Coronakrise für ihre Agitation. Sie



© wikimedia

Bett auf einer Intensivstation: Zwar gibt es in Deutschland mit etwa 30 Intensivbetten je 100.000 Einwohnern im internationalen Vergleich noch relativ große Kapazitäten, aber für einen Notfall ist auch das deutsche Gesundheitssystem nicht gerüstet, vor allem aufgrund des Personalmangels in der Pflege

die Chancen verbessern, die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Erregers zu unterbinden. Die Erklärung der WHO ist gleichzeitig ein Teil dessen, was ich als Pandemie-Theater bezeichne. Internationale Organisationen sind angesichts ihrer Untätigkeit zu Grunde gegangen. Da fällt mir der Völkerbund ein.

Die Gruppe der UNO-Organisationen ist immer besorgt über ihre Bedeutung, ihre Macht und ihre Finanzierung. Aber ein solcher Aktionismus kann sich auch der tatsächlichen Vorbereitungen und der Prävention annähern, die die Welt braucht, um die Übertragungsketten von Covid-19 zu unterbrechen.

Die neoliberale Umstrukturierung des Gesundheitssystems hat sowohl die Forschung als auch die allgemeine Versorgung der Patientinnen und Patienten, zum Beispiel in Krankenhäusern, verschlechtert. Welchen Unterschied könnte ein besser finanziertes Gesundheitssystem zur Bekämpfung des Virus machen?

Da ist die schreckliche, aber aufschlussreiche Geschichte des Mitarbeiters der Miami Medical Device Company, der nach seiner Rückkehr aus China mit grippeähnlichen Symptomen das Richtige für seine



Die AfD wirbt Anfang März auf Twitter für **Grenzkontrollen**. Mit Forderungen nach Grenzkontrollen und -schließungen will die radikale Rechte eine »Rassifizierung« der Covid-19-Erkrankung erreichen

verbreiten falsche Berichte über das Virus und fordern von der Regierung mehr autoritäre Maßnahmen: Beschränkung von Flügen und Einreisestopp für Migranten, Grenzschießung und Zwangsquarantäne.

Reiseverbot und Grenzschießung sind Forderungen, mit denen die radikale Rechte eine »Rassifizierung« der inzwischen globalen Krankheiten erreichen will. Das ist natürlich Unsinn.

Da sich das Virus bereits überall verbreitet, ist jetzt das einzig Sinnvolle, dafür zu sorgen, dass das öffentliche Gesundheitswesen so belastbar wird, dass es keine Rolle spielt, wer mit einer Infektion auftaucht. Wir haben die Mittel, um Infektionen zu behandeln und zu heilen. Und natürlich müssen wir aufhören, den Menschen in anderen Ländern ihr Land zu stehlen und die Massenauswanderung damit überhaupt erst weiter anzufachen. Wir können dafür sorgen, dass die Krankheitserreger gar nicht erst entstehen.

Was wären nachhaltige Veränderungen?

Um das Ausbrechen neuer Virusinfektionen einzuschränken, muss die Nahrungsmittelproduktion radikal verändert werden. Die Unabhängigkeit der Landwirte und ein starker öffentlicher Sektor können den umweltbedingten Sperrklinkeneffekt und unkontrollierte Infektionen eindämmen. Dazu gehört auch die Förderung der Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen und einer strategischen Wiederaufforstung, sowohl auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe, als auch regional. Tiere müssen sich vor Ort fortpflanzen dürfen, um Immunitätsmechanismen weiterzu-

geben. Es geht darum, eine gerechte Produktion mit einem gerechten Warenkreislauf zu verbinden. Dazu gehört auch die Subventionierung der ökologischen Landwirtschaft und der Verkaufspreise sowie Programme für Verbraucher. Diese Projekte müssen vor den Zwängen, die die neoliberale Wirtschaft Einzelpersonen und Gemeinschaften gleichermaßen auferlegt, geschützt und gegen die Bedrohung durch die vom Kapital geleitete staatliche Unterdrückung verteidigt werden.

Was sollten Linke angesichts der zunehmenden Dynamik, die ein Krankheitsausbruch annehmen kann, fordern?

Die Agrarindustrie als Form der sozialen Reproduktion muss für immer abgeschafft werden, schon allein aus Gründen der allgemeinen Gesundheit. Die hoch industrialisierte Produktion von Nahrungsmitteln hängt von Praktiken ab, die die gesamte Menschheit gefährden und in diesem Fall dazu beitragen, eine neue tödliche Pandemie auszulösen. Wir sollten fordern, dass die Nahrungsmittelsysteme so verstaatlicht werden, dass solche gefährlichen Krankheitserreger erst gar nicht entstehen können.

Dazu muss die Nahrungsmittelproduktion zunächst wieder in die Bedürfnisse der ländlichen Gemeinden integriert werden. Das wird agroökologische Praktiken erfordern, die die Umwelt und die Bäuerinnen und Bauern beim Anbau der Nahrungsmittel schützen. Der große Rahmen ist: Wir müssen den metabolischen Riss heilen, der unsere Ökologie von unserer Wirtschaft trennt. Kurz gesagt: Wir haben eine Welt zu gewinnen. ■

Corona Fried Chicken



© wilmmedia

Woher kommt das neuartige Coronavirus? Wer verstehen will, warum sich immer mehr tödliche Viren verbreiten, muss die globale Nahrungsmittelproduktion ins Visier nehmen

VON LEE HUMBER

Die ersten Fälle einer »viralen Lungenentzündung unbekannter Ursache« wurden der Weltgesundheitsorganisation WHO am 31. Dezember 2019 aus der chinesischen Stadt Wuhan gemeldet.

Das Bundesministerium für Gesundheit schreibt: »Man nimmt an, dass das neuartige Coronavirus von Fledermäusen stammt. Ob andere Tierarten als Zwischenwirte des Virus zwischen Fledermaus und Mensch dienen, ist noch nicht bekannt. Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich die ersten Erkrankten Anfang Dezember 2019 auf einem Markt in Wuhan in der Provinz Hubei, China, angesteckt haben. Das

neuartige Coronavirus erhielt den offiziellen Namen »SARS-CoV-2«, und die Atemwegserkrankung, die es auslöst, wird als »COVID-19« bezeichnet.«

Das ist die gängige Erklärung in den meisten Medien. Doch diese greift zu kurz. Der Evolutionsbiologe Rob Wallace zeigt, dass es zwar einige Hinweise darauf gibt, dass der erste Ausbruch auf dem Markt für Wildtiere stattgefunden hat – aber eben nur einige. Nach seiner Auswertung der Studien wurden nur 33 von 585 Proben auf dem Markt in Wuhan positiv auf das Coronavirus getestet, wobei 31 am Ende des Marktes, auf dem der Handel mit Wildtieren konzentriert war, gefunden wurden. Doch nur 41 Prozent dieser positi-

ven Proben wurden auf Marktstraßen festgestellt, wo Wildtiere gehalten wurden. Ein Viertel der ursprünglich Infizierten besuchte nie den Markt in Wuhan. Der früheste Fall wurde identifiziert, bevor der Markt von dem Virus betroffen war.

Der Ausbruchsort für diesen spezifischen Virusstamm mag gefunden werden. Aber das erklärt weder die globale und eskalierende Vielfalt der Viruskrankheiten, noch warum sie ansteckender sind oder sich schneller und weiter als je zuvor ausbreiten. Dazu müssen wir verstehen, wie der Kapitalismus den Kontext für das Gedeihen tödlicher Viren geschaffen hat, und uns speziell mit der Nahrungsmittelproduktion beschäftigen.

China ist ein guter Ort, um damit zu beginnen. In den vergangenen 50 Jahren und insbesondere im 21. Jahrhundert ist die industrielle Nahrungsmittelproduktion dort in einem nie zuvor erlebten Ausmaß gewachsen. Als beispielsweise im Jahr 1997 H5N1 - ein neuer Grippestamm - auftauchte, gab es in Guangdong in Südchina 700 Millionen Hühner. Diese wurden in einem vertikal integrierten, industriellen Umfeld gezüchtet, aufgezogen, geschlachtet und verarbeitet, das Futtermittelanlagen und Verarbeitungsbetriebe umfasst.

In den 1990er Jahren, als die globale Geflügelproduktion die Rindfleischproduktion überstieg, verdoppelte China seinen Anteil am weltweiten Gesamtverbrauch von weniger als 8 auf mehr als 17 Prozent und wurde damit zur zweitgrößten Konsumnation der Welt. Nach Angaben der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO stieg die Produktion von Geflügel allein in Festlandchina von 1989 bis 1997 um 200 Prozent.

Dies war begleitet von einer starken Binnenmigration und einem anhaltenden Bevölkerungswachstum im Perlflossdelta. Diese Region, die an Hongkong grenzt, hat sich zu einem der wichtigsten Export-Import-Zentren der Welt entwickelt, mit ausgedehnten Transportwegen vom Perlflossdelta ins Landesinnere und nach Übersee. Das Ausmaß der Intensivierung der Geflügelwirtschaft in Verbindung mit der zunehmenden Trockenlegung der Feuchtgebiete von Guangdong, um Wohnraum für die wachsende Bevölkerung zu schaffen, hat eine Reihe von Virusinfektionen hervorgerufen, die das ganze Jahr über in einer, wie Wallace es beschreibt, »Virulenz-Ratsche« (Konzept in der Evolutionsbiologie) zirkulieren.

Die intensive industrielle Nahrungsmittelproduktion bietet den Viren reichlich Raum zu mutieren und sich über die Geflügelwirte zu verbreiten, während die Nähe und Größe der lokalen Bevölkerung ein Portal für die Übertragung der Viren auf Menschen darstellt. Diese industrielle Massenproduktion steht neben traditionelleren Nassmärkten und dem Verzehr exotischer Lebensmittel. Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion durch Abholzung hat die Suche nach Nahrungsmitteln aus der Wildnis tiefer in

die letzte der primären Landschaften gedrängt, »wodurch eine größere Vielfalt unbekannter und potenziell proto-pandemischer Krankheitserreger ausgegraben wurde«, so Wallace.

Das industrielle Modell der Landwirtschaft und Viehzucht ist der Grund dafür, dass wir jetzt jedes Jahr vor der Bedrohung durch ein neues, potenziell tödliches und sich weltweit verbreitendes Virus stehen.

Karl Marx erkannte die vielfältigen Gefahren, die eine industrialisierte Landwirtschaft für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschheit darstellt, wie die jüngste Durchsicht vieler seiner wenig bekannten Notizbücher zeigt. Tatsächlich entwickelte Marx Mitte des 19. Jahrhunderts eine detaillierte und differenzierte Kritik am industriellen Ernährungssystem in Großbritannien. Historiker bezeichnen diese Zeit als »Zweite landwirtschaftliche Revolution«.

Marx studierte nicht nur die Produktion, die Verteilung und den Konsum von Lebensmitteln, sondern er war der Erste, der diese als ein Problem der Veränderung von Lebensmittel-»Regimen« begriff - eine Idee, die seither im Mittelpunkt der Diskussion über das kapitalistische Ernährungssystem steht. Marx begründete seine materialistische Geschichtsauffassung mit der Vorstellung, dass »die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz« die Herstellung der Mittel für den Lebensunterhalt ist, angefangen bei Nahrung, Wasser, Unterkunft und Kleidung, bis hin zu allen anderen Bedarfsmitteln. »Alle Arbeit«, schrieb er in »Kapital« Band 3, »ist zunächst und ursprünglich auf Aneignung und Produktion der Nahrung gerichtet.« Die Sicherung nahrhafter, gesunder Lebensmittel ist von

GLOSSAR

WAS BEDEUTEN DIE BEZEICHNUNGEN?

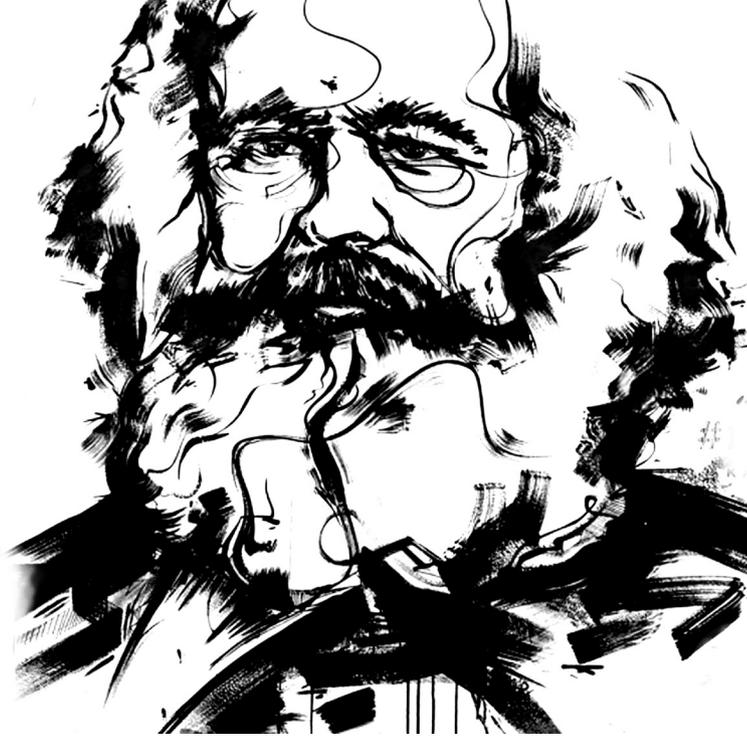
Coronavirus: Coronaviren sind eine Virusfamilie, zu der auch das derzeit weltweit grassierende Virus Sars-CoV-2 gehört. Da es anfangs keinen Namen trug, sprach man in den ersten Wochen vom »neuartigen Coronavirus«.

Sars-CoV-2: Die WHO gab dem neuartigen Coronavirus den Namen »Sars-CoV-2« (»Severe Acute Respiratory Syndrome«-Coronavirus-2). Mit der Bezeichnung ist das Virus gemeint, das Symptome verursachen kann, aber nicht muss.

Covid-19: Die durch Sars-CoV-2 ausgelöste Atemwegskrankheit wurde »Covid-19« (Coronavirus-Disease-2019) genannt. Covid-19-Patienten sind dementsprechend Menschen, die das Virus Sars-CoV-2 in sich tragen und Symptome zeigen.



**DIE VIREN
HABEN
REICHLICH
RAUM ZUM
MUTIEREN UND
SICH ZU
VERBREITEN**



© Nadim Kobeissi / Wikimedia

Karl Marx verurteilte offen den Missbrauch von Tieren durch neue Zuchtmethoden

größter Bedeutung. Mitte des 19. Jahrhunderts verurteilte Marx offen den Missbrauch von Tieren durch neue Zuchtmethoden. Schaf- und Rinderrassen wurden so gezüchtet, dass sie im Verhältnis zu den Knochen eine schwerere Lasten aus Fleisch und Fett trugen, sodass die Tiere oft kaum noch ihr eigenes Gewicht tragen konnten.

Der für die Fleischproduktion gezüchtete Viehbestand vermehrte sich immer schneller, und Schafe und Rinder wurden nach zwei statt fünf Jahren geschlachtet. Kälber wurden früher entwöhnt, um die Milchproduktion und -ausbeute zu steigern. Ochsen wurden zunehmend in engen Ställen gefüttert und gehalten. Die Rinder erhielten eine Futtermischung mit Zutat zur Wachstumsbeschleunigung, einschließlich importierter Ölkuchen zur Anreicherung des Dungs. Jeder Ochse wurde mit etwa zehn Pfund Ölkuchen pro Tag gefüttert und mit Erreichen der Schlachtreife getötet.

Marx schrieb: »In diesen Gefängnissen werden die Tiere geboren und bleiben dort, bis sie geschlachtet werden. Die Frage ist, ob dieses System, verbunden mit dem der Züchtung, das die Tiere abnormal entwickelt, und ihre Knochen unterdrückt hat, um sie in bloße Fleisch- und Fettmassen zu verwandeln, während früher aber (vor 1848) die Tiere aktiv blieben, indem sie sich so viel wie möglich unter freier Luft aufhielten, nicht schließlich den Grund zu großem Verderb der Lebenskraft legen wird?«

Das ist eine treffende Beschreibung auch für die heutige industrielle Geflügelproduktion. Im Jahr 1940 entwickelte Henry Wallace jr. die erste industriell gezüchtete Hühnerrasse bei dem Unternehmen Hy-Line International, einem Ableger des landwirtschaftlichen Unternehmens seines Vaters - des ehemaligen US-Landwirtschaftsministers und Vizepräsidenten Henry Wallace sr.. Innerhalb eines Jahrzehnts erzeugten fast alle kommerziellen Geflügelzüchter weltweit

Bestände aus diesen Hybriden. Heute befinden sich fast 75 Prozent der weltweiten Geflügelproduktion in den Händen einiger weniger Unternehmen. Im Jahr 2006 gab es vier Hauptzüchter, die die ersten drei Generationen der »Broiler« (Fleischhühner) entwickelten, gegenüber elf im Jahr 1989. Im selben Zeitraum schrumpfte die Zahl der Unternehmen, die Legehennenlinien (für Eier) produzieren, von zehn auf nur noch zwei.

Die EW Group (früher Erich-Wesjohann-Gruppe) allein kontrolliert fast 70 Prozent der gesamten Produktion von weißen Eiern in der Welt. Hendrix Genetics kontrolliert 80 Prozent der Produktion von braunen Eiern und hat eine 50-prozentige Beteiligung an Nutreco, das Puten, Masthähnchen und Schweine züchtet. Die Grimaud-Gruppe ist das zweitgrößte Unternehmen in der Vogelgenetik. Cobb-Vantress, der letzte der vier großen Geflügelproduzenten, ist im Besitz von Tyson Foods, dem weltweit größten Verarbeiter und Vermarkter von Hühnerfleisch.

Die Produktion wird von den Unternehmen streng und gnadenlos kontrolliert, um jede ungeplante Vielfalt zu verhindern.

Im Jahr 2009 veröffentlichte die in Chicago ansässige Tierrechtsgruppe Mercy for Animals Aufnahmen von männlichen Küken von Legehennen in einer Hy-Line-Brüterei, die geschreddert wurden. Das Schreddern männlicher Küken, die keine Eier legen können, ist Industriestandard und bleibt in Deutschland nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2019 weiterhin erlaubt. Janet Fulton von Hy-Line antwortete mit einer Erklärung: »Wir haben sehr enge finanzielle Verpflichtungen. Zuchtlinien, die nicht das erforderliche wirtschaftliche Niveau erreichen, werden vernichtet.«

Eine Folge dieser Vernichtung ist, dass die weltweite Geflügelproduktion durch Monokulturen gekennzeichnet ist. Hühner werden durch die Zucht an der Bildung von Resistenzen gegen neue Viren gehindert, weil ein begrenzter Pool von Genen die Vielfalt der Immunreaktionen auf Viren bei deren Mutation einschränkt. Die Folge ist die erhöhte Wahrscheinlichkeit einer Übertragung zwischen Geflügel und Mensch.

Die Tiere werden in großen »Fabrikfarmen« unter entsetzlichen Bedingungen aufgezogen. Broiler werden in Ställen von Zehntausenden Vögeln gemästet. Die Hühner werden so gezüchtet, dass sie schnell an Gewicht zunehmen - was einen schnelleren Umsatz und höhere Gewinne bedeutet - mit übergroßer Brust, abgestimmt auf die Vorliebe für weißes Fleisch. Sie sind inaktiv, weil so viel der Energie, die sie verbrauchen, in Wachstum umgewandelt wird, und verbringen den größten Teil ihres Lebens auf dem Boden sitzend, während sich der Mist um sie herum ansammelt.

In der Regel verlieren sie Brustfedern und werden im Laufe ihres Wachstumszyklus aufgrund des ständigen Kontakts mit Kot wund. Die Ställe werden erst nach dem Schlachten der Hühner gereinigt, aber der Mist kann für die nächste Hühnergruppe übrig blei-

LEE HUMBER

ist Aktivist im Gesundheits- und Sozialwesen. Er hat für zahlreiche Zeitschriften, darunter »Critical and Radical Social Work« und »Disability and Society«, gearbeitet. Er ist der Autor von »Vital Signs: The Deadly Costs of Health Inequality« (Pluto, 2019).

ben, weil nur eine dünne Schicht frischer Einstreu wie Holzspäne auf die alte gelegt wird.

Die Tiere werden meist bei schwachem Kunstlicht und mit einer Lebenserwartung von sechs bis acht Wochen aufgezogen (die Konzerne verbieten oft sogar natürliches Licht).

Die Tiere werden mit einem Futter gemästet, das mit wachstumsfördernden Zusatzstoffen wie Antibiotika versetzt ist, wobei viele bei dieser beengten Haltung sterben. Das meiste handelsübliche Geflügelfutter ist außerdem mit Arsen versetzt, damit das Fleisch der Tiere während des Transports und des Verkaufs rosa bleibt. Dies sind ideale Bedingungen, um das zu fördern, was Wallace einen »veritablen Zoo« neuer Viren,

Wir brauchen eine **sichere** Landwirtschaft

insbesondere Grippeviren, nennt. Der Schlüssel für die Entwicklung der Ansteckungsfähigkeit ist die Versorgung mit anfälligen Wirten. Solange es genügend Wirte zum Infizieren gibt, kann sich ein Virus entwickeln.

Industrielle Nutztiere sind daher ideale Populationen als Träger ansteckender Krankheitserreger.

Genetische Monokulturen von Tieren beseitigen alle natürlichen Immunschranken, die sonst die Übertragung verlangsamen könnten. Eine große Tierpopulation und -dichte fördert hohe Übertragungsraten. Beengte Verhältnisse dämpfen die Immunreaktionen. Ein hoher Umschlag bei einem Tierbestand sorgt für einen ständig erneuerten Vorrat an anfälligen Wirtstieren.

Grippeinfektionen müssen bei jedem Tier ihre Übertragungsschwelle schneller erreichen, bevor das Huhn, die Ente oder das Schwein getötet wird, denn sobald die Nutztiere das richtige Gewicht erreichen, werden sie geschlachtet. Neuentwicklungen in der Produktion wie die Senkung des Alters bis zur Schlachtreife der Hühner von 60 auf 40 Tage, haben den Druck auf die Viren erhöht, ihre Übertragungsschwelle schneller zu erreichen.

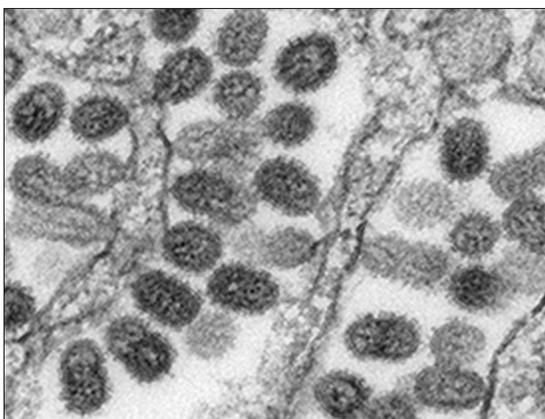
Die Keulung nach einer Virusinfektion ist nicht sinnvoll. Die rasche Keulung ganzer Herden oder Bestände als Reaktion auf Viren ermöglicht keine Auswahl der Wirtsresistenz gegen den zirkulierenden Stamm, wodurch Tiere mit einer möglichen Immunreaktion mitgetötet werden, sodass es zu einem wiederholten Befall kommt.

Die jetzt weltweiten industriellen Praktiken, die der kapitalistischen Produktionsweise eigen sind und die durch 50 Jahre Neoliberalismus verstärkt wurden, sind der Nährboden für immer mehr ansteckende und tödliche Krankheitserreger. Dieses Seuchenmuster ist

kein Zufall. Es ist eine Folge der Art und Weise, wie die Lebensmittel, die wir essen, produziert werden.

Was können wir tun? Sind mehr Anti-Virus-Impfstoffe die Antwort? Dies ist das vorherrschende Paradigma, das Wallace als »molekulare Erzählung« bezeichnet, die suggeriert, dass es sich bei Krankheit und schlechter Gesundheit um den Kampf zwischen Viren und Immunität geht, um die virale Evolution und die Fähigkeit der Menschheit, Impfstoffe herzustellen, um Natur gegen Wissenschaft. Es ist eine Erzählung, mit der große Pharmakonzerne wie Bayer - ein führender Hersteller von Pestiziden, Herbiziden und Insektiziden und nach der milliardenschweren Übernahme von Monsanto, dem größten Saatgutunternehmen der Welt - zufrieden sind.

Erstens verkaufen sie uns Lebensmittel, die uns krank machen, deren Produktion eine tödliche virale Epidemie auslöst. Dann verkaufen sie uns die Medika-



Neuentwicklungen in der Produktion, wie die Senkung des Alters bis zur Schlachtreife der Hühner von 60 auf 40 Tage, haben den Druck auf die Viren erhöht, ihre **Übertragungsschwelle** schneller zu erreichen

mente, um uns wieder gesund zu machen. Das ist beleidigender Unsinn. Medikamente sind bei der Befriedigung der allgemeinen Gesundheits- und Wohlfahrtsbedürfnisse der Menschheit genauso wirksam wie Katalysatoren gegen die Verschmutzung des Planeten. Wir kennen die Antwort. Wir müssen die Massentierhaltung und die industrielle Landwirtschaft beenden, die die Erde von Wäldern entleert und den Boden seiner natürlichen Nährstoffe beraubt, und diese Praktiken durch geplante, kollektivierte, sichere und humane Massentierhaltungs- und Landwirtschaftspraktiken ersetzen, die nachhaltig sind und uns mit der notwendigen Nahrung versorgen. Wir werden daran gehindert, das zu tun, und zwar nicht durch mangelndes Wissen oder mangelnde Notwendigkeit, sondern weil die Mittel zur Nahrungsmittelproduktion im Besitz einer winzigen Minderheit von obszön reichen Kapitalisten liegt.

Sie und ihre Klasse haben ein persönliches Interesse an der Aufrechterhaltung dieser ungesunden und potenziell tödlichen Systeme der Nahrungsmittelherstellung. Sich von diesem Eigentum zu trennen wäre für sich gleichbedeutend damit, sich selbst aufzugeben. Zum Wohle der Menschheit müssen wir ihnen diese Systeme entreißen. ■

Coronavirus und Kapitalismus



© wikimedia

Städte und Agrarflächen dehnen sich immer mehr aus. Damit wächst das Risiko, dass Viren von Tieren auf Menschen übertragen werden

VON YURI PRASAD

ÜBERSETZUNG: DAVID PAENSON



YURI PRASAD ist Sozialist und Autor des Buches »A Rebel's Guide to Martin Luther King« (Bookmarks 2018).

Die meisten Wissenschaftler halten es für wahrscheinlich, dass der neueste Stamm des Coronavirus, der aus Wuhan, China, stammt, von Fledermäusen auf andere Tierarten übergegangen ist, bevor er sich auf den Menschen übertrug. In den letzten Jahren gab es eine Reihe von schweren neuen Krankheiten, die sich auf ähnliche Weise entwickelten. Die Vogelgrippe-Pandemie kam von Vögeln und die Schweinegrippe von Schweinen. Es wird

angenommen, dass das Schwere Akute Atemwegssyndrom, das Atemwegssyndrom des Nahen Ostens und die Ebola von Fledermäusen stammen. Jüngste Studien haben gezeigt, dass das neue Coronavirus wahrscheinlich Vieh infiziert hat, das auf Märkten in Wuhan verkauft wurde, bevor es auf den Menschen übersprang.

Der Mensch hat sich schon immer an Tieren angesteckt, aber die Ausbreitung städtischer Gebiete in die Lebensräume der Tiere macht den Kontakt zwischen infizierten wilden Tieren und anderen Arten im-

mer wahrscheinlicher. Neue Viren haben die Tendenz, gefährlicher zu sein als ihre Vorgänger. Und die riesigen Städte, die in den letzten Jahrzehnten überall im Süden der Welt entstanden sind, bieten perfekte Bedingungen für die Ausbreitung neuer Krankheiten. Millionen arme Menschen werden auf der Suche nach Arbeit in sie hineingezogen und dann eng in die Slums gepackt.

Die Unternehmen machen Gewinne mit den Menschen in den Elendsvierteln. Aber sie weigern sich, für grundlegende sanitäre Einrichtungen, eine Gesundheitsversorgung oder auch nur für die Trennung der Menschen von den Tieren, die sie zur Ernährung halten, zu zahlen. Wenn eine Krankheit zuschlägt, kann sie sich in den beengten Arbeitervierteln schnell ausbreiten, bevor sie andere, wohlhabendere Stadtbewohner befällt. Städte bieten auch wilden Tieren, wie Ratten, Füchsen, Affen – und Fledermäusen – ein neues Zuhause. Oft fällt es ihnen leichter, in städtischen Gebieten zu überleben. Dort können Nahrungsabfälle und Unterkünfte leichter zu finden sein als in Wäldern und Dschungeln, die durch Klimawandel und Erschließung von Agrarflächen verwüstet wurden. Diese Tiere können zu Zwischenwirten werden, um neue Viren auf andere Arten zu übertragen.

In allen Gesellschaften ist die Ansteckungsgefahr für ärmere Menschen größer als für reichere, aber das gilt besonders für den globalen Süden. Die Armen dort arbeiten eher in schmutzigen Jobs und in enger Nachbarschaft mit Tieren, was das Risiko erhöht, in Kontakt mit Krankheitsquellen zu kommen. Die eingeschränkte Ernährung und die Belastung durch Umweltverschmutzung führen dazu, dass arme Menschen ein schwächeres Immunsystem haben. Ärmere Menschen melden auch weniger häufig Symptome, da sie sich keine medizinische Behandlung leisten können. In Verbindung mit der Angst erhöht dies die Wahrscheinlichkeit, dass sich Krankheiten ausbreiten.

Laut Tim Benton, Professor für Bevölkerungsökologie an der Universität Leeds, kann das Problem der neuen Krankheitsmuster nur als Teil eines größeren Systems verstanden werden. »Gesellschaften und Regierungen neigen dazu, jede neue Infektionskrankheit als eine unabhängige Krise zu behandeln, anstatt zu erkennen, dass sie ein Symptom dafür sind, wie sich

die Welt verändert«, sagte er. »Je mehr wir die Umwelt verändern, desto wahrscheinlicher ist es, dass wir Ökosysteme stören und Krankheiten die Möglichkeit bieten, sich zu entwickeln«, sagte er.

Arme sind besonders gefährdet



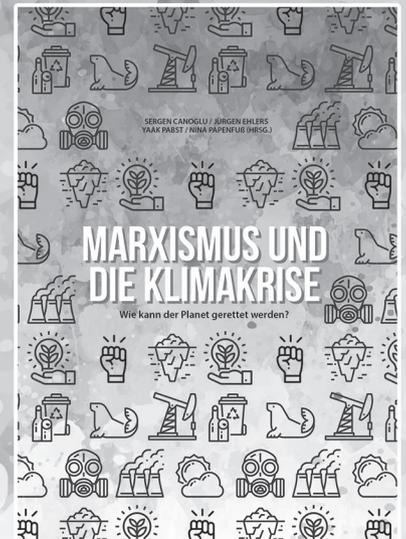
© Wikimedia

Städte bieten wilden Tieren wie **Fledermäusen** ein neues Zuhause. Dort können sie Viren auf andere Arten übertragen

Es gibt Möglichkeiten, diesen Zyklus zu stoppen, aber sie alle beinhalten die Infragestellung des Primats des Profits im Kapitalismus: Der Bau anständiger Häuser und die Verbesserung der sanitären Einrichtungen, der Abfallentsorgung und der Schädlingsbekämpfung sind entscheidende, aber kostspielige Maßnahmen, für die die Herrschenden bezahlen müssen. Ebenso müssen sie für landwirtschaftliche Systeme bezahlen, die entwickelt wurden, um das Risiko von Kreuzinfektionen zu vermeiden. Zudem bedarf es auch eines neuen Denkens über die Beziehung zwischen Mensch und Wildnis.

Trotz der enormen Risiken, die das Nichtstun mit sich bringt, scheinen unsere Machthaber allerdings genau diesen Weg einzuschlagen. ■

MARXISMUS UND DIE KLIMAKRISE



Marxismus und die Klimakrise mit Beiträgen von Elmar Altvater, John Bellamy Foster, Naomi Klein, Kathrin Hartmann, Michael Löwy, u.a. | 320 Seiten | EUR 16,80 | ISBN 978-3-947240-28-9 |

www.editionaurora.de

Was die heutige Technologie sowie die medizinischen und wissenschaftlichen Kenntnisse betrifft, so gab es in der Geschichte der Menschheit noch nie eine Zeit, in der wir besser in der Lage waren, mit Pandemien umzugehen. Dennoch kann man sich kaum ein schlechteres soziales und wirtschaftliches System als den Kapitalismus – insbesondere den Kapitalismus in seiner gegenwärtigen neoliberalen Form – vorstellen, um effektiv auf diese Bedrohung zu reagieren. Das Problem besteht nicht nur darin, dass viele unserer Regierenden und Herrschenden sich offensichtlich einen Dreck um das Leben oder den Tod von einfachen Menschen scheren. Die gesamte Art und Weise, wie dieses System organisiert ist, steuert genau in die entgegengesetzte Richtung, die einzuschlagen wäre, um die Pandemie in der erforderlichen Weise zu bekämpfen – selbst in einfachster medizinischer Hinsicht.

Erstens gilt die grundlegende Tatsache, dass im Kapitalismus die Produktion auf der Grundlage des privaten Profits organisiert ist. Nahrungsmittel werden produziert, Häuser gebaut, Medikamente und Arzneimittel hergestellt, um Profit zu machen. Wenn sie keinen Profit abwerfen, werden sie nicht produziert.

Die Anhänger des Kapitalismus halten das für eine gute Sache. Sie glauben, dass ohne den Anreiz des Profits entweder überhaupt nichts oder minderwertige Waren produziert würden. Doch in einer Pandemie-Situation besteht ein absolut dringender Bedarf an großen Mengen von Gütern und Dienstleistungen, die auf der Grundlage von Marktanreizen nicht rechtzeitig bereitgestellt werden können.

Das ist so krass und so klar, dass in dieser Situation selbst der hartgesottene neoliberale Ideologe gezwungen ist, die völlige Unzulänglichkeit des Marktes und die Notwendigkeit drastischer staatlicher Eingriffe anzuerkennen.

Aber dies widerspricht nicht nur ihrer eigentlichen Neigung, sondern auch dem ganzen System.

Zweitens ist im Kapitalismus die Produktion wettbewerbsorientiert organisiert. Verschiedene Unternehmen und Firmen stehen in einem ständigen und unaufhörlichen Wettbewerb miteinander.

Auch hier sind die Befürworter des Systems der Meinung, dass dies gut ist und dass



Ein Virus für die Reichen

Technik und Wissen, um dem Coronavirus zu begegnen, sind vorhanden. Doch der Kapitalismus macht die Dinge sehr schwierig

VON JOHN MOLYNEUX



JOHN MOLYNEUX

ist Sozialist, Autor verschiedener Bücher und Redakteur des »Irish Marxist Review«.

das, was sie »den Wettbewerbsgeist« nennen, den Kindern vom frühestmöglichen Alter an eingepflegt werden sollte. In dieser globalen Gesundheitskrise ist ein solcher Wettbewerb völlig katastrophal, weil er jede rationale Planung gerade in einer Zeit blockiert, in der die Planung am nötigsten ist. Er führt zum Beispiel dazu, dass rivalisierende Fluggesellschaften Zehntausende von »Geisterflügen« fliegen, aus Angst, ihre jeweiligen »Slots« auf den Flughäfen zu verlieren.

Ebenso schädlich ist es, dass die zahlreichen konkurrierenden Entscheidungszentren nicht nur innerhalb jedes Landes, sondern auch zwischen rivalisierenden Nationalstaaten liegen. Wenn es jemals eine Situation gab, die nach einem gemeinsamen internationalen Plan unserer so genannten Weltpolitiker schrie, dann ist es diese globale Pandemie. Drittens besteht die Gewissheit, dass die Coronavirus-Krise auch eine wirtschaftliche Krise auslöst.

Hier ist es wichtig zu verstehen, dass es nicht die Krankheit und der Tod einer großen Zahl von Menschen sind, die die Aktienmärkte zum Absturz bringen oder eine globale Rezession verursachen. Vielmehr ist es die Panik, welche die Pandemie und insbesondere die Maßnahmen, die zu ihrer Bekämpfung eingeführt werden müssen, bei den Anlegern auslösen.

Der Zweite Weltkrieg, der 50 Millionen Menschenleben forderte, war in Wirklichkeit sehr gut für den Kapitalismus und hat ihn aus der Depression der 1930er Jahre herausgeholt.

Da der Kapitalismus immer krisen- und absturzgefährdet ist und endloses, unaufhörliches Wachstum erfordert, um einen Zusammenbruch zu vermeiden, drohen sinnvolle Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Gesundheit, wie die Einschränkung von Flugreisen, Massenveranstaltungen oder des Verkaufs von Alkohol in Kneipen, ihn sofort in eine katastrophale Abwärtsspirale zu stürzen. Die Fähigkeit der Gesellschaft, die notwendige Antwort zur Rettung unzähliger Menschenleben zu geben, wird dadurch weiter geschädigt.

Schließlich existiert noch die dem Kapitalismus innewohnende Klassenspaltung. Das bedeutet, dass diejenigen, die die wichtigsten Entscheidungen treffen, insgesamt am wenigsten den Preis dafür zahlen werden. Snobs wie Boris Johnson und Milliardäre wie Donald Trump wissen, dass

sie und ihre Klasse relativ geschützt vor der Krise sind. Sie können es sich leisten, mit Gleichmut über die »Auslese« (Johnson) eines Teils der Bevölkerung nachzudenken. Ihnen ist gewiss, dass es vor allem die Arbeiter, die Armen und die Älteren (die armen Älteren, nicht die reichen Älteren) sein werden, die es nicht schaffen werden. Natürlich sind auch Trump und Johnson nicht immun, besonders wenn

Schritte Richtung Sozialismus

die Krise anhält, aber das Ausmaß der Auswirkungen wird sich wie bei allen Gesundheitsfragen nach Klassengrenzen massiv unterscheiden. Im Übrigen sind all diese grundlegenden Merkmale des Kapitalismus, die ihn so schlecht im Umgang mit dem Coronavirus machen, genau die gleichen Dinge, die den Kapitalismus unfähig machen, den Klimawandel zu stoppen.

Das ist der Kontext, unter dem diese Pandemie explodiert ist; was muss also getan werden? Hier sind zehn einfache, praktische Vorschläge, die offensichtlich notwendig sind, um die Krise zu bewältigen und so viele Menschen wie möglich zu schützen:

1. Die Regierung muss konkrete Maßnahmen zur »sozialen Distanzierung« umsetzen. »Soziale Distanzierung« ist ein wichtiges Element zur Bekämpfung der Verbreitung des Virus. Aber die Coronakrise darf nicht zum Freifahrtschein für die Aushöhlung demokratischer Rechte werden. Ausgangssperren sind der falsche Weg, weil sie vor allem ärmere Menschen trifft. »Soziale Distanz« ist auch eine Klassenfrage: In einer Villa mit Garten oder einer großen Wohnung mit Balkon lässt sich eine Ausgangssperre leichter ertragen als alleinerziehend mit zwei kleinen Kindern in einer Zweizimmerwohnung eines Hochhauses.
2. Beschlagnahme privater Betten und Gesundheitseinrichtungen, um den akuten Bettenmangel zu beheben.
3. Alle privaten Labor- und Forschungseinrichtungen unter öffentliche Kontrolle bringen, um die Diagnose und Behandlung zu verbessern.



Kapitalistischer

Wahnsinn: 20 Atemschutzmasken für 341,43 Euro. Mit Ausbruch der Corona-Pandemie steigen die Preise für Schutzmasken innerhalb weniger Tage um ein Vielfaches. Auch in Krankenhäusern und Arztpraxen macht sich der Mangel bemerkbar, während die Hersteller von Schutzausrüstung Rekordeinnahmen verzeichnen

4. Die Produktion von Testkits, Schutzausrüstungen und Atemschutzgeräten, die alle knapp sind, unter öffentliche Kontrolle bringen.

5. Einrichtung eines Nothilfefonds in einer Größenordnung, die mit dem Rettungspaket für die Banken vergleichbar ist, zur Finanzierung von Notfallmaßnahmen.

6. Bereitstellung von Notfallzahlungen an alle entlassenen, arbeitslosen und sich selbst isolierenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

7. Erhebliche Ausweitung der Tests, einschließlich Notfalltests und Unterstützung für alle Pflegekräfte.

8. Einfrieren von Mieten und Hypotheken und Stopp von Zwangsräumungen, um eine massive Zunahme der Obdachlosigkeit zu verhindern.

9. Beschlagnahme von Hotelzimmern für Asylsuchende und Obdachlose. Es geht nicht nur um die Betreuung von Obdachlosen und Asylsuchenden – es liegt in unserer aller Interesse.

10. Aufforderung an alle Menschen, sich zu organisieren, um die Schwachen sowie jene, die sich in Quarantäne begeben, zu unterstützen.

Es wäre leicht, mit dieser Liste fortzufahren, aber der Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist, dass diese Vorschläge nicht

nur Maßnahmen sind, für die sich Sozialisten eingesetzt haben, sondern dass sie an sich schon Schritte in Richtung Sozialismus sind.

Denn für soziale Bedürfnisse zu produzieren und alle Ressourcen der Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft, zu mobilisieren, um den Interessen der 99 Prozent statt den Interessen des 1 Prozents zu dienen, ist genau das, worum es im Sozialismus geht.

Eine Wirtschaft, die nicht auf dem Zwang zu Wachstum und Akkumulation basiert, sondern auf einer sinnvollen Planung, die in vielen Fällen auch die Möglichkeit einschließt, das Wachstum einzufrieren, würde nicht zusammenbrechen, wenn das Wachstum für einige Wochen oder Monate unterbrochen wird.

Eine Gesellschaft, in der die Grundbedürfnisse wie Wohnungen, öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheitsfürsorge, lebensnotwendige Nahrungsmittel usw. kollektiv aus der allgemeinen Besteuerung bezahlt werden, würde unzählige Leben retten und eine immense Notlage in der gegenwärtigen Krise verhindern. Entscheidend wäre auch, dass sie eine weitaus bessere, gesündere und gleichberechtigte Gesellschaft wäre als der Wahnsinn des kapitalistischen Hamsterrads, in dem wir uns alle bewegen sollen. ■

Zombi-Kapitalismus

Weltweit brechen die Aktienmärkte ein. Ökonomen erwarten eine globale Rezession. Der Schuldige steht fest: Das Coronavirus. Doch Covid-19 ist höchstens Auslöser der Krise. Die Ursachen liegen wesentlich tiefer

VON THOMAS WALTER

Die Corona-Pandemie tritt zu einem Zeitpunkt auf, zu welchem der Kapitalismus immer noch nicht die letzte Finanzkrise überwunden hat. Seit deren Tiefpunkt im Jahr 2009 wachsen sowohl die Weltproduktion als auch der Welthandel noch schwächer als vorher. Dies ist auch der Hintergrund für die aggressive Politik von US-Präsident Donald Trump. Angesichts der verschärften Konkurrenz können sich selbst Großmächte wie die USA auch gegenüber engen »Verbündeten« keine Rücksicht mehr leisten.

Zwar verzeichneten die derzeit einbrechenden Aktienmärkte bis zuletzt immer neue Höchststände, aber nicht weil die Konzerne florierten, sondern weil Aktien (und Immobilien) mangels rentabler Alternativen immer höher bewertet wurden.

Schon seit Jahrzehnten versuchen die Eliten, den schwächelnden Kapitalismus aufzupäppeln und die Profitraten zu stützen. Der Lebensstandard der Arbeiterinnen und Arbeiter wurde im Neoliberalismus verstärkt angegriffen, während die Unternehmen Steuergeschenke erhielten. Die Zentralbanken bieten Kredite zu immer niedrigeren Zinsen an. Regierungen und Zentralbanken retten Banken. Zinssenkungen allein reichen aber nicht mehr aus. Teilweise liegen die Zinsen schon unter null. Deshalb kaufen die Zentralbanken inzwischen Wertpapiere von Regierungen und Konzernen auf, um diese mit Geld zu versorgen. Sie »vergesellschaften« so die mit diesen Papieren verbundenen Risiken.

Im »Zombi-Kapitalismus« werden scheinotote Banken und Konzerne staatlich am Leben erhalten. Viele Firmen gehen nur deshalb nicht pleite, weil sie sich mit billigen Krediten, letztlich von den Zentralbanken, über Wasser halten können. Diese Kredite werden nicht zum Investieren verwendet, sondern oft nur

dazu, die eigenen Aktien zurückzukaufen. Das treibt deren Kurse nach oben und befördert den Konsum jener reichen Leute, die diese Aktien an die Unternehmen zurückverkaufen. Aber die Investitionen bleiben aus und damit auch das Wachstum.

Das Ergebnis ist »säkulare Stagnation«. Ökonomen befürchten eine drohende »Japanisierung« der Weltwirtschaft. In Japan beträgt die Staatsverschuldung 250 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und die Zentralbank hat inzwischen Aktien von 30 Prozent der Aktiengesellschaften gekauft. Funktionierende Märkte? Staatliche Eingriffe sind die ratlose Antwort. Dies alles mag vielleicht eine Krise à la 1929 bislang verhindert haben, »aber nur um uns im Sumpf der Verzweiflung einer dauernden und chronischen Depression landen zu lassen«, wie es Friedrich Engels im Jahr 1886 angesichts der damaligen Krise ausdrückte.

Das Coronavirus legt die Krankheit des Kapitalismus offen. Der Kapitalismus kann sich nur noch am Leben erhalten, indem er die Umwelt zerstört und so »Kosten« spart. Epidemien werden in Kauf genommen, weil deren Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden können. Nicht das Virus verursacht die Krise, sondern der Kapitalismus ist krank. Für Banken und Konzerne laufen jetzt, wie inzwischen in Krisen üblich, staatliche Hilfsmaßnahmen an. Bundeswirtschaftsminister Altmaier plant sogar Verstaatlichungen. Ziel ist, so schnell wie möglich zum normalen kapitalistischen Betrieb zurückzukehren. Wir brauchen solidarische Kämpfe von unten, um dieses kranke System durch eine solidarische Wirtschaft zu ersetzen. ■

THOMAS WALTER
ist Volkswirt
und Redakteur
von marx21.



WHO: FÜR KONZERNE STATT GESUNDHEIT

Die Weltgesundheitsorganisation ist abhängig von Regierungen und Pharmaunternehmen. Sie arbeitet für deren Interessen und nicht für das Wohlergehen der Menschen

VON HANS KRAUSE

Ein Krankenhaus in Wuhan meldete den Gesundheitsbehörden bereits am 27. Dezember 2019 eine verdächtige Häufung von Lungenentzündungen. Doch statt die Ausbreitung des Coronavirus im Keim zu ersticken, drohte der Staat noch im Januar Ärztinnen und Ärzten, die vor der Pandemie warnten, mit strafrechtlichen Folgen wegen Verbreitung von Falschinformationen. Einer von ihnen war der später selbst am Virus verstorbene Arzt Li Wenliang.

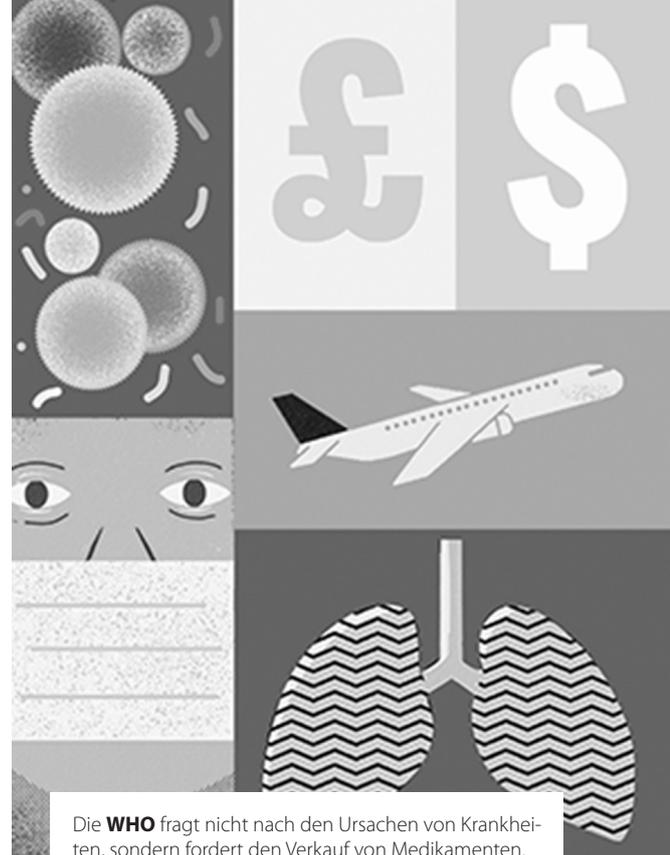
Wertvolle Zeit ist verloren gegangen, weil der Corona-Ausbruch vertuscht wurde, so lange das möglich war. Trotzdem unterstützt die WHO, die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen, fast uneingeschränkt die chinesische Regierung. Generaldirektor Tedros Adhanom sprach mehrfach von ihrer »totalen Offenheit«. Ihre Leistung sei hervorragend und die Welt stünde tief in ihrer Schuld.

Abhängig von Großspenden

Tatsächlich aber hat der chinesische Präsident Xi Jinping erklärt, seit 7. Januar vom Ausbruch in Wuhan gewusst zu haben. Öffentlich bekannt gegeben hat ihn die Regierung jedoch erst zwei Wochen später und damit zehntausende Infektionen in der Region und die weltweite Ausbreitung zugelassen. Die WHO schweigt dazu.

Die WHO handelt nicht unabhängig, sondern ist von ihren Großspendern abhängig. Denn die Pflichtbeiträge ihrer 194 Mitgliedsländer machen weniger als ein Viertel des WHO-Budgets aus. Über drei Viertel kommt von Spenden und diese wiederum stammen hauptsächlich ebenfalls von Regierungen der Industriestaaten sowie von Stiftungen und Organisationen, die von Großkonzernen, auch aus der Pharmaindustrie, kontrolliert werden. Die chinesische Regierung hat vor Kurzem angekündigt, ihre freiwilligen Spenden zu verdoppeln. Diese Spenden sind jedoch zweckgebunden, für eine bestimmte Art der Gesundheitspolitik, wodurch anderes unter den Tisch fällt. Allein 14 Prozent des WHO-Budgets stammt von »Gavi, die Impfallianz«, einer Stiftung, die vom zweitreichsten Menschen der Welt, Bill Gates, gegründet wurde. Vorstandsvorsitzende ist Ngozi Okonjo-Iweala, früher im Vorstand der Weltbank und Finanzministerin von Nigeria.

Das offizielle Ziel von Gavi ist es, weltweit Impfungen zu verbreiten. Doch auch, wenn Impfungen gegen ei-



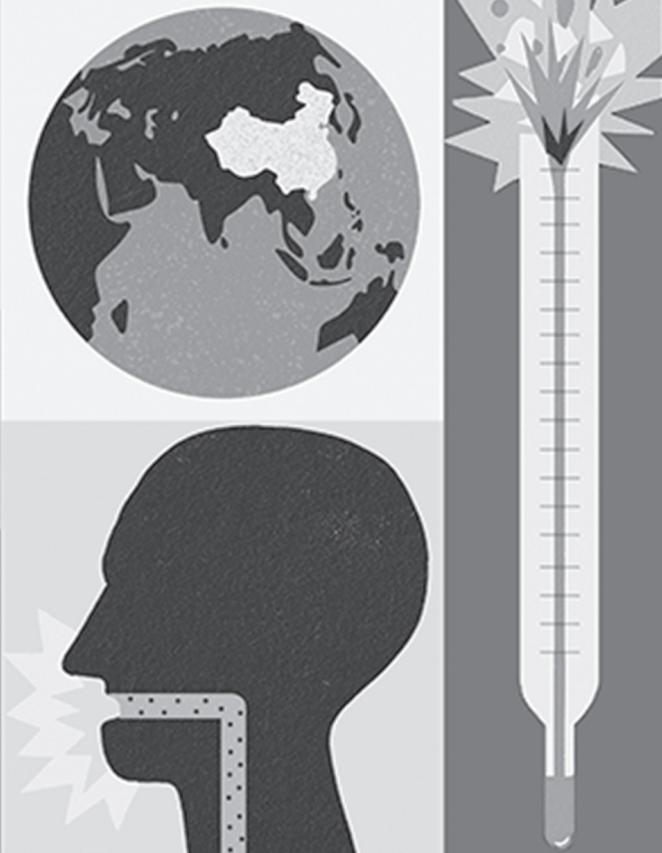
Die **WHO** fragt nicht nach den Ursachen von Krankheiten, sondern fordert den Verkauf von Medikamenten. Ebenso wenig spricht die WHO über Personalmangel in Krankenhäusern

nige Krankheiten sehr wichtig sind und auch jetzt eine Impfung gegen das Coronavirus dringend gefunden werden muss, so helfen sie nur gegen einen Teil der gefährlichen Krankheiten, aber bei weitem nicht gegen alle.

Impfungen und Medikamente bringen der Pharmaindustrie Milliardenumsätze. Doch einige der wichtigsten weltweiten Ursachen für Krankheit und vorzeitigen Tod sind Armut, falsche Ernährung, Bewegungsmangel und übermäßige Nutzung meist legaler Drogen wie Alkohol und Tabak. Pharmakonzerne verdienen allerdings kein Geld, wenn Menschen durch Vorbeugung und richtige Lebensweise gesund bleiben, sondern nur wenn sie krank werden, Medikamente nehmen oder sich impfen lassen. Weil die WHO ganz überwiegend von Gavi und ähnlichen Organisationen finanziert wird, liegt auch ihr Schwerpunkt auf Impfungen und Medikamenten. Deshalb hat sie 2009 die relativ harmlose Schweinegrippe zur Pandemie der höchsten Gefährlichkeitsstufe erklärt und damit weltweite Käufe eines Impfstoffs für Milliarden von Euro ausgelöst, der niemals eingesetzt wurde.

Im Jahr 2014 kamen die Hilfsmaßnahmen der WHO hingegen sehr spät, als in Guinea, Liberia und Sierra Leone, drei der ärmsten Länder der Welt, die Ebola-Epidemie ausbrach und über 10.000 Menschen tötete. Die Organisation wurde im Wesentlichen erst aktiv, als eine Ausbreitung nach Europa und Nordamerika drohte, und zwar indem sie empfahl, die drei betroffenen Länder komplett zu isolieren.

Die WHO tut nichts gegen das Marketing von Junkfood, das entscheidend für Übergewicht, Gefäßkrank-



ANZEIGE

»Es gibt viele Bücher über
1968. Dies ist das beste –
leidenschaftlich, engagiert
und scharfsinnig.«

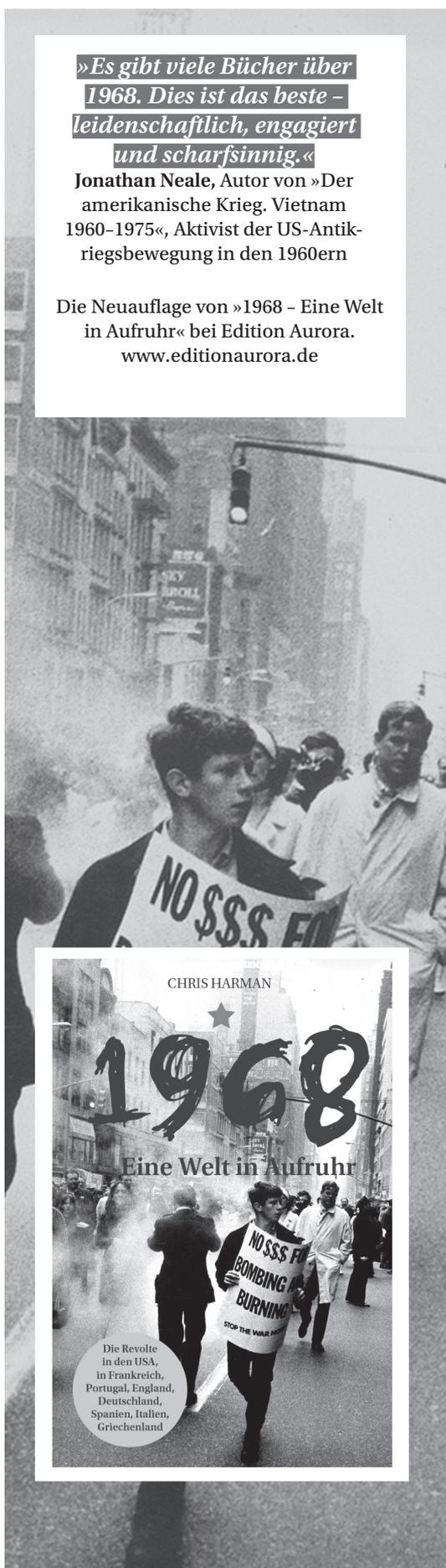
Jonathan Neale, Autor von »Der
amerikanische Krieg. Vietnam
1960–1975«, Aktivist der US-Antik-
riegsbewegung in den 1960ern

Die Neuauflage von »1968 – Eine Welt
in Aufruhr« bei Edition Aurora.
www.editionaurora.de

heiten und Diabetes verantwortlich ist. Stattdessen fördert sie den Verkauf von Medikamenten, um diese Krankheiten zu bekämpfen.

Und auch zur Gesundheitsgefährdung durch die explodierten Atomkraftwerke in Tschernobyl und Fukushima hat die WHO keine Meinung. Vielmehr hält sie bis heute die Dokumente zweier UN-Konferenzen zu den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe unter Verschluss. Die WHO fordert jetzt viele Maßnahmen, die in der aktuellen Notfallsituation notwendig sind. Doch verlangt sie niemals das Ende von Vertuschungen wie vor kurzem in China, die Veröffentlichung aller medizinischer Forschungsergebnisse durch Staaten und Konzerne, die Aufhebung von Patenten auf lebenswichtige Medikamente.

Ebenso wenig spricht die WHO über den extremen Personalmangel in Krankenhäusern in Deutschland und anderen Ländern. Sie fragt nicht, warum es in ganz Italien nur 5300 Betten auf Intensivstationen gibt, wodurch Ärztinnen und Ärzte jetzt wie im Krieg entscheiden müssen, welchen Corona-Patienten sie helfen und welche sie sterben lassen müssen. Die WHO funktioniert nach den Regeln des Kapitalismus und unterstützt die Gesundheit von Menschen hauptsächlich dann, wenn dies den Profitinteressen ihrer Großspender dienlich ist. Eine internationale Organisation, die tatsächlich nur der Gesundheit von uns allen verpflichtet wäre, müsste sich aber gegen die Pharmakonzerne und eine Politik stellen, der Profit wichtiger ist als Menschenleben. Eine solche Organisation wird es wohl erst in einer Welt ohne Kapitalismus geben. ■



Warum Ausgangssperren falsch sind



© Bild von Gerd Altmann auf Pixabay

Statt Menschen in die eigenen vier Wände zu verbannen, sollte lieber über einen Arbeitsstopp in derzeit nicht relevanten Betrieben diskutiert werden

VON NIEMA MOVASSAT

NIEMA MOVASSAT ist verfassungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag. Sein Beitrag erschien zuvor in der Tageszeitung »Neues Deutschland«.

In den sozialen Medien werben verschiedene Kampagnen dafür, die eigenen direkten Kontakte einzuschränken. Expertinnen und Experten sind sich einig, dass «Soziale Distanz» einen wichtigen Beitrag leistet, um die Ausbreitung des Virus auszubremsen. Pflegekräfte werben mit Hashtags wie #bleibtZuhause für einen solidarischen Umgang. International verbreitet ist der Hashtag #staythefuckhome Hashtag, getragen vor allem von denen, die in Italien die schrecklichen Folgen eines sorglosen Umgangs mit dem Virus erleben mussten. Auch bilden sich allerorts Nachbarschaftsinitiativen, die das eigene Umfeld aufklären und gleichzeitig solidarische Hilfe anbieten. Diese Initiativen von unten

sind eine hoffnungsvolle und sinnvolle Antwort auf die Krise. Jede und jeder sollte zum Eigenschutz und zum Schutz anderer Menschen dringend mitmachen!

Die Bundesregierung hat die Gefahr des Virus zu lange unterschätzt. In ihrer Fernsehansprache hat Kanzlerin Merkel Appelle an die Bevölkerung gerichtet, ihre Freizeitgestaltung umzustellen. Das ist richtig, wird aber nicht reichen. Einerseits sind vernünftigerweise auch kleine Veranstaltungen verboten, andererseits sind Millionen Menschen weiterhin gezwungen zur Arbeit zu fahren und dort dutzende, gar hunderte Kolleginnen und Kollegen zu treffen. Ein wirksamer Schritt wäre es, jetzt einen Arbeitsstopp für alle Betriebe

be anzuordnen, die nicht für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur notwendig sind oder keine lebensnotwendigen Güter herstellen. Die Unternehmensführungen dieser Betriebe sollten verpflichtet werden, die Arbeiterinnen und Angestellten nach einer Schulung zur gesundheitlichen Prävention bei vollen Lohnzahlungen für drei Wochen freizustellen.

Es ist absurd, sich darüber aufzuregen, dass kleine Grüppchen in einem Park sitzen und gleichzeitig darüber zu schweigen, dass andere in Werkshallen mit zum Beispiel 200 Menschen arbeiten müssen, die irgendwas herstellen, was zurzeit niemand akut braucht. Vorübergehend geschlossen werden müssen endlich auch sämtliche Restaurants (die aber natürlich Lieferdienste anbieten können), Cafés, Frisüre etc. Dies schützt die Beschäftigten und verhindert, dass Menschen in Massen aufeinandertreffen.

Stattdessen aber werden schon die nächsten weitreichenden Eingriffe in das Privatleben und in die Bürgerrechte diskutiert, ehe die Wirkung der bisherigen Maßnahmen richtig einsetzen konnte.

Tatsächlich stellt sich die Frage, wer eine Ausgangssperre effektiv durchsetzen soll. Die Polizei alleine

Ausgangssperre trifft Arme und Frauen

wird damit überfordert sein. Der Einsatz der Bundeswehr indes wäre ein massiver Tabubruch. Sie wurde im Inland zwar schon in der Hochwasserhilfe eingesetzt, aber zum Glück nie, um Staatsgewalt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auszuüben. Ein Blick in andere Länder offenbart, wie die Ausgangssperre umgesetzt wird. Spanien setzt die Armee ein und lässt die Menschen per Drohnen überwachen. Israel hat seinem Geheimdienst Zugriff auf sämtliche Ortungsdaten der Mobiltelefone gewährt, um die Ausgangssperre durchzusetzen. Alle Bewegungen der Menschen werden lückenlos überwacht. Wir reden also bei einer Ausgangssperre nicht über eine Kleinigkeit, sondern den größtmöglich denkbaren Grundrechtseingriff gegenüber einer gesamten Bevölkerung.

Das absurde an der Ausgangssperre ist auch, dass zwar spazieren gehen im Park verboten wird, man aber weiter zur Arbeit muss. Für die Wirtschaft soll der Mensch weiter da sein, aber seine Freizeit darf er nicht mehr draußen verbringen. Dabei lässt sich durch das konsequente Verbot von Menschenansammlungen und die Schließungen von Ausgehorten vermeiden, dass Menschen zu stark aufeinandertreffen, ohne dass die Möglichkeit eingeschränkt wird, die eigene Wohnung zu verlassen. Mit der Ausgangssperre droht eine

Weichenstellung vorgenommen zu werden, die in eine autoritäre Gesellschaft münden kann. Der Ruf nach dem Staat, der konsequent durchgreift und Grundrechte vollständig außer Kraft setzt, ist der Ruf nach dem Staat, der jenseits des Grundgesetzes liegt. Zudem muss jedem klar sein: einmal eingeschränkte oder abgeschaffte Bürgerrechte lassen sich nicht ohne weiteres wiederherstellen: sie sind das Ergebnis von jahrzehntelangen Kämpfen der Bevölkerung gegen den Obrigkeitsstaat. Was zunächst als vorläufige Notstandsregelung angekündigt, könnte so durch die Hintertür zum Dauerzustand werden.

Ausgangssperre trifft Arme, Frauen und an den Rand gedrängte Gruppen am schärfsten. Eine Ausgangssperre trifft diejenigen am härtesten, die in prekären Verhältnissen leben. Für eine Familie auf begrenztem Raum im Erdgeschoss eines Hinterhofes ist eine Ausgangssperre deutlich heftiger und ungesünder als für Reiche, die in einer Villa am Starnberger See mit 1.000 Quadratmeter Garten leben. Für diejenigen, die in besagter Hinterhofwohnung, die in einer Sammelunterkunft (Geflüchtete) oder in anderen beengten Verhältnissen leben, ist die Möglichkeit nach draußen zu kommen, nichts auf das verzichtet werden kann. Auch für die Ärmsten, die überhaupt keine Wohnung haben oder die illegalisiert leben, ist die Ausgangssperre eine existenzielle Bedrohung.

Zudem hat eine erzwungene häusliche Isolation beträchtliche Nebenwirkungen. Bei alleinstehenden, älteren oder einsamen Menschen können jegliche soziale Kontakte wegbrechen. Studien zu früheren Wirtschaftskrisen haben gezeigt, dass Zukunftsängste die Suizidraten und exzessiven Alkoholkonsum massiv ansteigen lassen. Dieser Effekt könnte sich verstärken, wenn Menschen in dieser Situation in die Einsamkeit gezwungen werden. Zudem ist anzunehmen, dass die innerfamiliäre Gewalt gegen Frauen stark zunehmen wird.

Derzeit werden zu oft Bürgerrechte gegen Gesundheitsschutz abgewogen. Gesundheitsschutz muss aber vor ökonomischen Interessen stehen. Der Infektionsherd Arbeitsplatz muss weitestgehend abgestellt werden und nur noch die akut notwendigen Arbeiten ausgeführt werden. Statt weiterer Eingriffe in Bürgerrechte oder schöner Apelle braucht es jetzt einen massiven Ausbau der medizinischen Infrastruktur und bessere Arbeits- und Lohnbedingungen für Pflegekräfte, Mitarbeitende im Einzelhandel oder Erzieherinnen und Erzieher. Zudem sollte sich DIE LINKE aktiv an den Aufklärungs- und Solidaritätskampagnen beteiligen. Statt einer staatlich durchgesetzten Ausgangssperre brauchen wir Aufklärung und Solidarität von unten. ■



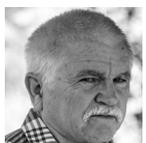
© wikimedia

»Nein zur Ausgangssperre!«
Graffiti in Italien



Die kapitalistische Globalisierung ist biologisch untragbar geworden. Die Corona-Epidemie hat die krasse Klassenspaltung im Gesundheitswesen offengelegt. Ein Bericht aus den USA

VON MIKE DAVIS



MIKE DAVIS

ist marxistischer Historiker und Autor diverser Bücher wie »Vogelgrippe - Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien« (2005) und »Planet der Slums« (2007)

Mit Covid-19 steht das Monster nun vor der Tür. Forscherinnen und Forscher arbeiten Tag und Nacht daran, die Pandemie zu verstehen, aber sie stehen vor drei riesigen Herausforderungen: Erstens besteht wegen der immer noch knappen oder fehlenden Testsets keine Hoffnung mehr, die Pandemie einzudämmen. Aus diesem Grund sind auch keine genauen Schätzungen der Reproduktionsrate, Zahl der Infizierten und Zahl der gutartigen Infektionen möglich.

Zweitens mutiert das Virus wie bei den alljährlichen Grippewellen auf seinem Weg durch Bevölkerungen mit unterschiedlichem Altersaufbau und unterschiedlicher Immunabwehr. Drittens kann das Virus, selbst wenn es stabil bleibt und kaum mutiert, in armen Ländern und unter stark von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen ganz andere Auswirkungen haben.

Im Zusammenspiel mit Mangelernährung und vorhandenen Infektionen könnte Covid-19 in den Slums von Afrika und Südasien einen anderen und tödlicheren Verlauf nehmen. Die Gefahr für die Armen dieser Welt wird von den Medien und den westlichen Regierungen fast vollkommen ignoriert. Sicher ist nur, dass die reichen Länder und die reichen Klassen sich auf ihre eigene Rettung konzentrieren werden – auf Kos-

ten von internationaler Solidarität und medizinischer Hilfe. Mauern statt Impfstoffe: lässt sich ein böseres Schema für die Zukunft denken?

Unter der Grippewelle 2018 z. B. brachen in den ganzen USA die Krankenhäuser zusammen. Damals wurde der schockierende Mangel an Krankenhäusern nach 20 Jahren profitgetriebener Kürzungen bei den stationären Aufnahmekapazitäten deutlich (die Just-in-time-Lagerhaltung im Gesundheitswesen). Die ebenfalls von der Marktlogik getriebenen Schließungen von Privat- und Stiftungskrankenhäusern und der Pflegekräftemangel hatten verheerende Auswirkungen auf das Gesundheitswesen in ärmeren und ländlichen Gegenden. Die Last wurde auf unterfinanzierte öffentliche Krankenhäuser und Versorgungseinrichtungen für Armeeveteranen abgewälzt. Die Notaufnahmen dieser Einrichtungen sind jetzt schon überfordert mit saisonalen Infektionen. Wie sollen sie mit der bevorstehenden Überlastung durch lebensbedrohliche Fälle fertig werden?

Wir befinden uns in der Frühphase eines medizinischen Hurrikans. Trotz jahrelanger Warnungen vor der Vogelgrippe und anderen Pandemien gibt es nicht genügend medizinische Basisausrüstung wie Beatmungsgeräte, um mit der erwarteten Flut von le-

bensbedrohlichen Fällen fertig zu werden. Die kämpferischen Pflegegewerkschaften in Kalifornien und anderen Staaten machen uns sehr deutlich klar, welche Gefahr das Fehlen von grundlegenden Schutzvorrichtungen wie N95-Gesichtsmasken bedeutet. Noch stärker gefährdet, weil unsichtbar, sind die Hunderttausende von unterbezahlten und überarbeiteten Arbeiter und Arbeiterinnen in der ambulanten Pflege und den Pflegeheimen.

Die Altenpflegebranche, die in den USA 2,5 Millionen alte Menschen verwahrt – die meisten davon Leistungsempfangende von Medicare –, ist schon lange ein nationaler Skandal. Laut »New York Times« sterben jedes Jahr 380.000 Menschen in Heimen, weil die Heime einfache Infektionen nicht richtig behandeln.

Viele Heime – besonders in den Südstaaten – halten es für billiger, Strafen für Versäumnisse in der Pflege zu zahlen, als zusätzliches Personal einzustellen und ausreichend zu schulen. Seattle, wo Pflegeheime Zentren des Ausbruches

sind, zeigt, dass Dutzende oder vielleicht Hunderte von Pflegeheimen Corona-Virus-Hotspots werden könnten, deren für einen Mindestlohn schuftende Beschäftigte die rationale Entscheidung fällen werden, zu Hause zu bleiben, um ihre eigenen Familien zu schützen. In diesem Fall könnte das System zusammenbrechen und niemand sollte erwarten, dass die Nationalgarde die Bettpfannen leert.

Die Pandemie hat sofort die krasse Klassenspaltung im Gesundheitswesen offengelegt: Diejenigen mit einer guten Krankenversicherung, die auch von zu Hause arbeiten oder lehren können, sind bequem isoliert, so lange sie die Vorsichtsmaßnahmen befolgen. Beschäftigte im öffentlichen Dienst oder andere Gruppen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen mit anständiger Krankenversicherung werden vor schwierige Entscheidungen zwischen Lohn und Schutz gestellt werden.

Gleichzeitig werden Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen in Niedriglohn-Dienstleistungen und Landwirtschaft, Saisonbeschäftigte ohne Krankenversicherung, Arbeitslose und Obdachlose den Wölfen vorgeworfen. Selbst wenn Washington doch noch das Testfiasco in den Griff bekommt und genügend Testsets zur Verfügung stellt, werden die nicht Versicherten immer noch für die Tests bezahlen müssen.

Die Arztrechnungen werden steigen und gleichzeitig verlieren Millionen von ArbeiterInnen ihren Job und ihre daran gebundene Krankenversicherung. Kann

es ein stärkeres, dringenderes Argument für Medicare für Alle geben? Aber eine allgemeine Krankenversicherung wäre nur ein erster Schritt. Es ist gelinde gesagt enttäuschend, dass weder Sanders noch Warren in den Vorwahl-Debatten die Tatsache thematisiert haben, dass die großen Pharmaunternehmen die Erforschung und Entwicklung von neuen Antibiotika und Virostatika an den Nagel gehängt haben.

Von den 18 größten Pharmafirmen haben 15 diesen Bereich völlig aufgegeben.

Herzmedikamente, abhängig machende Tranquilizer und Mittel gegen männliche Impotenz bringen den meisten Profit, nicht aber Mittel gegen Krankenhauskeime, neue Krankheiten und traditionelle tödliche Tropenkrankheiten. Ein universeller Grippe-Impfstoff, d. h. ein Impfstoff, der die unveränderlichen Teile der Oberflächenproteine des Virus angreift, ist seit Jahrzehnten möglich, aber verspricht keine Profite.

Mit dem Rollback der Antibiotika-Revolution werden neben neuen Infektionen auch alte Krankheiten wieder auf-

tauchen und die Krankenhäuser werden sich in Leichenhäuser verwandeln.

Selbst Trump kann jetzt opportunistisch über absurde Arzneikosten schimpfen, aber wir brauchen mutigere Vorstellungen, wie die Zerschlagung der Pharmamonopole und die öffentliche Produktion von lebensnotwendigen Medikamenten. (Früher war das der Fall: Während des Zweiten Weltkriegs beauftragte die Armee Jonas Salk und andere Forscher mit der Entwicklung des ersten Grippe-Impfstoffs.)

Wie ich vor 15 Jahren in meinem Buch Vogelgrippe geschrieben habe: »Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten einschließlich Impfstoffen, Antibiotika und Virostatika sollte ein Menschenrecht sein, das universell kostenlos verfügbar ist. Wenn die Märkte keinen Anreiz zur billigen Produktion solcher Medikamente bieten, dann sollten Regierungen und Non-Profit-Organisationen die Verantwortung für ihre Herstellung und Verteilung übernehmen. Das Überleben der Ärmsten sollte immer eine höhere Priorität haben als die Profite der Pharmaindustrie.«

Die jetzige Pandemie verlängert das Argument: Anscheinend ist die kapitalistische Globalisierung nicht länger tragbar – ohne eine wahrhaft internationale öffentliche Gesundheitsinfrastruktur. Aber solch eine Infrastruktur wird es erst dann geben, wenn Bewegungen von unten die Macht der Pharmaindustrie und des profitorientierten Gesundheitswesens brechen. ■

Strafen zu zahlen, ist billiger, als Personal zu schulen



ZUM TEXT

Dieser Text ist eine Kurzversion. Der ungekürzte Text erschien zuerst bei wildcat-www.de. Wir danken für die freundliche Abdruckgenehmigung.

»Uncle Sam« auf einer Bahre mit der Aufschrift »U.S. Health«: Protestkundgebung zur Gesundheitsreform im September 2009 in Seattle, Washington

DAS BUCH

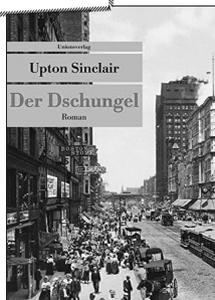


»Vogelgrippe – Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien«

Mike Davis | 168 Seiten
Assoziation A | 2005
14,00 €

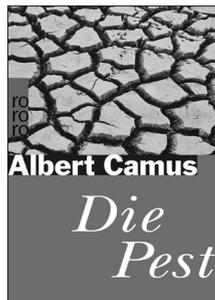
Tipps gegen den Lagerkoller

Bücher



Upton Sinclair
DER DSCHUNDEL

Unionsverlag | 2014
416 Seiten | nur antiquarisch



Albert Camus
DIE PEST

Rowohlt | 1998
349 Seiten | 10,00 Euro



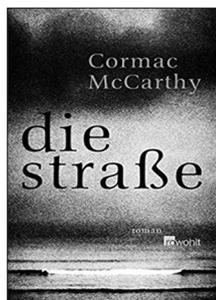
Edgar Allan Poe
DIE MASKE DES ROTEN TODES

Vero Verlag | 2014
272 Seiten | 24,50 Euro

Sozialkritischer Roman, der 1905 im Auftrag der sozialistischen Zeitung »Appeal to Reason« entstand. Er zeigt das Elend in den Schlachthöfen von Chicago, wo vor allem Einwanderer unter unmenschlichen Bedingungen schufteten. Die Übertragung auf heute fällt nicht schwer. Klassiker, derzeit leider nur antiquarisch zu haben.

In Algerien bricht die Pest aus. Die Stadt Oran schottet sich ab, die Bevölkerung muss mit dem gemeinsamen Gegner umgehen. Während der Arzt gegen die Krankheit ankämpft, deutet der Priester die Pest als Strafe Gottes. Eine Auseinandersetzung sowohl mit der Solidarität der Menschen als auch mit der Sinnlosigkeit des Todes.

Während der Pest treffen sich Adlige auf einem einsamen, etwas unheimlichen Schloss, um sich die Zeit zu vertreiben und zu feiern. Auf dem Maskenball taucht eine seltsame Gestalt mit roter Maske auf. Es stellt sich heraus, dass es der Tod selbst ist – auch die Adligen müssen sterben. Die Erzählung ist in verschiedenen Ausgaben erschienen.



Cormac McCarthy
DIE STRASSE

Rowohlt | 2016
256 Seiten | 12,00 Euro



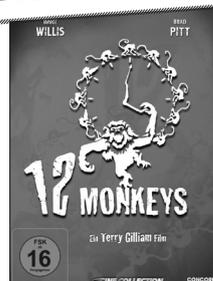
Stephen King
THE STAND - DAS LETZTE GEFECHT

Heyne Verlag | 2016
1712 Seiten | 17,99 Euro

Ein Junge und sein Vater ziehen durch eine verwüstete USA. Sie wollen überleben und Hoffnung finden. Sprachlich überwältigend und inhaltlich verstörend, Weltliteratur.

Die Zivilisation bricht zusammen, nachdem ein als biologischer Kampfstoff entwickeltes Virus aus einem US-Militärlabor freigesetzt wird. Eine Gruppe von Überlebenden kämpft gegen einen sich entwickelnden totalitären Staat. Es gibt verschieden lange Versionen des Buchs.

Serien & Filme



DVD/Blu-Ray, Prime
12 MONKEYS

USA 1995 | Regie: Terry Gilliam
8,99 Euro (Blu-Ray)

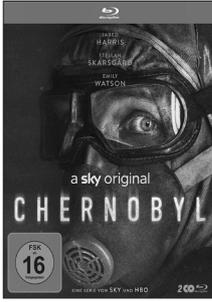
Ein 1996 freigesetzter tödlicher Virus löscht fast die gesamte Menschheit aus und zwingt die Überlebenden, im Untergrund zu leben. Im Jahr 2035 wird ein Gefangener ausgewählt und in der Zeit zurückgeschickt, um das ursprüngliche Virus zu finden, damit Wissenschaftler ein Heilmittel entwickeln können.



DVD
THE TRUE DEAD COLLECTION

USA 1968-2009 | Regie: George A. Romero | 19,99 Euro

Ein 1996 freigesetzter tödlicher Virus löscht fast die gesamte Menschheit aus und zwingt die Überlebenden, im Untergrund zu leben. Im Jahr 2035 wird ein Gefangener ausgewählt und in der Zeit zurückgeschickt, um das ursprüngliche Virus zu finden, damit Wissenschaftler ein Heilmittel entwickeln können.



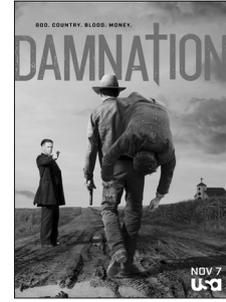
DVD/Blu-Ray, Maxdome/Prime
CHERNOBYL

USA/Großbritannien 2019 | Regie: Johan Renck | 12,99 Euro (DVD)



DVD/Blu-Ray, Prime
MAD MAX I-IV

Australien 1979-2015 | Regie: George Miller | 17,99 Euro (Blu-Ray Box)



Netflix
DAMNATION

USA 2017/18
Idee: Tony Tost

In fünf packenden Folgen packt die Miniserie eine der größten Umweltkatastrophen des 20. Jahrhunderts auf die Bildschirme. Neben fantastischen schauspielerischen Leistungen brilliert die Serie durch einen düsteren Sound und das Gefühl, sehr nahe an den Menschen zu sein, die den Atomunfall erleben. Manchmal rutscht die Kritik an der Sowjetbürokratie zwar in Richtung eines platten Antikommunismus, aber dennoch ist die Kritik an Desinformation und Zögerlichkeit und Repression eines Staatsapparates in Krisenzeiten leider wieder hochaktuell.

Mit infernalischen Karren und bewaffnet bis an die Zähne streift Max Rockatansky durch die Einöde des postapokalyptischen Australien. Die vier Teile unterscheiden sich zwar arg hinsichtlich der Qualität (persönlicher Tipp: der neueste Teil »Fury Road«), aber alle transportieren mit Hilfe halbsbrecherischer Verfolgungsjagden und atmosphärischem Wasteland eine Vision der Zukunft, die uns blüht, wenn wir den Kapitalismus nicht überwinden.

Der Kommunist Seth Davenport tarnt sich in den 1930er-Jahren im ländlichen US-Bundesstaat Iowa als Kleinstadt-Prediger. Mithilfe seiner neuen Gemeinde will er einen Aufstand gegen die Kapitalisten anzetteln. Er schafft es immer wieder, den Kleinbauern und -bäuerinnen die Ausbeutung und die Klassenunterschiede deutlich zu machen. Der Staat greift zu härtesten Mitteln, um die Aufstände zu zerschlagen.

Spiele



Brettspiel
PANDEMIC

Z-Man/Asmodee | 2012
49,99 Euro

Auf der Erde bricht eine Pandemie aus. Die Aufgabe ist es, diese zu stoppen. Das Spiel ist kooperativ: Entweder gewinnt man zusammen gegen das Virus, oder die Welt geht unter. Kann man gut alleine oder mit bis drei Mitspielenden spielen.



Sony Playstation
THE LAST OF US

Naughty Dog | 2011
25,00 Euro

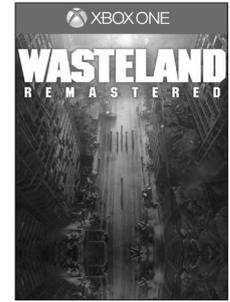
Die Geschichte klingt altbekannt: Zwei ungleiche Charaktere müssen sich durch die Zombie-infizierten USA schlagen und schießen. Doch was die Entwickler mit diesem Spiel auf die Konsolen gezaubert haben, sucht seinesgleichen. Wer Ellie und Joel auf ihrer Reise folgt, braucht nicht nur wegen der Zombies starke Nerven, sondern auch wegen des genialen Storytellings. Ganz ehrlich: Die Twists von Game of Thrones sind ein Witz dagegen.



Windows, macOS, PlayStation, Xbox
ALIEN: ISOLATION

Naughty Dog | 2011
25,00 Euro

Dieser Survival-Horror spielt im Universum der Alien-Filmreihe. 15 Jahre nach den Ereignissen von »Alien« macht sich die Tochter von Ripley auf den Weg zur Raumstation Sevastopol, um die Spur zu ihrer Mutter nachzuverfolgen. Die Atmosphäre des Spiels ist beklemmend wie kaum bei einem anderen Vorgänger. Statt sich blind einen Weg freizuballern, hat man gegen das Alien nur eine Chance durch improvisierte Fallen, Verstecke und Wegrennen.



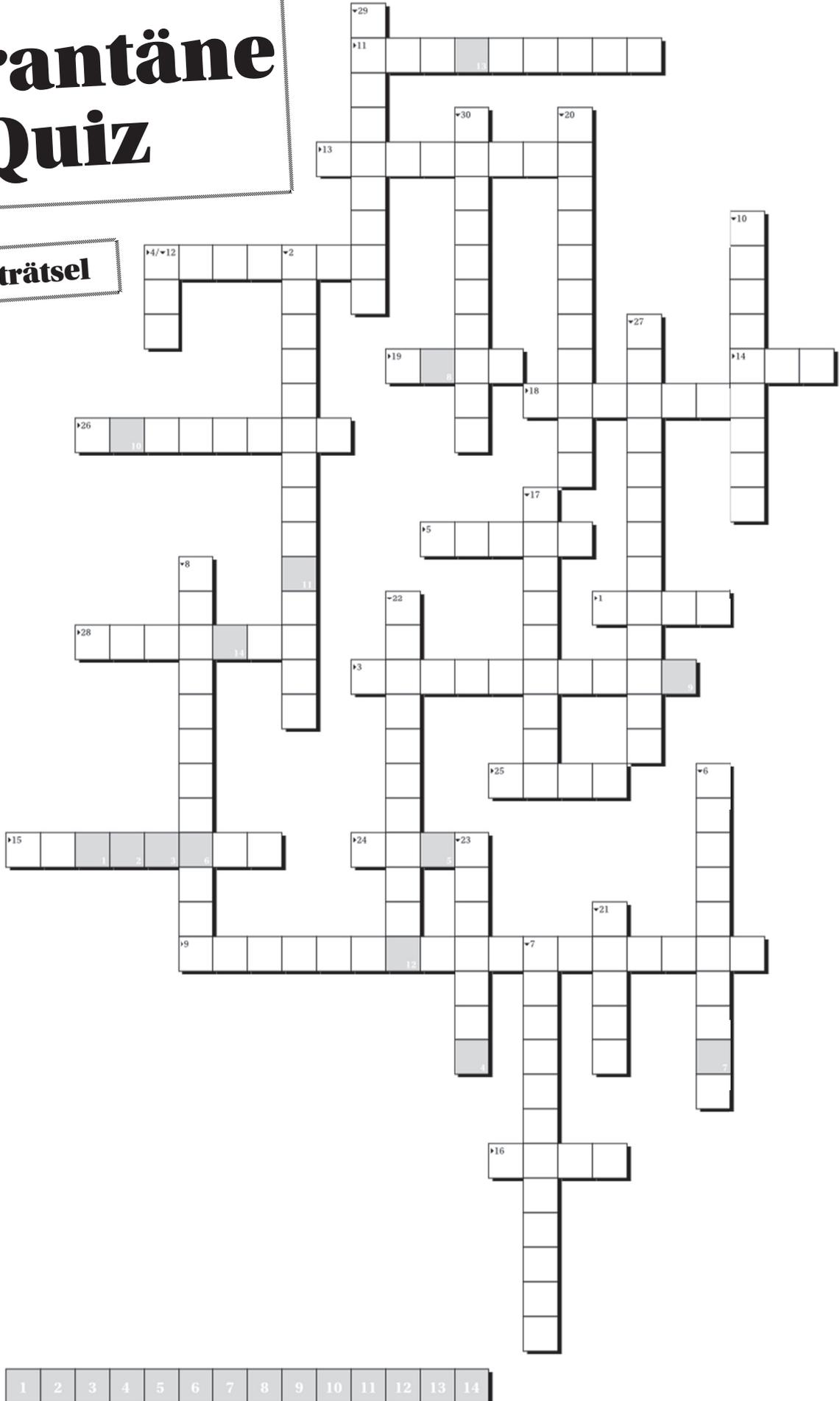
Xbox, Windows, Linux, macOS
WASTELAND REMASTERED

InXile | 2020
14,99 (Xbox)

Wasteland begründete 1988 das Genre der postapokalyptischen Computer-Rollenspiele und bleibt in Atmosphäre, Schrägheit und Kniffligkeit unerreicht. Die Remastered-Version läßt das Originalspiel bei leichtem Facelifting intakt.

Quarantäne -Quiz

Kreuzworträtsel



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

- 1 Weiß Jens Spahn, was er tut?
- 2 Schuld am Ausbruch des Coronavirus
- 3 Wahrscheinlich ursprüngliches Wirtstier
- 4 US-amerikanischer Evolutionsbiologe (Nachname)
- 5 Stadt in China
- 6 Vorübergehende Isolation
- 7 Beugt Infektionen vor
- 8 Hilft nicht gegen Viren
- 9 Fördert Ausbreitung von Viren
- 10 Wurde vor 200 Jahren geboren (Vorname)
- 11 Deutsch-polnische Revolutionärin (Nachname)
- 12 Weltgesundheitsorganisation (Abk.)
- 13 Weltweite Epidemie
- 14 Grundlage für Fallpauschalen (Abk.)
- 15 Björn Höcke

- 16 Putschist von 1920 (Nachname)
- 17 Österreichische Architektin (Vorname)
- 18 Nagetier
- 19 Ist Andreas Scheuer schon zurückgetreten?
- 20 Viertgrößter Waffenexporteur
- 21 Kapitänin und Autorin (Nachname)
- 22 Vorwärts, und nicht vergessen, die...
- 23 König von Thüringen (Nachname)
- 24 Was das Känguru einzukaufen vergaß
- 25 Frankenstein des Rechtskonservatismus (Nachname)
- 26 Zukunftspessimistisches Szenario
- 27 Verhindert Ansteckung: Soziale...
- 28 Curevac-Hauptinvestor (Vorname)
- 29 Kann man nie genug haben
- 30 Umsturz

Sudoku

Lösungen gibt es online unter www.marx21.de/quiz2020

leicht

7	6						8	9
	9		7	6				1
	1	8	4			5		
				7		2		4
	7	1	2	9	4			
		4	3	1				8
				4	3	7		
9			6		1		5	3
5		6				1		

mittel

		5			7			
						9		2
7		1	2		9	6		
9	5			8		3		
	2			3	6			
		7			5		1	
			6				5	9
5	3			9				
			1	5		2	6	

mittel

		2		8				
	1				3	4	9	
		9		7				5
6	4					3		
					4	8		9
		5		2	7			4
	9						1	
			8	9	2			
		7	1	4				2

schwer

	1		2					
				8	3			
			4	5			1	6
1					3			
							7	2
		9					4	
6	7		5				3	
	4	2				6		
			9	7				

»DAS MARODE SYSTEM FLIEGT UNS UM DIE OHREN«

Wir sprachen mit einer Intensivkrankenschwester über die Auswirkung der Coronakrise auf die Krankenhäuser, die Ursachen der Ökonomisierung des Gesundheitssystems und die akuten Forderungen der Beschäftigten

INTERVIEW: MARTIN HALLER



KRANKENPFLEGERIN

Unsere Gesprächspartnerin möchte anonym bleiben. Sie arbeitet als Krankenschwester auf einer Intensivstation am Universitätsklinikum Jena und ist aktiv bei ver.di.

marx21: Du arbeitest auf einer Intensivstation am Uniklinikum Jena. Werden Krisenszenarien wie die Corona-Epidemie in den Kliniken geprobt?

Unser Notfallszenario war meist ein Massenunfall auf der Autobahn. Aber auf eine weltweite Pandemie ist kein Klinikum eingestellt.

Wie schützt ihr die anderen Patientinnen und Patienten? Müssen alle Covid-19-Fälle isoliert werden?

Klar müssen die isoliert werden, aber wenn in kurzer Zeit eine so hohe Zahl von Patienten zu uns kommt, sind wir dafür einfach nicht ausgerüstet, vor allem personell. Das ist der Knackpunkt. Selbst wenn wir von der Ausstattung her vielleicht gut aufgestellt sind, fehlt das Personal, das die Geräte bedienen und die Intensivpatienten betreuen kann. Wir können auch ohne Coronakrise Patienten mit bestimmten Keimen schon nicht adäquat isolieren und andere Patienten adäquat schützen, weil die Kapazitäten dafür fehlen.

Wie müsste ein adäquater Schutz aussehen?

Ich denke, bei einem so hochansteckenden Keim wie dem neuen Coronavirus müsste eine 1:1-Pflege von Infizierten durchgeführt werden und diese Pflegekraft dürfte keine anderen Patienten betreuen. Nur so könnte eine Infektion anderer Patienten annähernd sicher ausgeschlossen werden.

Wie viele Patienten betreut eine Pflegekraft bei euch im Normalfall?

Das ist unterschiedlich. Der Normalzustand auf unserer Station ist 2,5 Patienten pro Pflegekraft, manche betreuen drei Patientinnen und Patienten, manche zwei.

Fühlst du dich selbst ausreichend geschützt auf der Arbeit?

Nicht wirklich. Wir haben zwar noch keine eigenen Erfahrungen mit dem neuen Coronavirus, aber es gab letztes Jahr schon den Fall, dass während einer Influenzawelle die Schutzmasken knapp wurden. Sollte das wieder passieren, wäre das Personal gefährdet. Das macht Angst.

Wie gehst du mit der Angst um?

Selbstverständlich möchte ich jetzt in so einer Situation helfen. Das ist auch unser Berufsverständnis in der Pflege. Ich will für die Patienten da sein und auch für meine Kolleginnen. Ich erwarte aber von meinem

Arbeitgeber, dass er mich bestmöglich schützt. Der Schutz derjenigen, die andere retten können, muss höchste Priorität haben.

Gibt es bei euch noch ausreichend Schutzausrüstung?

Auch bei uns fehlen schon Schutzmasken und Desinfektionsmittel, die entwendet wurden. Im Moment haben wir noch keine Knappheit. Das könnte aber noch zum Problem werden. Ich weiß, dass in anderen Kliniken die Schutzmasken bereits rationiert an das Personal ausgegeben werden.

Was bedeutet das?

Dann bekommen zum Beispiel die Pflegekräfte zu Beginn des Dienstes fünf Masken und müssen damit durch die Schicht kommen.

»Schutzmasken werden rationiert«

Wie viele Masken braucht ihr im Normalfall?

Die Hygienevorschriften besagen, dass die Maske nach jeder Anwendung abgesetzt werden und eine neue angezogen werden muss. Sobald du die Maske abnimmst, musst du sie entsorgen. Wenn rationiert wird, muss man sich also entscheiden: Entweder man verwendet die Maske mehrmals oder man lässt sie solange auf, dass man mit der Ration auskommt. Beides bedeutet eine erhöhte Infektionsgefahr.

Was muss aus deiner Sicht als Pflegekraft und Gewerkschafterin jetzt getan werden?

Wir haben konkrete Forderungen aufgestellt, was wir jetzt brauchen, um die Coronakrise zu überstehen. Diese haben wir in einem offenen Brief an Politik und Klinikleitung gerichtet.

Welche Forderungen habt ihr?

Wir haben mehr Mitbestimmung gefordert und der erste positive Schritt war, dass jetzt zwei Mitglieder des Personalrats in den Krisenstab der Klinik aufgenommen wurden. Es braucht jetzt eine transparente und

schnelle Kommunikation. Darüber hinaus sollten sowohl Klinikleitung als auch Landesregierung auf die Expertise derjenigen hören, die an der Basis arbeiten.

Gibt es auch materielle Forderungen?

Ja, wir fordern während der Coronakrise eine Gefahren- und Belastungszulage. Wir gefährden uns und wir haben ein erhöhtes Risiko, uns und unsere Familien zu infizieren. Das muss auch finanziell honoriert werden. In der Privatwirtschaft wäre es ganz normal, im Fall von Mehrarbeit eine Zulage zu fordern. In der Pflege meinen leider selbst viele Beschäftigte, das wäre irgendwie unverschämt. Nein, das ist es nicht, gerade in so einer Situation. Lieber wäre uns natürlich ein Freizeitausgleich, aber das geht nun einmal momentan nicht, weil wir viel zu wenige sind. Geld ist hingegen offensichtlich genug da, wie wir an den Hilfen für Banken und Konzerne sehen. Aber wo bleiben die Beschäftigten?

Was fordert ihr noch?

Was bislang völlig außer Acht gelassen wird, ist, dass in so einer Ausnahmesituation auch eine psychologische Betreuung erfolgen muss, sowohl für das Personal als auch für die Patientinnen und Patienten. Außerdem haben wir gefordert, dass alle elektiven Eingriffe abgesagt werden, also alle planbaren Eingriffe, die auch verschoben werden können. Denn uns ist zu Ohren gekommen, dass in manchen Kliniken das OP-Programm einfach weitergefahren wurde, obwohl die Krise bereits absehbar war. Das ist fatal, weil so keine Reserven geschaffen werden können. Dahinter steckt ein finanzielles Interesse, denn solange diese Eingriffe durchgeführt werden, wird damit Geld verdient.

Ist diese Profitgier ein Problem der Privatkliniken?

Nein, das Problem gibt es auch in öffentlichen Häusern. Die haben das gleiche Finanzierungssystem und unterliegen dadurch genauso dem Druck, wirtschaftlich zu arbeiten, also viele ertragreiche Fälle zu möglichst niedrigen Kosten zu behandeln.

Was ist die Ursache für diese Ökonomisierung der Krankenhäuser?

Da müssen wir nicht lange drum herumreden: Die Ursache der Misere ist das DRG-System mit seinen Fallpauschalen. Dadurch wurden die Krankenhäuser in Konkurrenz zueinander gesetzt und auf



© facebook.com/pflegestreiksaar

Mit einer **Fotoaktion** stellen zahlreiche Krankenhausstationen im Saarland auf kreative Weise ihre Streikbereitschaft zur Schau. Auf Facebook erreichen die Bilder Hunderttausende

Wirtschaftlichkeit getrimmt. Es musste massiv eingespart werden. Da man bei den Geräten nicht sparen kann, wurde beim Personal gekürzt. Und der größte Personalsektor ist nun einmal die Pflege. Deshalb wurden hier über Jahre hinweg Stellen abgebaut. Das hat auch gut funktioniert, weil die Pflege das lange mitgemacht hat, aus Verantwortungsgefühl gegenüber den Patientinnen und Patienten.

Dafür sind wir jahrelang über die eigenen Grenzen hinausgegangen. Wir als Arbeitskräfte wurden so lange ausgebeutet und ausgenutzt, bis viele gesagt haben, dass sie das nicht mehr auf Kosten ihrer Gesundheit und ihrer Psyche mitmachen, und gegangen sind. So kam es zu einem weiteren Stellenabbau, weil zunehmend Stellen offen bleiben und nicht mehr besetzt werden können. Der Markt ist leergefegt, weil keiner mehr unter diesen Bedingungen arbeiten will. Ein großer Teil der Absolventinnen und Absolventen der Krankenpflegeausbildung sucht sich direkt nach dem Examen einen anderen Job. Das ist auch der Grund, warum jetzt massiv Personal im Ausland rekrutiert werden soll. Das wird das Problem der Unterfinanzierung durch den Wettbewerb unter den Kliniken aber auch nicht beheben.

Wie könnte jetzt in der Coronakrise akut zusätzliches Personal für die Intensivpflege aufgebaut werden?

Die tollste Idee kam von Herrn Spahn, der vorgeschlagen hat, verrentete Pflegekräf-

te und Ärzte wieder zurückzuholen. Ausgerechnet die Risikogruppe der Alten soll also die Covid-19-Patienten betreuen. Da frage ich mich, ob Spahn sich selbst noch zuhört, wenn er redet.

Gibt es andere Möglichkeiten?

Ja, es gibt zum Beispiel Leitungspersonal, das früher auf den Stationen tätig war und auch Erfahrungen mit Intensivpflege hat. Es gibt Pflegekräfte, die hauptberuflich für die Ausbildung zuständig sind und nun zurück ans Patientenbett geholt werden könnten.

Wenn keine elektiven Eingriffe mehr stattfinden, wird der OP nur noch für Notfälle gebraucht. Dort ist dann auch Personal übrig, das oft auch bereits Erfahrung in der Intensivpflege hat. Gleiches gilt für die Ambulanzen. Das muss aber alles auf Freiwilligkeit basieren. Die Rückmeldung der Kolleginnen und Kollegen ist jedoch, dass sie dazu durchaus bereit wären.

Was müsste akut getan werden, um Pflegekräfte, die in den letzten Jahren aus dem Beruf ausgeschieden sind, wieder zurückzuholen?

Dafür müssten jetzt schnell Anreize geschaffen werden, auch finanzielle, etwa durch eine Gefahren- und Belastungszulage, wie wir sie jetzt fordern. Nach der Krise brauchen wir aber auch eine klare Abkehr von der Ökonomisierung im Gesundheitswesen auf dem Rücken der Pflege. Das DRG-System muss weg!

Wurde die Pflege nicht bereits aus dem DRG-System herausgenommen?

Ja, sie wird jetzt vollständig refinanziert. Das ist auch ein Resultat der Pflegestreikbewegung für Entlastung und mehr Personal.

Das klingt doch gut ...

... hat aber auch einen Haken: Nur die Pflege, die am Bett arbeitet, wird refinanziert. Dazu gehören also zum Beispiel nicht die OP-Pflegekräfte, die Pflegekräfte in Leitungspositionen und auch nicht die Hilfskräfte, weshalb jetzt auch die Stellen der Hilfskräfte zunehmend abgebaut werden. Dass ein Teil der Pflege nicht mehr über das DRG-System finanziert wird, war ein wichtiger Schritt, aber ist dennoch vollkommen unzureichend. Das DRG-System muss insgesamt weg!

Und es muss endlich ein neues Personalbemessungssystem eingeführt werden und zwar im gesamten Land, so wie es die Pflegestreikbewegung seit Jahren fordert.

Was ist mit der kürzlich in Kraft getretenen Pflegepersonaluntergrenzenverordnung (PpUGV)? Hat die keine Verbesserung für das Pflegepersonal gebracht?

Nicht wirklich. Bei der PpUGV wird geschaut, an wie vielen Tagen im Monat der Wert für die Untergrenze überschritten wurde, also an wie vielen Tagen ich mehr Patienten betreuen musste als vorgesehen. Werden die Grenzen gerissen, werden

Strafzahlungen fällig. Allerdings werden auch die Tage mit verrechnet, an denen genügend Personal bereitgestellt war. Nur der Durchschnittswert zählt. Wenn ich also die Hälfte des Monats in unterbesetzten Schichten gearbeitet habe und die andere Hälfte weniger Patienten hatte, ist das im Rahmen der PpUGV in Ordnung, obwohl ich in zahlreichen Diensten auf dem Zahnfleisch gekrochen bin.

Im Zuge der Coronakrise hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn die PpUGV nun vorerst wieder außer Kraft gesetzt, damit die Krankenhäuser auch dann unter Volllast behandeln können, wenn das Personal knapp wird. Ist das angesichts der Krise ein richtiger Schritt?

Ich dachte mir: Ja, schönen Dank auch! Wir als Personal tragen persönlich die Folgen der Coronakrise und die Klinik wird finanziell entlastet.

Inwiefern profitiert die Klinik von der Aussetzung?

Werden die Personaluntergrenzen aufgrund der Coronakrise nun für einen längeren Zeitraum konstant überschritten, müsste die Klinik hohe Strafgebühren zahlen. Letztlich ist die Aussetzung der PpUGV also nichts anderes als eine wirtschaftliche Entlastung für die Klinik. Mein Eindruck: Spahn hat gehandelt, um das Wirtschaftsunternehmen Klinik zu schützen.

Was bedeutet die Aussetzung der PpUGV für euch?

Wenn hundert Patienten intensivpflichtig sind, kann ich nicht sagen, ich betreue nur zwei oder drei davon. Dann muss ich sowieso mehr Patienten betreuen und muss dann eben entscheiden, was und wie viel ich an dem Patienten mache. Dann ist das Ziel, dass der Patient irgendwie überlebt. In einer Notsituation wie dieser spielt die PpUGV für uns akut also keine Rolle.

Anders verhält es sich mit unserem Tarifvertrag für Entlastung (TVE), den wir im letzten Jahr am Uniklinikum Jena erkämpft haben. Im Gegensatz zur PpUGV werden wir eine Aussetzung des TVE sicher nicht bedingungslos akzeptieren.

Was regelt der Tarifvertrag?

Er sieht vor, dass jede Station einen individuellen Pflegepersonalschlüssel hat. Es ist also klar definiert, wie das Verhältnis von Patienten und Pflegekräften auf den einzelnen Stationen aussehen muss. Das ist



Zu viele Patienten, kaum Zeit für Dokumentation, nicht ausreichend Schutzmaßnahmen. Die Corona-Krise und der Umgang damit spitzt den **Pflegenotstand** weiter zu

bei uns ein 2:1-Verhältnis in allen Schichten. Wenn wir in einem schlechteren Verhältnis arbeiten, also drei Patientinnen betreuen, erhalten wir einen Belastungspunkt. Bei sechs Belastungspunkten gibt es einen freien Tag.

Hat der TVE euch schon spürbare Entlastung gebracht?

Bislang nicht, weil der Vertrag erst seit Januar gilt und erst im April die Regelung mit den Belastungspunkten anlaufen soll. Jetzt kommt Corona dazwischen.

Mit welchem Gefühl trittst du nun momentan deine Dienste in der Klinik an?

Mit Sorge, aber auch Wut. Wir werden nun die Folgen von Ökonomisierung und Sparpolitik mit aller Wucht zu spüren bekommen. Das Problem ist nicht nur, dass nun das Coronavirus wütet, sondern dass das Virus auf ein Gesundheitssystem trifft, das dafür einfach nicht ausgerüstet ist. Wenn schon der Alltag nicht funktioniert, wie soll dann eine Krise gemeistert werden? Die Länder, die es jetzt getroffen hat - Itali-

en, Spanien, Frankreich, USA -, haben alle ein marodes Gesundheitssystem und in Deutschland ist das nicht anders. Überall wurde in den letzten Jahren gespart und es wurden massiv Kapazitäten und Personal abgebaut. Das rächt sich nun.

Das Gesundheitswesen war schon vorher kaputt. Jetzt, im Notfall, fliegt uns das um die Ohren.

Wir Beschäftigten im Krankenhaus haben die Probleme schon lange angesprochen, sind damit aber viel zu oft auf taube Ohren gestoßen. Wirksame Maßnahmen gegen den Pflegenotstand sind nicht erfolgt.

Nun werden wir alles dafür tun, unsere Arbeit zu machen und Menschenleben zu retten. Jetzt kommt es darauf an, dass wir gemeinsam durch die Krise gehen und uns gegenseitig unterstützen. Dennoch sagen wir auch jetzt: Die Ursache der Coronakrise liegt auch im System. Wenn die Pandemie vorbei ist, kann es nicht so weitergehen wie bisher. Wir brauchen ein grundlegend anderes Gesundheitssystem!

Vielen Dank für das Gespräch.

Der Kern der Krankenhausmisere

Huch, hatten wir in den Kliniken nicht gerade noch »Überkapazitäten«? Wie die Corona-Krise den Irrsinn von Fallpauschalen und Erlösorientierung offenlegt

VON KALLE KUNKEL



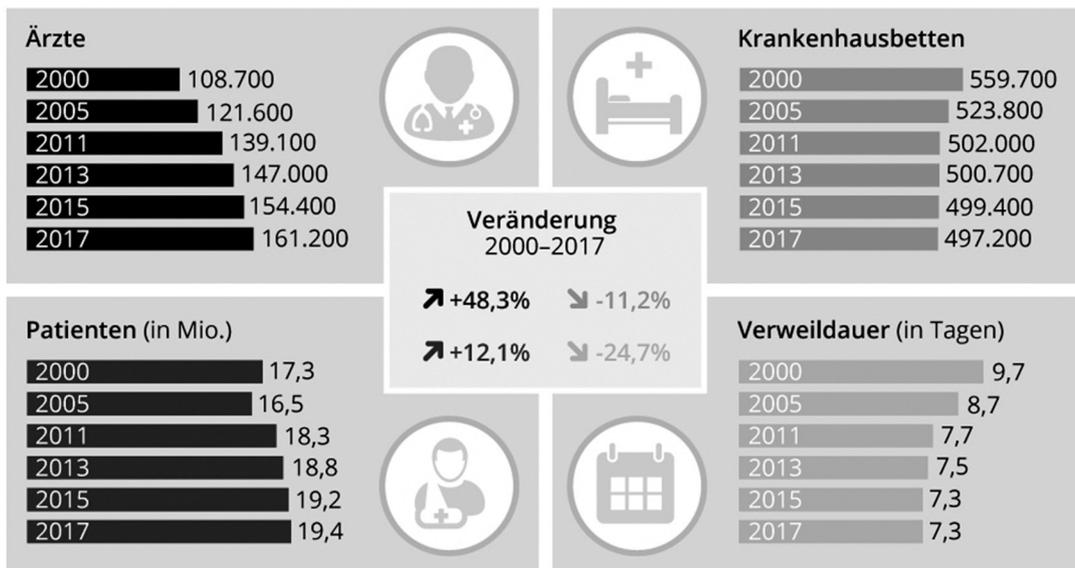
Jens Spahn: Vom ausgemachten Pharmedebatten zum Gesundheitsminister. Er war bereits in der Vergangenheit an wichtigen gesundheitspolitischen Entscheidungen beteiligt, bei denen es um Milliardeneinschnitte für den Gesundheitssektor ging. Als Minister setzt er die neoliberale Politik fort

Zeitgleich zur Verbreitung des Coronavirus entbrennt eine Diskussion darüber, ob das deutsche Gesundheitssystem für einen solchen Krisenfall gewappnet ist. Erste Signale, dass es hier nicht zum Besten steht, hat die Regierung selbst unfreiwillig gesendet: Bereits Mitte März erklärte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), die erst kürzlich in Kraft getretenen minimalistischen (Pflege-)Personalvorgaben (»Untergrenzen«) für die Krankenhäuser vorerst wieder außer Kraft zu setzen, damit die Krankenhäuser auch dann unter Volllast behandeln können, wenn das (Pflege-)Personal knapp wird. In dieser Hinsicht wirkt die Corona-Pandemie eher wie ein Brennglas, in dem schon länger bekannte Probleme besonders scharf sichtbar werden: Es fehlt an Personal in den deutschen Krankenhäusern.

Die Pandemie sorgt jedoch auch in weiteren krankenhauspolitischen Fragen für eine Perspektivverschiebung. Von (neo)liberaler Seite wurden in den vergangenen Jahren vor allem die angeblichen »Überkapazitäten« an Bettenplätzen und Krankenhausstandorten in Deutschland in den Mittelpunkt der Debatte gestellt. Sie würden zu einer Fehlsteuerung der Ressourcen führen. Weniger Betten konzentriert an weniger Krankenhausstandorten – so die über Jahre eingeübte Kernbotschaft – würden ermöglichen, mit dem vorhandenen Personal die Pflegebedingungen für PatientInnen und Beschäftigte zu verbessern und sogar noch Geld zu sparen. Die im europäischen Vergleich hohe Bettendichte pro Einwohnerinnen und

Mehr Ärzte, weniger Betten in deutschen Krankenhäusern

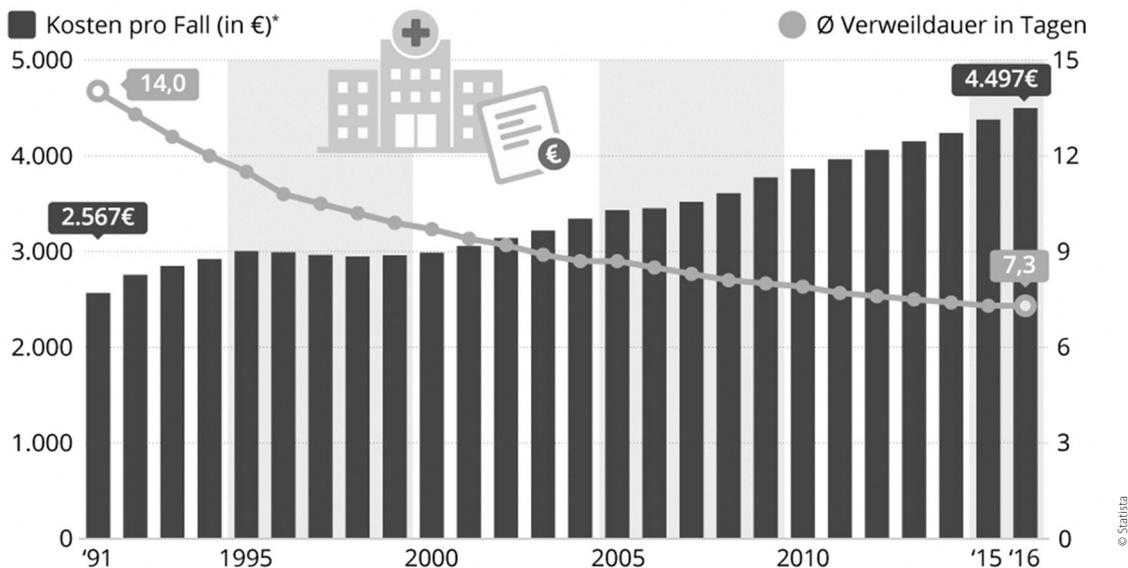
Anzahl der Ärzte, Betten und Patienten und durchschnittliche Verweildauer in Tagen



Es geht ums **Geld**: Immer mehr »Fälle« bei gleichzeitig stetig sinkender Verweildauer der Patientinnen und Patienten im Krankenhaus führen zu massiver Arbeitsverdichtung, insbesondere in der Pflege, in der über Jahre zudem Personal abgebaut wurde. Die Ursache: Ein Finanzierungssystem, welches die »Wirtschaftlichkeit« der Kliniken zum höchsten Maßstab erhebt

Immer teurer, immer kürzer

Kosten und Verweildauer stationärer Fälle in deutschen Krankenhäusern



Einwohner gilt in dieser Argumentation als Beleg für Rationalisierungspotential. Mit der Corona-Pandemie verschiebt sich die Debatte. Jens Spahn wird in diesen Tagen nicht müde zu betonen, dass Deutschland mit seiner im europäischen Vergleich hohen Dichte insbesondere von Intensivbetten gut auf Corona vorbereitet sei und über »ein vergleichsweise gut bis sehr gut ausgestattetes Gesundheitssystem« verfüge. Was gestern also noch eines der größten Probleme des deutschen Krankenhauswesens gewesen sein soll, verwandelt sich von einem auf den anderen Tag

in ein wichtiges Argument für die »Leistungsfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens«. Dass der Minister es für nötig hält, die Personalvorgaben für diese Bereiche außer Kraft zu setzen, verweist jedoch darauf, dass man auch im Gesundheitsministerium nicht restlos von der eigenen Botschaft überzeugt ist. Diese Entwicklung macht deutlich, dass Krankenhäuser eine gesellschaftliche Infrastruktur sind, die für Krisenfälle eine ausreichende Kapazität vorhalten müssen. Diese Kapazitäten können per Definitionem im Nicht-Krisenmodus zumindest zum Teil nicht

ZUM TEXT

Dieser Text erschien zuerst bei der Wochenzeitung »der Freitag« unter freitag.de. Wir danken für die freundliche Abdruckgenehmigung.

genutzt werden. Damit sind wir beim Kern der deutschen Krankenhausmisere: der Finanzierung nach den sogenannten Fallpauschalen (DRG). Denn deutsche Krankenhäuser bekommen nur ein Minimum ihres Budgets für die Vorhaltung von Kapazitäten. Die Krankenhäuser werden pro Patientenfall bezahlt, den sie behandeln. Sie müssen ihre Kapazitäten immer so auslasten, dass sie über die Erlöse durch die einzelnen Patientenfälle genug Geld einnehmen, um den Betrieb ihrer gesamten Infrastruktur (inklusive Personal) finanzieren zu können.

In einem solchen System handelt betriebswirtschaftlich unverantwortlich, wer seine Kapazitäten nicht so weit wie möglich auslastet. Für den Krisenfall vorgehaltene (leere) Betten sind aus der individuellen Krankenhausperspektive Erlösausfälle. Das Problem beginnt also nicht erst – wie man es aktuell in verschiedenen Stellungnahmen hört – mit der Gewinnorientierung. Es beginnt bereits mit der »Erlösorientierung« – also dem Zwang, den gesamten Betrieb durch das Erbringen von »Leistungen« finanzieren zu müssen – unabhängig davon, ob diese individuell oder gesellschaftlich gerade sinnvoll sind. Das wäre, wie wenn die Feuerwehr nur für jeden gelöschten Brand bezahlt werden würde.

Dies gilt auch für die aktuelle Situation. Aus epidemiologischer Sicht müssten die Krankenhäuser schon jetzt beginnen, Kapazitäten frei zu machen, indem planbare – sog. elektive – Eingriffe verschoben werden. Dies soll nun nach Absprache zwischen Bund und Ländern ab Montag umgesetzt werden. Für das Krankenhaus ist das jedoch ein betriebswirtschaftliches Risiko, für das es im aktuellen Finanzierungssystem keine Lösung gibt. Denn zum einen wissen die Krankenhäuser nicht, wann und in welchem Umfang die Corona-Fälle wirklich kommen und sie entsprechend mit ihnen Geld verdienen können. Noch wichtiger: sie wissen auch nicht, ob die Erlösausfälle, die sie vielleicht durch die Verschiebung von lukrativen »Fällen« erleiden, durch die Erlöse über Corona-PatientInnen kompensiert werden können. Zumal diese wegen der Notwendigkeit der Isolation viele Kapazitäten in Beschlag nehmen werden. Das schwant inzwischen auch dem SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach, der in der Tagesschau davor warnte, dass private Klinikbetreiber sich gegen die Aufnahme von Corona-PatientInnen wehren könnten, weil sie damit »lukrativere« Patienten verlieren. Was Lauterbach verschweigt: durch das Fallpauschalen-System, das er seinerzeit selbst mit eingeführt hat, besteht dieser Anreiz auch für öffentliche und freigemeinnützige Häuser.

Durch die Art der Krankenhausfinanzierung stehen die betriebswirtschaftlichen Einzelinteressen

der Krankenhäuser also in einem beständigen Spannungsverhältnis mit den öffentlichen Interessen an einer Gesundheitsinfrastruktur. Dies wird in der aktuellen Situation zu beständigen Verzögerungen und Problemen in den Abstimmungsprozessen führen. Krankenkassen und Krankenhäuser sollen sich nach dem Willen des Gesundheitsministeriums nun darüber verständigen, wie Erlösausfälle kompensiert werden können. Angesichts der Tatsache, dass diese beiden Akteure sich jedes Jahr mit tausenden von Gerichtsverfahren wegen Abrechnungsfragen überziehen, werden sie sich nicht leicht tun, sich über die nicht ganz banale Frage zu verständigen, wie diese Erlösausfälle zu berechnen sind.

Die Bundesregierung zieht sich hier aus der Affäre, in einer Situation, in der jede Unsicherheit vermieden werden muss.

Bis zu der jüngst angekündigten Absage der planbaren Behandlungen wurde das Problem vor allem durch das Aussetzen der »Untergrenzen« auf dem Rücken der Beschäftigten gelöst. Wie reibungslos diese Ankündigung angesichts des Erlösdrucks umgesetzt wird, werden die nächsten Tage zeigen. Der Pflegeberufsverband DBfK berichtet bereits davon, dass Kliniken das Aussetzen der Untergrenzen nutzen, um Betten mit Nicht-Corona-PatientInnen zu belegen. Dabei ist das Aussetzen der Personalstandards bei der Ausbreitung eines hoch ansteckenden Virus besonders widersinnig. Eine der zentralen Gegenmaßnahmen gegen die Übertragung im Krankenhaus ist eine ausgeprägte Händedesinfektion. Umfragen unter Pflegekräften haben gezeigt, dass diese bei Unterbesetzung mit als erstes vernachlässigt wird.

Wir lernen also jetzt schon aus der Krise, dass die Propagierung angeblicher Überkapazitäten und der Notwendigkeit von flächendeckenden Krankenhausschließungen, wie sie die Bertelsmann-Stiftung und andere betreiben, unverantwortlich ist. Es ist aber darüber hinaus überfällig, Alternativen zum bestehenden System der Fallpauschalen-Finanzierung zu entwickeln. Krankenhausversorgung darf nicht den Marktanreizen überlassen, sondern muss demokratisch geplant werden. ■

Der Pflegenotstand ist kein Unfall

Nicht alle können einfach zu Hause bleiben

In der aktuellen Diskussion um Corona bleiben soziale Unterschiede ein weitgehend blinder Fleck. Die Linke muss erkennen, dass die Krise bestehende Ungerechtigkeiten für Geflüchtete und migrantische Menschen verschärft

VON RAMSIS KILANI

Unter dem Hashtag »#staythefuckhome« werden Personen, die nicht in ihrer Wohnung bleiben, zunehmend aggressiv angegangen. Auch Linke schieben die Hauptverantwortung für die Eindämmung des Virus zunehmend auf die individuelle Ebene. Das geht jedoch an der Lebensrealität Geflüchteter vorbei. Menschen auf der Flucht haben nicht die Möglichkeit, zu Hause zu bleiben oder überhaupt ein Zuhause zu haben. Für andere ist ein Ausgang der einzige Weg raus aus den beengenden und bedrückenden Lagern. Der Ansatz, Verantwortung zu individualisieren, greift aber nicht nur bei Geflüchteten und Flüchtenden zu kurz.

Menschen mit Migrationshintergrund leiden in Deutschland insgesamt unter struktureller Benachteiligung. Viele erreichen die Informationen zu Corona weder medial noch haben sie Zugang zum deutschen Gesundheitssystem.

Zum anderen spielt aber auch die soziale Lage vieler Menschen mit Migrationshintergrund eine Rolle. Bei ihnen ist die Gefahr, in Armut zu leben, doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Migrationshintergrund. 2016 hatten mehr als ein Drittel der erfassten Wohnungslosen einen Migrationshintergrund. Weil sie überdurchschnittlich oft selbstständig sind, hat die Corona-Krise viele migrantische Menschen quasi über Nacht erwerbslos gemacht. Zudem hat fast die Hälfte der Arbeitslosen einen Migrationshintergrund. Als »systemrelevant« werden derzeit diejenigen Berufe bezeichnet, die der Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems und der öffentlichen Ordnung dienen. Von zuhause arbeiten ist hier nicht möglich. Bezeichnend ist: Die drei Berufsgruppen, in denen der Anteil von Arbeiterinnen und Arbeitern ohne deutsche

Staatsbürgerschaft am höchsten ist, sind »systemrelevant«: Reinigungskräfte (31,9 Prozent), in der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung (31,7 Prozent) sowie in der Tier- und Landwirtschaft (31,1 Prozent). Selbst bei gleicher Qualifikation werden ausländische Beschäftigte im Durchschnitt um bis zu 44 Prozent schlechter bezahlt als ihre deutschen Kollegen. Eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung von 2018 zeigt, dass Pflegekräfte mit Migrationshintergrund unter schlechteren Arbeitsbedingungen arbeiten als ihre Kollegen ohne Migrationshintergrund. Die Corona-Krise verschärft also bereits bestehende Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt.

Diese Menschen anzuprangern, weil sie sich mit der eigenen Bezugsgruppe im Park oder anderswo erholen und austauschen, ist der falsche Weg. Stattdessen muss die Linke diese Lage nutzen, um den hohen Anteil von Frauen - insbesondere Migrantinnen - in »systemrelevant« Berufen und deren schlechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung zum Thema zu machen.

Dazu muss sie an den Problemen und Bedürfnissen der Menschen ansetzen und soziale Forderungen an die wirklichen Verantwortlichen der Politik und Wirtschaft stellen: Sofortige Einstellung aller nicht notwendigen Produktion und Arbeitsfreistellung mit uneingeschränkter Lohnfortzahlung für alle Beschäftigten, Stopp von Zwangsräumungen, Wasser- und Stromsperrungen, Zurverfügungstellung leerstehenden Wohnraums und Hotelanlagen für Wohnungslose und die Beendigung aller Sanktionen gegen Arbeitslose.

Denn die Corona-Krise offenbart: Die aufklaffenden Gräben sozialer Ungerechtigkeit treffen überproportional Migrantinnen und Migranten. ■

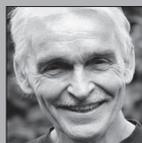
Die Seuche des Rassismus



Auch in der Coronakrise setzt die AfD auf Rassismus. Sie knüpft dabei nahtlos an die Propaganda an, mit der faschistische und rassistische Parteien in Deutschland seit mehr als hundert Jahren den drohenden »Volkstod« beschwören

© Stutzmann

VON VOLKHARD MOSLER



VOLKHARD MOSLER

ist Redakteur von theorie21.

Seuchen waren immer schon ein Politikum. Dabei wurden und werden sie »externalisiert«, sie werden als vom Ausland und von Fremden ins Land getragene Krankheiten ausgemacht oder gar zu bewusst inszenierten Angriffen religiöser oder ethnischer Minderheiten auf Gesundheit und Leben der Mehrheitsgesellschaft erklärt.

Das Urmodell solch einer auf »fremde« Sündenböcke zielenden Externalisierung von Krankheiten waren die Judenpogrome in Deutschland und Europa zwischen 1347 und 1351. Im späten Mittelalter hatten sich Pesterreger in großen Teilen der damals schon vernetzten Welt verbreitet. Die Pest wurde durch

Tierflöhe auf Menschen übertragen. Schiffsverkehr und internationale Handelsstraßen sorgten dafür, dass es zur Ausbreitung und zur ersten Pandemie der Menschheit kam. Vielerorts wurden die Juden dafür verantwortlich gemacht und es kam in zahlreichen Städten zu Pogromen.

Heute knüpft die AfD an dieses Urmodell des Rassismus an. In allen ihren Stellungnahmen zur Corona-Epidemie fordert die AfD an erster Stelle die Schließung der Grenzen und »Einreiseverbote für Personen aus besonders belasteten Staaten«. Aber nationale Abschottung ist in Zeiten globaler Mobilität keine Lösung, vor allem dann nicht, wenn der Krankheitserreger längst alle Grenzen überschritten hat.



© wikimedia / Bundesarchiv / Bild 102-16748 / CC-BY-SA

Ein »Informationsplakat«
aus der Ausstellung
»Wunder des Lebens«
1935 in Berlin: Die
**Gesundheitspolitik der
Nationalsozialisten**
war geprägt von
Rassismus und
Behindertenfeindlichkeit

Geflüchtete sollen entmenschlicht werden

Dass es ihr nicht darum geht, das Coronavirus und seine Ausbreitung zu bekämpfen, sondern ihren Hass auf Migranten und Flüchtlinge zu verbreiten, zeigt ein Antrag der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag mit dem Titel »Grenzen sichern – akute Gefahren für die Sicherheit aller unverzüglich abwehren« vom 4. März. Erste Forderung des Antrags lautet: Durch »eine unverzügliche Großübung an den deutschen Außengrenzen des Freistaats Sachsen« solle die Bereitschaftspolizei Sachsens »Handlungswilligkeit zur Unterbindung der illegalen und unkontrollierten Einreise zeigen«. Tschechische und polnische Polizeieinheiten sollten in die »Vollübung« eingebunden werden.

Nun können vorübergehende Grenzschließungen unter dem Gesichtspunkt der Infektionsbekämpfung sinnvoll sein, wenn dadurch noch gering oder nicht von Infektionen betroffene Gebiete vor dem Austausch mit belasteten Gebieten geschützt werden. Da aber Bayern schon Anfang März, dem Zeitpunkt der Antragstellung, bereits achtmal mehr Corona-Fälle hatte als Polen und beide »Länder« an Sachsen angrenzen, hätte eine Grenzschließung allenfalls an der sächsisch-bayerischen Grenze Sinn ergeben. Der Antrag gegen die »akute Gefahr für die Sicherheit« der sächsischen Bevölkerung ist für die AfD aber nur ein Vorwand, um ihre Hetze gegen Migranten und Flüchtlinge betreiben zu können. Im Antrag gibt die AfD auch unumwunden zu, dass sich die Maßnahmen »nicht gegen tschechische oder polnische Staatsbür-

ger« richteten, sondern gegen illegal eingereiste Personen, die man in »medizinisch notwendige Quarantäne« nehmen müsse. Warum aber sollten die gefassten »illegalen« Zuwanderer, die über die tschechische oder polnische Grenze nach Sachsen gelangen, unter Quarantäne gestellt werden, polnische oder tschechische Staatsbürger jedoch nicht?

Die sächsische Landtagsfraktion der AfD setzt hier jedoch nur um, was die Partei bereits in ihrem Europawahlprogramm von 2018 unter der Überschrift »Schutz der Bevölkerung vor Infektionskrankheiten und Epidemien« beschlossen hatte. Auch hier ging es nicht um Gesundheitsschutz, sondern um Rassismus. Die einzigen »Schutzmaßnahmen«, die der AfD einfielen, sind »verbindliche Untersuchungen von anerkannten Migranten«, die »alle meldepflichtigen Erkrankungen umfassen« sollen.

Dahinter steckt eine klare Strategie, die in der Geschichte der rassistischen Agitation in Deutschland keineswegs neu ist: Flüchtlinge und Zugewanderte sollen als Träger von Krankheiten und als Seuchengefahr verunglimpft und damit letztlich entmenschlicht werden. So begründet die AfD ihre Forderung mit der Behauptung, dass »seit Beginn der Flüchtlingskrise [...] ein signifikanter Anstieg meldepflichtiger Infektionskrankheiten zu verzeichnen« sei.

Das für die Erfassung und Veröffentlichung der Statistiken zuständige Robert-Koch-Institut (RKI) hatte seit 2015 zunächst gesonderte Zahlen für Infektionserkrankungen bei Geflüchteten erhoben, dies dann aber ab Januar 2018 eingestellt. Die Begründung lautete: »Das RKI sieht derzeit keine erhöhte Infektionsgefährdung der Allgemeinbevölkerung durch Asylsuchende.« Die AfD behauptete dagegen, das RKI habe die Veröffentlichung »aus politischen Gründen ausgesetzt«, um das wahre Ausmaß der Gefährdung der Bevölkerung durch den Zustrom von Migrantinnen und Migranten zu verschleiern.

Diese Mischung aus Verschwörungstheorie und Desinformation ist nichts Neues. Das Ziel: diffuse Ängste zu schüren und die menschenfeindliche Ausgrenzung von ganzen Bevölkerungsgruppen zum eigenen Vorteil zu nutzen. Dabei beschränkt sich die AfD mit ihrer Hetze jedoch nicht auf Flüchtlinge, sondern fordert die namentliche Erfassung von meldepflichtigen Infektionskrankheiten und ärztlichen Untersuchungsergebnissen auf einem biometrischen Gesundheitspass für sämtliche »anerkannte Migranten«. Demnach wären etwa zehn Millionen legal in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer gezwungen, solche Gesundheitspässe bei sich zu tragen.

Diese Forderung der AfD steht im klaren Widerspruch zum Infektionsschutzgesetz, das eine »Pseudonymisierung« der Daten für das elektronische Meld- und Informationssystem vorschreibt – ganz zu schweigen davon, dass solche Maßnahmen natürlich nicht auf einzelne Bevölkerungsgruppen beschränkt sein dürften. Zudem steht die Forderung der AfD im Wi-

derspruch zur ärztlichen Schweigepflicht. Namenslisten von erkrankten oder infizierten Personen wären jederzeit abrufbar. Dem politischen Missbrauch von Krankenakten stünde nichts mehr im Weg. Es wäre ein erster Schritt zur Schaffung einer Gesundheitspolizei, wie sie in Form der Gesundheitsämter während des Nationalsozialismus schon einmal in Deutschland existierte.

Die Forderungen der AfD erinnern an die Propaganda der NSDAP

Und auch die Forderung an sich erinnert frappierend an die Propaganda der NSDAP während der Weimarer Republik sowie der völkisch-nationalistischen Bewegung im deutschen Kaiserreich. Denn faschistische und rassistische Parteien haben in Deutschland schon seit mehr als hundert Jahren den drohenden Volkstod beschworen. Im Kaiserreich warnten konservativ-völkische Politiker vor einer »Polonisierung« Ostdeutschlands und in der Weimarer Republik hetzte die völkische Rechte vor allem gegen die Zuwanderung von »Ostjuden«.

Als Osteuropa und Russland in den Jahrzehnten vor und nach dem ersten Weltkrieg von einer Welle antisemitischer Pogrome erschüttert wurden, kam es zu einer großen Fluchtbewegung in das Deutsche Reich. Die Reichsregierungen warnten vor »kriminellen Ostjuden«, die zudem Träger ansteckender Krankheiten seien. Als in Hamburg 1892 fast 9000 Menschen einer Cholera-Epidemie zum Opfer fielen, setzte eine wilde antisemitische Agitation ein, die den »Ostjuden« die Schuld an der Epidemie gab.

Die Historikerin Christina Heizmann fasst in ihrer Dissertation »Fremd in der Fremde« den Missbrauch der Seuchengefahr durch die Antisemiten so zusammen: »Die Darstellung von Juden als einer medizinisch-hygienischen Gefahr für deutsches Volk und Territorium wurde zu einem festen argumentativen Muster, das die Gefahr durch die Zuwanderung von jüdischen Flüchtlingen eindrucksvoll unterstrich.« Metaphern aus der Bakteriologie wurden auf die Jüdinnen und Juden angewandt: »So wie Bakterien als Fremde und Feinde den Körper eines bisher Gesunden gefährdeten, bedrohten auch die Juden durch ihre Einwanderung in »Massen« die Sicherheit und Gesundheit des Reichs.«

Das damals in Osteuropa weit verbreitete Fleckfieber wurde als »Judenkrankheit« bezeichnet. Da die

Krankheit vorwiegend durch Wanzen, Flöhe und Läuse übertragen wurde, war schnell die Assoziation von Juden mit »Ungeziefer« hergestellt. Die verbale Entmenschlichung durch Tiervergleiche ging der realen, physischen Vernichtung voraus.

Adolf Hitler und seine NSDAP konnten nahtlos an die frühere antisemitische Propaganda anknüpfen. In seiner Hetzschrift »Mein Kampf« beschrieb Hitler Mitte der 1920er-Jahre »den Juden« wie folgt: »Er ist und bleibt der typische Parasit, ein Schmarotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet (...) wo er auftritt, stirbt das Wirtsvolk nach kürzerer oder längerer Zeit ab.« Von da war es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Vernichtungsrhetorik des Holocaust. Anfang November 1941 schrieb Hitlers Propagandaminister Josef Goebbels nach einem Besuch des Ghettos von Wilna in sein Tagebuch: »Die Juden sind die Läuse der zivilisierten Menschheit. Man muss sie irgendwie ausrotten, sonst werden sie immer wieder ihre peinigende und lästige Rolle spielen.« Heinrich Himmler, Reichsführer der SS und Organisator der Judenvernichtung, äußerte sich ähnlich: »Sich von Läusen zu befreien, ist keine Frage der Ideologie, sondern eine Sache der Sauberkeit.«

Die Geschichte der rassistischen Agitation gegen Geflüchtete und das, was die Nazis daraus machten, zeigt eines ganz deutlich: Hitler und seine Mörderbande haben die Sprache der Bakteriologie für ihren Antisemitismus nicht erfunden, diverse konservative Innenminister des Kaisers hatten zuvor die aus dem Osten flüchtenden Jüdinnen und Juden als Krankheitsträger, Kriminelle und Schmutzkonkurrenz auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten entwürdigt und zu Menschen zweiter Klasse erklärt.

Die Nazis haben lediglich den Schmutz aufgelesen und »angereichert«, den andere aus der bürgerlichen Gesellschaft, meist aus konservativ-reaktionären Kreisen, vorgefertigt hatten.

Ebenso sehen wir heute, wie die AfD anknüpfen kann an die islamfeindliche und rassistische Ideologie, die bürgerliche Politiker von Sarrazin bis Seehofer seit Jahren verbreiten. Wenn die AfD heute Geflüchtete und Migranten als Seuchenträger diffamiert, ist dies nur der erste Schritt, sie direkt zu »Parasiten« zu erklären. ■

»Die Juden sind unser Unglück« und andere antisemitische Parolen auf einem Werbekasten der Zeitschrift »Der Stürmer« im Jahr 1935



Klassenkampf in Zeiten des Virus



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA



AUMENTIAMO
LE DIFESE
TUTELIAMO CHI LAVORA

In der Coronakrise steht die Arbeiterklasse an vorderster Front. Doch viele sind nicht ausreichend abgesichert. Darum geht der Kampf um Arbeiterrechte auch jetzt weiter

VON MARK BERGFELD

Nachdem die vom Coronavirus befallenen Passagiere evakuiert wurden, musste das im Hafen von Yokohama stehende Kreuzfahrtschiff »Diamond Princess« gründlich gereinigt werden. Eine australische Reinigungs-

MARK BERGFELD

schreibt einen regelmäßigen Newsletter mit Analysen zur Arbeitswelt und gewerkschaftlichen Kämpfen: www.tinyletter.com/mdbergfeld.



Reinigungskräfte

an einer Schule im australischen Bundesstaat Victoria haben mit ihrer Gewerkschaft United Workers Union mehr Personal und eine bessere finanzielle Ausstattung durchgesetzt, um die Coronakrise zu meistern

firma gewann die Ausschreibung und schickte seinen Angestellten eine SMS, in der sie ihnen eine »große Chance« auf eine Woche Arbeit anbot. Es handelte es sich um Schulreinigungskräfte, die im Umgang mit solch gefährlichen Bedingungen unerfahren waren. Doch angesichts ihrer niedrigen Löhne mussten ihnen die versprochenen umgerechnet 2700 bis 3300 Euro attraktiv erscheinen.

Glücklicherweise war die Gewerkschaft United Workers Union nicht bereit, die nachlässige Haltung der Unternehmensleitung hinzunehmen. Sie protestierte am Unternehmenssitz und forderte die Reinigungskräfte auf, die Arbeit nicht anzutreten, da die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen alles andere als transparent waren. Weder erhielten die Reinigungskräfte eine spezielle Ausbildung, noch wurden sie auf ihren eigenen Gesundheitszustand hin untersucht.

Der Streit um die »Diamond Princess« illustriert ein Problem, das in der medialen Darstellung der Corona-Krise kaum vorkommt: Es wird viel darüber berichtet, wie Regierungen und Unternehmen mit der Pandemie umgehen. Weniger Aufmerksamkeit wird jedoch der Frage geschenkt, wie die Arbeitswelt umgestaltet wird – und noch weniger der Belastung der Beschäftigten selbst.

Dabei ist es die Arbeiterklasse, die mit den Auswirkungen dieser Krise fertig werden muss, und zwar

nicht nur die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Von Liefer-Service-Fahrern in Wuhan, die eine unter Quarantäne gestellte Bevölkerung ernähren, bis hin zu Reinigungskräften und Hausmeisterinnen und Hausmeistern, die an vorderster Front gegen die Verbreitung des Virus stehen.

Dies zeigt, wie absurd es ist, dass sie oft zu den am schlechtesten Bezahlten zählen.

Angesichts dieser Situation sollte das Coronavirus nicht nur als eine Naturkatastrophe behandelt werden. Die Gewerkschaften müssen sich dringend organisieren, um die Sicherheit der Beschäftigten zu schützen und dafür sorgen, dass sie sowohl den verdienten Lohn als auch den notwendigen Schutz erhalten. Darüber hinaus werden die Gewerkschaften alles tun müssen, damit die Kosten des wirtschaftlichen Abschwungs nicht von den Belegschaften übernommen werden.

Die Bosse werden immer darüber klagen, dass zu viel blau gemacht wird. In Zeiten des Coronavirus sollte jedoch das Gegenteil Sorgen machen, nämlich dass sich Menschen gezwungen sehen, zur Arbeit zu gehen, obwohl sie krank, gefährdet oder durch Kinderbetreuung doppelt belastet sind. Das betrifft natürlich besonders Länder ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Das ungleiche Kräfteverhältnis am Arbeitsplatz – die Tyrannei der Chefs und das Bedürfnis der Arbeiterklasse nach Lohn – erzwingt eine irrationale Entscheidung, die die Gesellschaft als Ganzes gefährdet. Was als »Loyalität« zum Arbeitgeber gilt, ist illoyal gegenüber Kolleginnen und Kunden.

Eine kleine Welle an wilden Streiks

Immer mehr Firmen lassen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Hause arbeiten, um zu verhindern, dass sich ihre Belegschaften mit dem Virus anstecken und sie dadurch weitere Arbeitstage verlieren. Selbst gewerkschaftsfeindliche Unternehmen wie Walmart in den USA haben nun ihre Gesundheitsmaßnahmen und

den Schutz der Beschäftigten ausgebaut. Aber das wird nur einen geringen Einfluss auf die Ausbreitung der Pandemie haben, denn Millionen von Beschäftigten im Dienstleistungs- und produzierenden Gewerbe müssen am Arbeitsplatz anwesend sein, um ihre Arbeit zu verrichten.

Dies hat zur Folge, dass in verschiedenen europäischen Ländern eine kleine, aber bedeutende Welle an wilden Streiks entsteht. In der belgischen Stadt Lüttich haben Busfahrerinnen und Busfahrer ihre Arbeit spontan niedergelegt, da die Regierung den öffentlichen Straßenverkehr weiterlaufen lässt. In Großbritannien, wo die Tory-Regierung keinerlei Schutzmaßnahmen anordnet, treten seit Mitte März Reinigungskräfte in den Krankenhäusern täglich in

den Streik, da die ausgelagerten Unternehmen diese ohne adäquaten Schutz weiterarbeiten lassen, ihnen weiterhin nur den Mindestlohn bezahlen und ihnen keinen Lohn zusteht, falls sie erkranken. In Italien sind mittlerweile Belegschaften bei Fiat sowie andere Beschäftigtengruppen in den wilden Streik getreten. Damit zeigt die gegenwärtige Krise neue Handlungsmöglichkeiten für Beschäftigte und deren Gewerkschaften auf. Darüber hinaus verändert das Virus nicht nur die Arbeitskultur, sondern auch den Arbeitsinhalt. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die in Branchen tätig sind, die zur Krankheitsprävention beitragen, wie Reinigungs- und Gesundheitspersonal, medizinisches Personal, das die schlimmsten Auswirkungen des Virus beheben kann, sowie andere, die das Virus möglicherweise verbreiten könnten. In Nigeria wurden ganz normale Wachleute beauftragt, das Desinfektionsmittel an Personen zu verteilen, die Gebäude betreten. Der Einsatz der am schlechtesten bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verhinderung eines Ausbruchs sollte mit zusätzlichen Vorteilen für diese riskante Arbeit einhergehen. Leider ist dies eher nicht der Fall. Die am stärksten unter Druck Stehenden werden stattdessen mit mehr Verantwortung belastet. Jeder, der in solchen kundenorientierten Dienstleistungsberufen arbeitet, weiß nur zu gut, wie schnell sich zusätzliche kleine Aufgaben anhäufen und unüberschaubar werden. Dies gilt umso mehr, wenn Krankheit den Personalmangel noch verschärft.

Beschäftigte im Gesundheitswesen sind nicht besser dran. Der chinesische Ausbruch zeigt auf eindrucksvolle Weise, wie die Überlastung der Krankenhauspersonals die gesamten Bemühungen zur Bekämpfung des Virus untergräbt. Hier haben sich mehr als 3000 Angestellte im Gesundheitswesen mit dem Coronavirus angesteckt, acht davon sind gestorben. In einem Fall infizierte ein Patient, der in ein Krankenhaus in Wuhan eingeliefert wurde, mindestens zehn medizinische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Mangel an medizinischer Versorgung, die immer höhere Zahl von Infizierten und die hohe Übertragbarkeit des Virus, verbunden mit Stress, langen Arbeitszeiten und unterbesetzten Krankenhäusern, schaffen einen Teufelskreis für diejenigen, die die Krise bewältigen sollen.

Auch prekär Beschäftigte in der sogenannten Gig Economy sind besonders stark gefährdet. Dennoch gehören sie zu den am wenigsten Geschützten. Scheinselbstständige können sich nicht krankschreiben lassen und haben in vielen Ländern gar keine Krankenversicherung. Die »Washington Post« berichtet, dass Lyft-Fahrerinnen und -Fahrer ihre Autos schrubben. Natürlich werden sie für die Zeit, die sie für die Reinigung aufwenden, nicht bezahlt. Im Gegensatz zu Lyft schickte Konkurrent Uber seinen Fahrerinnen und Fahrern immerhin eine Nachricht mit den Vorichtsmaßnahmen, die sie treffen sollten. Dies unter-



© Stan Wiechers / CC BY-SA / flickr.com

© Viewminder / CC BY-NC-ND / flickr.com

Oben: Kellnerin in einem typisch amerikanischen Diner: Etwa 80 Prozent der Erwerbstätigen in den USA arbeiten im **Dienstleistungssektor**. Ein großer Teil der Jobs ist prekär und schlecht bezahlt. Das gilt umso mehr für die etwa elf Millionen Menschen, die sich illegal im Land aufhalten

Unten: Verfallene Häuser in der ehemaligen Automobilmetropole Detroit im US-Bundesstaat Michigan. Arbeitslosigkeit und Armut führten hier zu einem drastischen **Bevölkerungsrückgang**. Ganze Viertel der einstigen Millionenstadt sind heute verfallen. Zurück bleiben die Ärmsten. Über 80 Prozent der Bevölkerung sind Afroamerikanerinnen und -amerikaner

streicht aber nur die Realität, dass sie eigentlich Angestellte sind und als solche behandelt werden sollten. Die Beschäftigungsmodelle dieser Unternehmen, ihr algorithmisches Management und ihre Kontrolle über die Beschäftigten sind in Zeiten des Coronavirus unhaltbar. Der Mangel an Transparenz oder grundlegenden Arbeitsrechten – wobei die Unternehmen nichts unternehmen, um die Beschäftigten vor der Verbreitung des Virus zu schützen – trägt inzwischen zu Rassismus bei, da einige Fahrer sich weigern, asiatisch aussehende Passagiere aufzunehmen.

Gegenwärtig sieht es so aus, dass das Coronavirus die bestehenden Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen wird. Aber die Arbeiterbewegung sollte die Arbeitgeber nicht vom Haken lassen, als wären sie nur Opfer der Situation. Die Unternehmen sollten Schutzkleidung bereitstellen, mehr Heimarbeit anbieten und zusätzliche bezahlte Krankentage und Gesundheitsleistungen anbieten. Unterdessen haben die Sicherheitskräfte am Frankfurter Flughafen gefordert, dass sie Gesichtsmasken tragen dürfen. Obwohl Gesichtsmasken die Verbreitung des Virus nicht unbedingt verhindern, sollten die Gewerkschaften auf jeden Fall verstärkte Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen für die Beschäftigten an vorderster Front fordern. Wie bei jeder Krise stellt sich die Frage, wer die Rechnung bezahlen wird. Die Arbeiterbewegung sollte darauf bestehen, dass die Unternehmer Verantwortung übernehmen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Öffentlichkeit zu schützen. ■

Lohn für Quarantäne

Ganz Italien steht unter Quarantäne! Ganz Italien? Nein! Während das öffentliche Leben ruht, sollen Lohnabhängige weiterhin zur Arbeit gehen. Die Beschäftigten wehren sich dagegen

VON YAAK PABST



YAAK PABST
ist Redakteur
von marx21.

Italien ist nach China besonders vom Coronavirus betroffen. Das Land hat die meisten Coronavirus-Fälle in ganz Europa. Die italienische Regierung war eine der ersten Regierungen in Europa, die Quarantäneregulungen auf das ganze Land ausgedehnt hat. Das öffentliche Leben wurde massiv eingeschränkt und viele Betriebe wurden geschlossen – alle »nicht wesentlichen« Geschäfte wurden zur Schließung aufgefordert, beispielsweise Bars, Restaurants oder Friseure.

Beschäftigte wehrten sich mit »wilden« Streiks

Gleichzeitig hat die Regierung in Italien aber mit den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vereinbart, dass die Fabriken trotz der Coronapandemie weiterhin produzieren. Die Absprache beinhaltet zwar höhere »Sicherheitsstandards« für die Beschäftigten. So hätten diese Anspruch auf Schutzausrüstung wie Atemmasken, wenn sie keinen Sicherheitsabstand halten könnten. Doch den Beschäftigten reichte dies nicht und vor Ort mangelt es an der Umsetzung des Gesundheitsschutzes. Die Beschäftigten haben sich deshalb mit »wilden« Streiks gegen die unzureichenden Maßnahmen der Regierung und der Unternehmen im Zuge der Coronakrise gewehrt. Sie organisieren sich gegen eine Politik, bei der die Sicherung der Profite über das Leben



der Menschen gestellt wird. Begonnen hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter im Fiat-Automobilwerk in Pomigliano bei Neapel. Sie traten spontan in den Streik. Die Firmenchefs kündigten daraufhin an, dass das Werk und drei andere Werke in Melfi, Cassino und Atessa, die alle im Süden des Landes liegen, vorübergehend komplett stillgelegt werden sollen. Nur ein paar Tage später traten dann die Arbeiter und Arbeiterinnen eines weiteren Fiat-Werkes in Termoli, ebenfalls in Süditalien, in den Streik.

Die Gewerkschaft erklärt dort: »Die großen Werke sind Orte, die die Menschen zusammenbringen, von den Bussen über die Fließbänder bis hin zur Kantine. Es ist Unsinn, dass der Staat alles schließt, angefangen bei den Schulen, die Mobilität einschränkt und Geldstrafen über diejenigen verhängt, die sich nicht an die Regeln halten. Aber die italienische Regierung hat die Fabriken nicht geschlossen. Sie sagt immer wieder, man solle zu Hause bleiben, aber gleichzeitig laufen die Fließbänder weiter und die Beschäf-

tigten bringen sich und ihre Familien in Gefahr. Wir werden den Streik dann beenden, wenn Unternehmen und Regierung uns den Lohn für Fehlzeiten zahlen und die Produktion komplett stoppen.« Auch diese Fabrik schlossen die Fiat-Chefs. Die Entscheidung der Regierung, Geschäfte und Läden in Italien zu schließen, aber nicht die Fabriken, hat nicht nur bei den Fiat-Beschäftigten zu großem Unmut geführt. Von Brescia bis Mantua und in den Provinzen

Lohnfortzahlung durch den Staat

Asti, Vercelli und Cuneo in Norditalien gab es eine Welle spontaner Streiks. Im Stahlwerk von Terni und auf den Werften von Venedig gab es Arbeitsniederlegungen. Die Hafenarbeiter in Genua haben ebenfalls gestreikt, um bessere Sicherheitsmaßnahmen für die Beschäftigten durchzusetzen. 450 Beschäftigte streikten bei der Bekleidungsfirma Corneliani unter dem Motto: »Es gibt keine Bürger erster und zweiter Klasse – Gesundheit betrifft alle Menschen gleichermaßen«. Die Gewerkschaft schrieb: »Wir werden bis Montag zu Hause bleiben, weil die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten in unserem Produktionsbereich nicht gewährleistet sind. Wir warten darauf, dass sich etwas ändert! Wir werden diese Pandemie und diese Angst nur gemeinsam besiegen, wir wiederholen es immer wieder: Zullererst geht es um die Gesundheit, die Gesundheit aller!«

Auf die Frage, was die Hauptforderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sind, sagte ein Vertrauensmann einer Basisgewerkschaft des Unternehmens GKN: »Die erste Forderung lautet auf sofortige Schließung aller Produktionsstätten, abgesehen natürlich von Geschäften und Fabriken, die Lebensmittel, Medizin oder technische Ausrüstung für Krankenhäuser verkaufen oder herstellen. Es gibt aber noch einen zweiten wesentlichen Aspekt: Das ist der Versuch der Bourgeoisie, die Kosten der Krise auf die Arbeiterinnen und Arbeiter abzuwälzen. Das wird in den kommenden Monaten ohne Zweifel ein kritischer Faktor sein. Wir fordern deshalb keine Entlassungen und Übernahme der Lohnfortzahlung durch den Staat.«

Auch die Metallarbeiter in ganz Norditalien verließen ihre Betriebe ohne offizielle Genehmigung. Ein sehr hoher Anteil der Beschäftigten in den piemontesischen Provinzen Asti, Vercelli und Cuneo legten am Donnerstag die Arbeit in den Unternehmen MTM, IKK, Dierre und Trivium nieder. Auch in der Nähe von Brescia in der Lombardei gab es einen Streik. Dies veranlasste die Metallarbeitergewerk-



Streik mit **Mundschutz** und zwei Meter Abstand ist immer noch Streik

schaften FIM, FIOM und UILM dazu, die Einstellung der Produktion in allen metallverarbeitenden Betrieben zu fordern.

In der Erklärung heißt es: »Angesichts der allgemeinen Schwierigkeit einer zielgerichteten und schnellen Anwendung der von der Regierung vorgeschriebenen Gesundheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz, für die wir klare und verbindliche Regeln für die Unternehmen fordern, und fehlender persönlicher Schutzausrüstung, die nötig ist, um Ansteckungen zu verhindern, halten die Gewerkschaften FIM, FIOM und UILM es für notwendig, alle metallverarbeitenden Unternehmen, unabhängig vom jeweiligen Tarifvertrag [...] vorübergehend zu schließen, um alle Arbeitsplätze zu reinigen, sicher zu machen und neu zu organisieren. Wir fordern daher, dass die Produktionseinstellung zunächst aufgrund tarifvertraglicher Regeln oder möglichst sozial abgefedert wird, wenn dies in den Vorschriften vorgesehen ist; andernfalls erklären wir ab sofort einseitig den landesweiten Ausstand im gesamten Produktionsbereich, unabhängig vom jeweiligen Tarifvertrag. Wir rufen einen unbefristeten Streik aus.«

Die Gewerkschaft Filcams hatte besondere Maßnahmen für die Beschäftigten in den Betrieben der norditalienischen Lombardei durchgesetzt. Unternehmen wie Zara, H&M und Carrefour stellen Beschäftigte frei oder ermöglichen flexible Arbeitszeiten, sodass die Beschäftigten sich um ihre Kinder kümmern können, solange viele Schulen geschlossen sind. Die Gewerkschaft hat außerdem die Zusicherung der Unternehmensleitung erhalten, dass in den Geschäften Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt werden und tagsüber die Handreinigung ermöglicht wird. Außerdem sollen den Beschäftigten Handschuhe und Gesichtsmasken angeboten werden.

Die Firmen haben auch zugestimmt, für den Fall der Zwangsschließung die Lohnfortzahlung zu übernehmen. Claudia, eine Mitarbeiterin von Zara in Mailand, sagte: »Dank meiner Gewerkschaft kann ich mich um meine Tochter kümmern. Wir können flexibel arbeiten und werden freigestellt, während die Schulen geschlossen sind«. Die Region Lombardei, zu der auch Mailand gehört, sowie das Veneto um Venedig sind mit Hunderten von gemeldeten Fällen ein Zentrum der Infektion mit dem Coronavirus.

Angesichts der durch das Coronavirus ausgelösten Krise kommt nicht nur in Italien ans Licht, dass Millionen von Beschäftigten gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. Betriebliche Proteste, Streiks und Selbstorganisation sind wichtig, um Schutzmaßnahmen in den Betrieben einzufordern und durchzusetzen. Die sofortige Stilllegung der Produktion bei vollem Lohnausgleich ist eine zentrale Forderung. Die Beschränkung der Produktion auf die notwendigen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge kann entscheidend dazu beitragen, die Verbreitung des Virus einzudämmen. ■

ANZEIGE

Das neue marx21-Format im Sommer: Die »marx21 Pocket-Edition«. Das sind Broschüren zu einem einzelnen Thema, mit dem wir uns tiefer auseinandersetzen wollen. Die zweite Ausgabe hat den Titel »Faschismus – damals und heute«. Jetzt bestellbar!

Faschismus – damals und heute | marx21 Pocket Edition | 190 Seiten | 9,50 Euro | 2019

Bestellungen über: www.editionaurora.de

Kein Burgfrieden!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt die Krisenmaßnahmen der Bundesregierung. Das reicht nicht: Die Gewerkschaften brauchen eine eigenständige, weitergehende Antwort auf die Krise

VON STEFAN BORNOST

Mitte März haben die Spitzen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) und der Unternehmervereinigung BDA ein gemeinsames Statement unter dem Titel »Die Sozialpartner stellen gemeinsame Verantwortung in der Coronakrise über Differenzen« herausgegeben.

In dem Statement wird auf die aus Sicht von DGB und BDA gelungene Krisenbewältigung der Finanzkrise 2008/09 verwiesen: »Die Sozialpartner haben damals in Zusammenarbeit mit der Politik, als Tarifpartner und auf betrieblicher Ebene wesentlich dazu beigetragen, dass die Menschen in Arbeit und die Unternehmen im Markt blieben.« Als Konsequenz begrüßt der DGB die Wiederkehr der Krisenbewältigungsinstrumente von 2008/09: Die unbegrenzte Liquiditätsgarantie für Unternehmen und das Kurzarbeitergeld. Nun ist aber der Verweis auf das Handeln in der Finanzkrise 2008/2009 doppelt problematisch. Zum einen besteht die Gefahr der Geschichtsklitterung: Die viel beschworene Gemeinsamkeit zwischen Bossen und lohnabhängig Beschäftigten endete in der Finanzkrise bei der Lastenverteilung. Denn diese war alles andere als gleich. Die großen Unternehmen und insbesondere die Banken wurden vom Staat über Wasser gehalten und haben sehr bald nach der Stabilisierung wieder hohe Profite in den Bilanzen ausweisen können. Bei den Beschäftigten hingegen gab es in den Jahren 2008 bis 2010 Reallohnverluste, gefolgt von Lohnstagnation in den beiden Folgejahren. Das Kurzarbeitergeld wurde zum Teil von den Beiträgen der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst, zum Teil

durch einen Bundeszuschuss über Steuern finanziert. Es glich die Einkommensverluste der Arbeitnehmer nicht aus.

Die Regierung Schröder (1998-2005) hatte schon vor Jahren dafür gesorgt, dass die Kosten kommender Krisen leichter auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden können. So wurden Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, deren große Zahl Gerhard Schröders »Arbeitsmarktreformen« erst möglich gemacht haben, als »Puffer« für die Dauer der Krise entlassen.

Die Altersvorsorge hat die Regierung Schröder mit der Riesterrente zum Teil den Finanzmärkten anvertraut. Wertverluste auf den Finanzmärkten gehen auch zu Lasten von Rentenansprüchen aus diesen privaten (aber staatlich geförderten) Rentenversicherungen. Die niedrigen Zinsen aufgrund der Krise führen dazu, dass Sparprogramme für die Altersvorsorge kaum mehr etwas abwerfen.

Entgegen den ersten Ankündigungen der Finanzminister blieb auch das spekulative Geschäftsmodell der Banken unangetastet. Das komplette Bail-Out der Banken durch den Staat hat die Risikobereitschaft eher angeheizt.

Im Licht dieser Ungleichgewichte in der Lastenverteilung sollte gewerkschaftliches Handeln genau keine Wiederholung des Pakts mit Unternehmern und Staat zu Lasten der Beschäftigten anstreben. Das erklärte Ziel des DGB, einen Rettungsschirm über Gesundheit und soziale Absicherung der Beschäftigten zu spannen, ist mit den Instrumenten von 2008/09 nicht zu realisieren. Der wesentliche Grund dafür ist die zweite Problematik des Vergleichs zu 2008/09: Eine Pandemie ist keine Finanzkrise, der Versuch, eine »Anste-

STEFAN BORNOST

ist ver.di-Gewerkschaftssekretär im Bezirk Berlin/Brandenburg und Autor von marx21.

ckung« der Finanzmärkte zu vermeiden, ist ein völlig anderes Unterfangen als die Begrenzung einer viralen Ansteckung zwischen Menschen.

Der offensichtlichste Unterschied: Ziel der Maßnahmen 2008/09 war, die Produktion von Waren und das Angebot von Dienstleistungen so weitgehend wie möglich aufrecht zu erhalten, damit Profite gemacht werden konnten und damit die Staatshilfen nicht so stark beansprucht wurden.

Heute ist es in weiten Teilen des Wirtschaftslebens genau umgekehrt: Damit das Virus sich nicht ausbreitet, ist es wichtig, dass die Menschen zu Hause bleiben und möglichst wenig soziale Kontakte haben.

Einfach und effektiv: gemeinsam nicht zur Arbeit erscheinen

Das heißt, oberstes Gebot für die Pandemiebekämpfung ist, dass außerhalb der kritischen Infrastruktur die Produktion von Waren und das Angebot von Dienstleistungen eingestellt wird, also die Leute nicht zur Arbeit gehen müssen.

Der schreiende Widerspruch der jetzigen, nach Stand der Wissenschaft auch korrekten Strategie der »sozialen Distanzierung« ist, dass Leute nach Möglichkeit zu Hause bleiben sollen, gleichzeitig aber mit wenigen Home Office-Ausnahmen aufgefordert sind, zur Arbeit zu gehen, um weiter Autos oder Waschmaschinen zu bauen oder Waren im Einzelhandel feilzubieten. Ziel ist natürlich, die Einbrüche der Unternehmensprofite abzufedern.

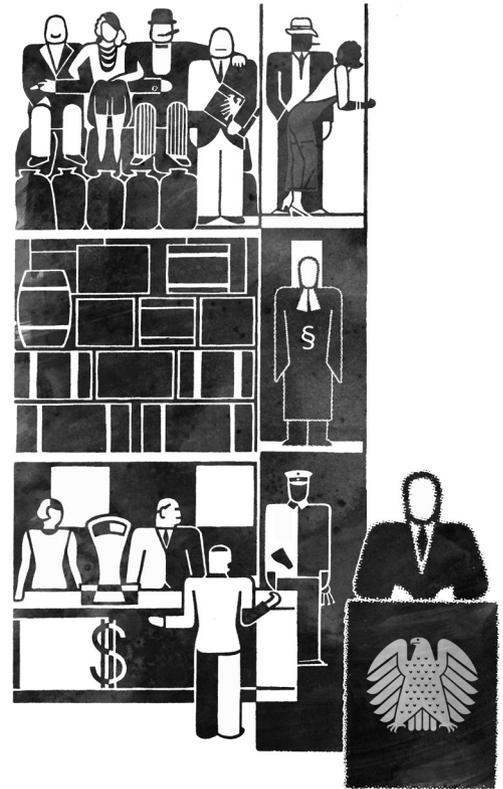
Beschäftigte, die dies aus Sorge um ihre und die allgemeine Gesundheit nicht tun oder durch Kinderbetreuung gebunden sind, sehen sich bisher noch mit dem kompletten Folterinstrumentarium der Arbeitszeitregelung und letztlich auch des Arbeitsrechts konfrontiert.

Zwangsurlaub, viele nachzuarbeitende Minusstunden auf dem Arbeitszeitkonto, Lohn einbußen, letztendlich die Kündigungsmöglichkeit bei mehrfachem Nichterscheinen.

Rückmeldungen aus diversen Betrieben deuten an, dass die »Großzügigkeit« vieler Unternehmer darin besteht, mehr Minusstunden auf dem Arbeitszeitkonto zu erlauben.

Das heißt, neben den enormen Lasten der akuten persönlichen Krisenbewältigung müssen Beschäftigte irgendwann all die Stunden nacharbeiten.

Aus dieser Gemengelage ergibt sich die jetzt notwendige zentrale politische Forderung der Gewerkschaft-



ten: Einstellung der Arbeit in den nicht "systemwichtigen" Bereichen bei vollem Lohnausgleich, ohne Rückgriff auf Urlaubstage und Überstundenkonten. Zur Refinanzierung hat die Bundesregierung gesagt, sie tut »whatever it takes«. Aufgabe von Gewerkschaften ist es nun, die Mittel aus den »unbegrenzten Maßnahmen« der Regierung zu den abhängig Beschäftigten zu lenken.

Das gewerkschaftliche Kampfmittel zur Durchsetzung ist denkbar einfach und effektiv: der massenhafte »Wegbleib«-Streik, das kollektive Nichterscheinen zur Arbeit. Die Effektivität dieser Kampfform besteht darin, dass Selbstschutz (soziale Distanzierung), Kampfziel (Schließung und Ende der Produktion) und Kampfform (Streik durch Nichterscheinen) hier zusammenfallen. Jeder Tag Zeitverlust bei der Organisation dieser Kampfmaßnahmen wird zu mehr Infektionen und Toten führen.

Diese unmittelbare Forderung wird beim Fortschreiten der Pandemie von der Realität überholt werden, da durch den Zusammenbruch der Lieferketten und Nachfrage große Teile der Produktion von allein zum Stillstand kommen.

Die Frage der Begrenzung der Folgen für die lohnabhängig Beschäftigten aber bleibt. Ein Kurzarbeitergeld von 60 Prozent des Lohns, wie es nun geplant ist, wäre eine erbärmliche Maßnahme, welche die Beschäftigten zu den großen Krisenverlierern macht.



Natürlich brauchen die Gewerkschaften für die Beschäftigten in der kritischen Infrastruktur, insbesondere für das Gesundheitswesen und die Grundversorgung, eine andere Linie. Ein Aufruf zum Fernbleiben wäre hier absolut verantwortungslos gegenüber Millionen anderen Arbeiterinnen und Arbeitern, die vom Weiterfunktionieren dieser Infrastruktur abhängig sind.

Gleichzeitig kann aber der gewerkschaftliche Vorschlag nicht sein, die Beschäftigten in diesen Sektoren jetzt bis zum Umfallen zu überarbeiten und dann im Falle einer Stabilisierung so weiterzumachen wie zuvor.

Zu Recht weist insbesondere die zuständige Gewerkschaft ver.di darauf hin, dass die seit Jahren stattfindende Privatisierung, Unterfinanzierung und der Personalabbau das Gesundheitswesen, aber auch andere Bereiche, schon in Nichtkrisenzeiten an den Rand des Zusammenbruchs gebracht haben.

Die deshalb erhobenen Forderungen nach kurz- und langfristigen Investitionen in das Gesundheitssystem sind richtig, treffen aber den Kern des Problems nicht. Die Coronakrise zeigt: Die Politik der letzten zwanzig Jahre, nach der die öffentliche Daseinsvorsorge sowohl adäquat die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen, als auch möglichst hohe Profite generieren soll, ist gescheitert. Die Profitorientierung geht zulasten der Bedürfniserfüllung und auch der Krisenfestigkeit. Fi-

nanzspritzen in das bestehende System beheben dessen strukturelle Fehler nicht. Deshalb ist die richtige, jetzt unverzüglich umzusetzende Forderung für den Bereich der kritischen Infrastruktur die vollständige Verdrängung der privaten, profitorientierten Stakeholder in der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Das Betreiben von Pflegeheimen, Krankenhäusern, Müllentsorgung, Wasseraufbereitung oder Energieversorgung setzt ein hohes Maß an sozialem und gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein voraus. Das besitzen die Beschäftigten in diesen Sektoren, die seit Jahren mehr Personal und bessere Ausstattung fordern, aber nicht die privaten Eigner oder Teilhaber.

Als Konsequenz sollte das unmittelbare gewerkschaftliche Kampfziel in diesen Bereichen zum einen die entschädigungslose Enteignung aller Privaten in der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Überführung ins öffentliche Eigentum sein, zum anderen die Übergabe der Kontrolle über die Betriebsabläufe an diejenigen, die sich am besten damit auskennen und wissen, was in der Krise notwendig ist: die Beschäftigten selbst.

Beschäftigten-Delegiertenstrukturen aus den verschiedenen Betriebsteilen können alle notwendigen Informationen zusammenführen, Beschlüsse fällen und so schrittweise in den nächsten Wochen die Funktionen der bisherigen Geschäftsleitungen übernehmen. So würde sichergestellt, dass das Leben rettende Krisenmanagement wirklich bei Experten anstatt bei Managern liegt.

Ein Ende der nicht essenziellen Produktion und Dienstleistungen ohne Einbußen bei den Beschäftigten, Enteignung der Privaten und Kontrolle durch die Beschäftigten in der kritischen Infrastruktur – mit diesen beiden zentralen Kampfzielen würden sich die Gewerkschaften im Interesse der Beschäftigten als eigenständiger Akteur gegenüber Unternehmern und Regierung aufstellen.

Hier stellt sich die Frage der Macht, insbesondere der betrieblichen Macht. Das Bild ist zweigeteilt. In den Bereichen, in denen die Produktion jetzt wegbricht, schwindet die Durchsetzungsmacht rapide – eine geschlossene Fabrik kann man nicht für das obige Programm bestreiken. Gleichzeitig konzentriert sich jetzt Macht sehr stark in den Bereichen der kritischen Infrastruktur. Hier werden die Beschäftigten aber nicht in den Arbeitskampf gehen, um die Millionen, die jetzt in der Krise von ihnen abhängig sind, nicht hängen zu lassen.

Als Druckmittel bleibt eine politische Kampagne für Arbeitsplatz- und Einkommensgarantie, Mitentscheidung in der kritischen Infrastruktur. Dazu müssen sich die Gewerkschaften aber schon jetzt als Gegenpol zur Krisenbewältigungsstrategie von Bundesregierung und Unternehmern aufstellen. Ansonsten droht eine Wiederholung der Erfahrung von 2008/09, nämlich die Abwälzung der Krise unter dem Deckmantel der Gemeinsamkeit. ■

2020

WELTWEITER WIDERSTAND



MEXIKO

Frauenkampftags Proteste

Auch nach dem internationalen Frauentag wird in Mexiko-Stadt weiter protestiert: Über 80000 Menschen sind gegen strukturelle Diskriminierung von Frauen und gegen geschlechtsbasierter Benachteiligung auf die Straße gegangen. Millionen Frauen haben am Arbeitsplatz oder zu Hause gestreikt. Die Proteste schließen an eine Serie von Femiziden an, die in Mexiko begangen wurden.



FRANKREICH

Frauenkampftags-Proteste

Während Macron nach wie vor eine faktische Auflösung der Rentensystems in Frankreich anstrebt, gehen die Beschäftigten auf die Straße. Dieses Mal versammelten sich Zehntausende am internationalen Frauentag. Dazu riefen sowohl Gewerkschaften auch Frauengruppen auf.



CHILE

Bildungs-Proteste

Die Proteste, die seit Oktober 2019 Chile erschüttert haben, werden auch im neuen Schuljahr von Schülern mitgetragen: So gingen Schülerinnen und Schüler auf die Straße, um gegen die strukturelle Ungleichheit und das vernachlässigte Bildungssystem zu protestieren. Dutzende Schüler wurden festgenommen. Die Schülerproteste sollen trotzdem weitergehen.



GRIECHENLAND

Menschenrechts-Proteste

Seitdem Tausende Geflüchtete an der türkisch-griechischen Grenze brutal misshandelt werden, regt sich auch bei den bereits ausharrenden Geflüchteten Widerstand: So protestierten einige Hundert Menschen gegen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Sammelunterkünften auf der Insel Lesbos.



KASACHSTAN

Anti-Repressions Proteste

Nachdem der kasachische Aktivist während der Haft in der Gefängniszelle gestorben war, gingen Hunderte Menschen auf die Straße, um gegen Polizeibrutalität und den kasachischen Präsidenten zu demonstrieren. Die Polizei griff hart durch: So wurden Dutzende bereits vor der Demonstration festgenommen. Der kasachische Präsident streitet eine unnatürliche Todesursache des Aktivisten ab.



PAKISTAN

Frauenkampftags Proteste

Tausende Frauen sind am internationalen Frauentag durch Pakistans Großstädte gezogen, um gegen religiöse Konversionen und öffentliche Belästigungen zu protestieren. Die Demonstrationen knüpfen an eine Reihe von Protesten an: So organisierten sich bereits ethnische Gruppierungen, Studenten und Frauen.

INDIEN

Bürgerrechts Proteste

Als Reaktion auf ein sehr umstrittenes Staatsbürgergesetz, das Muslimen eine indische Staatsbürgerschaft unmöglich machen würde, protestierten Tausende. Als die Polizei die Proteste niederschlug, entwickelte sich der Protest zu einem Aufstand. Mehrere Protestierende starben, zahlreiche Familien mussten ihre Ortschaften verlassen.



WESTBANK

Proteste gegen Besetzung

Palästinenser in der besetzten Westbank protestierten gegen anfahende Bulldozer und israelische Soldaten, von denen sie weitere illegale Besetzungen fürchteten. Das Ergebnis der israelischen Wahlen und Trumps Nahostplan nähren die Befürchtungen. In einigen Dörfern warfen die Protestierenden Steine.



KAPP-PUTSCH: »WER WEITER GEHT, WIRD ERSCHOSSEN.«

Vor einhundert Jahren versuchten Konterrevolutionäre alles hinwegzufegen, was von der Novemberrevolution im Jahr 1918 noch übrig war. Sie wurden von der Arbeiterklasse empfindlich geschlagen

VON ARTHUR RADOSCHESKI

Vor hundert Jahren in Mitteldeutschland: In Magdeburg laufen Soldaten zu den Arbeiterinnen und Arbeitern über und rüsten sie mit Gewehren, Handgranaten und Minenwerfern aus.

In Halle verzeichnen Arbeitermilizen starke Gebietsgewinne und drängen die Reichswehr und die Truppen der »Sicherheitspolizei« immer weiter zurück. In Cottbus entsteht eine 3000 Mitglieder starke Rote Garde. In Thüringen kommt es zu schweren Kämpfen: Gera wird von Arbeitermilizen befreit. Eine Rote Armee wird gegründet, die zwei Reichswehrbattalione werden eingekesselt und zur Kapitulation gezwungen. Auch in Weimar bildet sich eine Volkswehr. Suhl und Gotha werden von Arbeiterwehren befreit.

Auslöser der Ereignisse war ein Putsch von rechts: Reaktionäre Militärs, Bürokraten und Industrielle versuchten, die Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918/19 rückgängig zu machen. Teile der alten Eliten um Generalleutnant Walther von Lütt-

witz sowie Generallandschaftsdirektor und Deutsche Bank-Vorstand Wolfgang Kapp versuchten, die Weimarer Koalition aus SPD, der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und dem katholischen Zentrum zu stürzen.

Doch wie konnte die Reaktion so kurz nach der Revolution schon wieder so stark werden? Und wie konnte die Arbeiterklasse der Angriff abwehren, während die »Machtübernahme« der Nazis 13 Jahre später fast ohne Widerstand vonstatten ging?

Die offizielle Geschichtsschreibung in Deutschland hat, so sehr sie auch den Putsch verurteilt, mehrere fundamentale Schwächen: Die wichtigste ist eine Fehleinschätzung der Position der bürgerlichen Parteien, der Auswirkungen des Putsches und der Gründe für sein Scheitern.

Viele der Putschisten vom März 1920 hatten sich bereits während der Revolution von 1918/19 einen Namen gemacht. Die SPD war aus Angst vor »russischen Zuständen« einen Bund mit der alten Armee und der Staatsbürokratie eingegangen und hatte sich an

Unter der schwarz-weiß-roten Fahne des Deutschen Kaiserreichs und mit **Hakenkreuz** auf dem Stahlhelm verteilen Angehörige der Marinebrigade Ehrhardt am 13. März 1920 Flugblätter in Berlin. Ihr Einmarsch in die Hauptstadt markiert den Beginn des Putsches

der blutigen Niederschlagungen der Rätebewegung beteiligt. Doch die Verbündeten der SPD bei der Konterrevolution wollten hier nicht stehen bleiben. Bereits Mitte des Jahres 1919 begannen sie damit, einen Putsch gegen die junge Republik zu planen. Sie sammelten sich in der Nationalen Vereinigung, bei der es sich um eine Koordinationsorganisation zwischen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), einer monarchistischen und völkisch-nationalistischen Partei mit mehreren Hunderttausend Mitgliedern, und dem Nationalen Club, einer Vereinigung antikommunistischer und antidemokratischer Kapitalisten und Landbesitzer, sowie den Freikorps handelte. Letztere bildeten gemeinsam mit der Sicherheitspolizei, einer kasernierten paramilitärischen Truppe zur Aufstandsbekämpfung, die Machtbasis der Nationalen Vereinigung.

Den Bestimmungen des Versailler Vertrags zufolge mussten die militärischen Verbände der Weimarer Republik schrittweise abgerüstet werden. Doch da deutsche Truppen nach wie vor im Baltikum aufseiten der Konterrevolution gegen die sowjetrussischen Truppen kämpften – noch immer unter der schwarz-weiß-roten Flagge des Kaiserreichs –, wurden die Freikorps von den Siegermächten der Entente zunächst weiter gebilligt. Als jedoch Anfang des Jahres 1920 der Bürgerkrieg im Baltikum endete, mussten die deutschen Söldner zurückkehren. Die Entente, die die Freikorps nicht mehr brauchte, forderte deren Auflösung. Reichswehrminister Gustav Noske protestierte, musste schließlich aber nachgeben.

Dies stellte die reaktionären Kräfte der Nationalen Vereinigung vor ein Dilemma: Entweder sie würden mit ihrem paramilitärischen Arm um den Preis des Machtverlusts in den Untergrund gehen müssen, wie es später mit der Organisation Consul oder der Schwarzen Reichswehr auch geschah, oder sie würden möglicherweise verfrüht losschlagen und eine Niederlage riskieren.

Sie entschieden sich für Letzteres. Am 13. März rückte die Marinebrigade Ehrhardt, ein Freikorps unter dem Befehl von Marineoffizier Hermann Ehrhardt, gegen Berlin vor. Noske forderte den Chef des Truppenamtes, Hans von Seeckt, auf, die Putschisten zu stoppen. Seeckt weigerte sich jedoch mit der Begründung: »Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr.« Der Regierung blieb daraufhin nichts anderes übrig, als zu fliehen.

Die Geister, die die SPD zur Zerschlagung der Revolution gerufen hatte, wurde sie nun nicht mehr los. Die Marinebrigade rückte ungehindert in Berlin ein. Putschende Soldaten postierten sich mit Transparenten vor dem abgeriegelten Regierungsviertel: »Halt! Wer weiter geht, wird erschossen.«

Generalstreik in Deutschland

Wolfgang Kapp wurde zum Reichskanzler erklärt. Zuerst floh die Regierung nach Dresden. Doch der Kommandant der dortigen Reichswehrgarnison weigerte sich, der Regierung Schutz zu garantieren, woraufhin sie nach Stuttgart weiterzog. Während sich einige Generäle und Beamte offen hinter die Regierung oder den Putsch stellten, gingen die meisten den Weg von Seeckt und blieben »neutral«.

Um ihre eigene Haut zu retten, beschlossen einige sozialdemokratische Funktionäre, darunter der Gewerkschaftsführer Carl Legien, einen Generalstreik auszurufen. Der Aufruf war unterschrieben von sämtlichen sozialdemokratischen Reichsministern, einige leugneten jedoch, ihre Unterschrift selbst darunter gesetzt zu haben, so auch Noske.

Die Ausrufung des Generalstreiks durch die SPD und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) noch am Tag des Putsches hatte schon am Mittag sichtbare Folgen: In Berlin

fuhren die Züge nicht und es gab weder Strom noch Gas. Kapp versuchte, die Streikenden mit der Androhung der Erschießung einzuschüchtern und so unter Kontrolle zu bringen, doch seine Drohungen blieben wirkungslos. Am 14.

März weitete sich der Streik auf ganz Deutschland aus. Von den Hamburger Werften bis zu den Münchener Lokomotivwerken, von den Stahlwerken an der Ruhr bis zu den Industriedörfern in Thüringen. Selbst im ländlichen Ostpreußen und Pommern streikten die Landarbeiter. Aber nicht nur Land- und Industriearbeiter, auch die traditionell konservativen Beamten und Angestellten zogen zu großen Teilen mit.

Nachdem die Führung der erst ein Jahr zuvor gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am ersten Tag des Generalstreiks noch erklärt hatte, dass kein Arbeiter für die Republik einen Finger rühren solle, wurde sie schnell von der Dynamik der Ereignisse überrollt. Schon am nächsten Tag revidierte sie aufgrund des Drucks der eigenen Parteibasis, die sich von Anfang an an dem Streik beteiligte, ihre Position und schloss sich auch offiziell dem Generalstreik an.

Kapp und die Putschisten verhängten die Todesstrafe für Streikende. Doch dadurch sahen sie sich bald einer noch größeren Gefahr gegenüber: einer bewaffneten Arbeitermacht.

In Thüringen, im Ruhrgebiet und sogar an der Ostseeküste übernahm die organisierte Arbeiterbewegung die Macht. Der Machtbereich von Lüttwitz' und Erhardts Truppen endete schon an der Berliner Stadtgrenze. Bereits die Außenbezirke wurden von bewaffneten Forst-, Land- und Industriearbeitern kontrolliert. Selbst in den quasifeudalen ostelbischen Gebieten Mecklenburg, Pommern und Schlesien kam es zu Landarbeiteraufständen und zum ersten Mal

**ARTHUR
RADO-
SCHEWSKI**
ist Redakteur
von marx21.



Oben: »Halt! Wer weiter geht wird erschossen«: Truppen der **Puttschisten** riegeln wie hier am Wilhelmplatz das besetzte Regierungsviertel ab.
 Unten: **Demonstration** mit einer Viertelmillion Teilnehmern in Berlin gegen den Kapp-Putsch

auch zu gemeinsamen Aktionen von Land- und Industriearbeitern. Vor allem an der Ostseeküste zeigte sich das Potenzial dieser Mischung: Rostock und Stettin hatten Arbeiterwehren mit über 8000 Mitgliedern, während in Wismar bereits die Räterepublik ausgerufen wurde. Auch in Sachsen, Thüringen und Mitteldeutschland sollte es zu erbittertem Widerstand kommen. Vor allem in großen Städten wie Dresden, Leipzig und nicht zuletzt Chemnitz, wo es einen von der KPD geführten Rätekongress gab, organisierten und bewaffneten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter. Überall dort, wo es den Arbeitermilizen nicht gelang, die Puttschisten zu schlagen, terrorisierten diese die Bevölkerung und mordeten.

Die größten Kämpfe gab es jedoch im Ruhrgebiet: Nachdem sich die Nachricht von dem Putsch wie ein Lauffeuer verbreitet hatte, kam die angestaute Wut der Arbeiterinnen und Arbeiter an der Ruhr über gebrochene Sozialisierungsversprechen, »Befriedung« und eine faktische Militärdiktatur zum Ausbruch: Überall bewaffneten sich Arbeiter unter der Führung von USPD, KPD, SPD und Syndikalisten. General Oskar von Watter, Oberkommandant des Ruhrgebiets, schickte Truppen, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, allen voran das Freikorps Lichtschlag, welches wegen seiner Brutalität von der Bevölkerung »Freikorps Totschlag« getauft wurde. Das Freikorps stieß jedoch auf erheblichen Widerstand: Die erste Abteilung brauchte über zwölf Stunden, allein um aus Münster abfahren zu können, da die Bahnarbeiter sich dem Generalstreik angeschlossen hatten. In Annen

verlor die Abteilung ihre Pionierkompanie, welche von der örtlichen Arbeiterwehr entwaffnet wurde. Als die Abteilung schließlich in Witten eintraf, stürmten 1500 Arbeiter den Bahnhof und zwangen sie zur Aufgabe. Die zweite Abteilung hatte nicht nur Probleme mit den Eisenbahnern, sondern auch mit den eigenen Soldaten, die nicht für Kapp kämpfen wollten. Nach einer weiteren Zeitverzögerung in Ahlen wurden die 350 Soldaten in Herdecke von etwa 6000 Arbeitern umzingelt und besiegt. Die dritte Abteilung wurde von 12.000 Arbeitern in Dortmund geschlagen. Gleichzeitig konnten die Arbeitermilizen in Kamen die Paderborner Husaren und in Elberfeld das Freikorps Hacketau besiegen.

Aus diesen Kämpfen entstand die Rote Ruhrarmee. Bald schon war eine feste Front der bewaffneten Arbeiterschaft von Münster bis Essen aufgebaut. In die Rote Ruhrarmee konnte eintreten, wer ein Jahr lang Mitglied in einer Arbeiterpartei oder Gewerkschaft war und sechs Monate Kampferfahrung an der Front vorweisen konnte. Die Armee wuchs auf etwa 90.000 Mann an und konnte das von 1000 Soldaten der Sicherheitspolizei und einer rechten Einwohnerwehr besetzte Essen erstürmen. Nun lag nur noch die Garnison Wesel zwischen ihnen und Watters Hauptquartier in Münster.

Die Unfähigkeit der Kapp-Regierung, für »Ordnung« zu sorgen und den Arbeiteraufstand niederzuschlagen, sorgte derweil zunehmend für Unruhe bei den Unterstützern des Putsches. Immer mehr drängten sie auf Verhandlungen mit der alten Regierung in Stuttgart – vor allem, als Gerüchte über einen bevorstehenden kommunistischen Aufstand in Berlin umgingen. Am 17. März übergab Kapp seinem Mitstreiter Lüttwitz die Regierungsgewalt und floh mit dem Flugzeug nach Schweden. Bereits am Tag darauf war der Putschversuch endgültig gescheitert, die Puttschisten flohen.

Nun war es an der Zeit, die rechten Umtriebe in Armee und Staat zu beenden. Freikorps, Junker, Sicherheitspolizei, kaiserliche Bürokratie und rechte Parteien, sie alle hatten entweder Verbindungen zu den Puttschisten oder gehörten zu ihnen.

Die SPD-DDP-Zentrums-Koalition war jedoch nicht daran interessiert, gegen sie vorzugehen. Anstatt die Puttschisten aus dem Staatsdienst zu entlassen, wurden sie lediglich beurlaubt. Der einzige vor Gericht gestellte Puttschist, der Innenminister der Kapp-Regierung, Traugott von Jagow, wurde wegen »selbstloser Vaterlandsliebe« zu nur fünf Jahren Festungshaft verurteilt, wovon er nur drei absaß. Die meisten von ihnen setzten sich wie auch Lüttwitz, Walde mar Pabst oder Erich Ludendorff nach Bayern ab. In Bayern bestand nach dem Ende des Generalstreiks eine besondere Situation: Hier hatten Führer der Einwohnerwehr, der Landespolizei und des Militärs die unklare Situation in Berlin während des Generalstreiks genutzt, um die sozialdemokratisch geführte Landesregierung ebenfalls zu stürzen. Die München-

er Verschwörer hatten sich vom Berliner Putsch zuvor aber distanziert und der bayerische Ministerpräsident Hoffmann (MSPD) hatte unter den bewaffneten Drohungen der Putschisten offiziell seinen Rücktritt erklärt. Die bürgerliche Mehrheit im bayerischen Landtag legitimierte den Münchener Umsturz im Nachhinein und auch die Reichsregierung zweifelte die Legitimität der neuen bayerischen Landesregierung zunächst nicht öffentlich an. So wurde Bayern ab dem Frühjahr 1920 zur bürgerlichen »Ordnungszelle« des Reiches. Dort waren die offiziell wegen Hochverrats gesuchten Putschisten sicher und trafen sich sogar mit dem Polizeipräsidenten Ernst Pöhner und dem Leiter der politischen Polizei, Wilhelm Frick, der später Innenminister in der NS-Diktatur werden sollte. Auch viele Freikorps und Einwohnerwehren konnten weiter fortbestehen – und in München mit der offiziellen Unterstützung der Landesregierung in den folgenden Jahren sogar zahlreiche öffentliche Paraden durchführen. Der »neutrale« General Hans von Seeckt wurde zum Chef der Heeresleitung ernannt.

Rechte nahmen blutige Rache

Auch die Hoffnungen, dass mit dem Rückzug der Putschisten das Morden vorbei sei, erfüllte sich nicht. Obwohl in den meisten Gebieten die Waffen niedergelegt wurden, kehrten die Freikorps bald zurück. Am härtesten traf die Reaktion das Ruhrgebiet. Hier war die bewaffnete Arbeiterbewegung zwar am stärksten, doch die Ruhrarmee hatte eine Reihe von Problemen: Zum einen war sie von den zentralen Landwirtschaftsregionen Deutschlands abgeschnitten und Lebensmittel mussten rationiert werden.

Das weit größere Problem bestand jedoch in der Organisation des Widerstands: Sowohl in Hagen als auch in Mülheim hatten sich Zentralen der Roten Ruhrarmee gebildet. Die Hagener Zentrale wurde von der USPD geleitet, hinzu kamen Kräfte von SPD und KPD wie auch von der linksliberalen DDP. Mülheim auf der anderen Seite war sehr viel radikaler und rief die »Diktatur des Proletariats« aus. Zwischen den beiden Zentren gab es kaum Verbindungen, und viele der Kompanien der Roten Armee unterstanden keinem der beiden. Diese Zersplitterung sollte der Arbeiterbewegung bald zum Verhängnis werden.

Die gemäßigteren Hagener hatten sich nach der Niederschlagung des Putsches auf ein Friedensabkommen mit der Regierung eingelassen. Das Abkommen beinhaltete die Freilassung und volle Amnestie aller an den Kämpfen beteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die Bestrafung der Putschisten, die Auflösung ihrer Truppen und die Entfernung ihrer Unterstützer aus dem Staatsapparat. Im Gegenzug verpflichtete sich die Rote Ruhrarmee zur Entwaffnung sowie zur Auflösung aller Aktions- und Vollzugsräte. Während die Hagener Zentrale das Abkommen als Sieg darstellte, stellten sich die radikaleren Mülheimer dage-

gen. Ihrer Meinung nach waren sie kurz davor, Wesel einzunehmen und Watters Hauptquartier den vernichtenden Schlag zu versetzen.

Wie Chris Harman in seinem Buch »Die verlorene Revolution« darstellt, waren beide Ansätze falsch: Der komplette Rückzug war, vor allem nach den Erfahrungen mit der Vertrauenswürdigkeit der sozialdemokratischen Führer in den Jahren zuvor, ein schwerer Fehler.

Einen Offensivkampf zu führen, wie es die Mülheimer forderten, während die anderen Gebiete Deutschlands bereits »befriedet« waren und die Regierung ihre volle Aufmerksamkeit und Truppenstärke auf das Ruhrgebiet konzentrieren konnte, war jedoch auch keine erfolversprechende Taktik. Die wohl beste Taktik hätte angesichts der schweren Lage in einer wehrhaften Defensivstellung bestanden. Das hätte es einerseits den Freikorps schwer gemacht, in das Ruhrgebiet einzumarschieren, und andererseits der Regierung, der Roten Ruhrarmee die Schuld für die Fortsetzung der Kämpfe in die Schuhe zu schieben.

Aber selbst eine der beiden problematischen Positionen wäre besser gewesen, solange die gesamte Rote Ruhrarmee sie unterstützt hätte. Durch die Spaltung konnte die Regierung den Hagenern mit Verweis auf die Aktionen der Mülheimer vorwerfen, das Abkommen gebrochen zu haben, während die Freikorps die Mülheimer besiegen konnten, da diese die Hälfte ihrer Armee verloren hatten.

Der darauffolgende Terror war schrecklich: Nicht selten wurden Gefangene sowie als »probolschewistisch« angesehene Arbeiterinnen und Arbeiter einfach erschossen. Vom 30. März bis zum 2. April fielen mindestens 600 Menschen den Freikorps zum Opfer. Viele Rotarmisten flohen in die von den Entente-Mächten besetzte Zone.

Die Kämpfe gegen den Kapp-Putsch gehören zu den größten Siegen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, aber auch zu ihren größten Niederlagen. Zwar wurde die Kapp-Regierung innerhalb von fünf Tagen gestürzt und in vielen Gebieten die reaktionären Truppen geschlagen, doch nach dem Sieg gelang es nicht, den Kampf auszuweiten und die Macht der organisierten Arbeiterbewegung zu festigen. Die Chance, den revolutionären Faden vom November 1918 wieder aufzunehmen, wurde vertan. Stattdessen gelang es den bürgerlichen Kräften, die Kontrolle über die junge Republik wiederzuerlangen. Zugleich konnten sich die Putschisten reorganisieren. Die reaktionäre Staatsbürokratie und die Armeeführung blieben im Amt.

Bayern wurde zum sicheren Hafen für Rechtsextreme und für einige Jahre zur wichtigsten Organisationsbasis der Ultrarechten. ■

Groteske über »oben« & »unten«

Der preisgekrönte Film »Parasite« des koreanischen Regisseurs Bong Joon Ho ist ein Fenster zur Lebensrealität der gesellschaftlich Abgehängten

VON OLIVER KRIEG



**OLIVER
KRIEG**

ist Redakteur
von marx21.

Wenn du dich einmal überwunden hast und dich auf Untertitel einlässt, wirst du jede Menge großartiger Filme kennenlernen«, so Regisseur Bong Joon Ho, und damit hat er Recht. Sein mittlerweile siebter Film »Parasite« macht es Filmliebhabern, die bislang Berührungsängste mit koreanischen Filmen hatten, sehr leicht, sich auch für diese zu begeistern. Kaum ein anderer Film hat 2019 dermaßen viele Preise abgeräumt und das verdienterweise.

Mit Aufstieg rechnet niemand

»Parasite« beleuchtet sehr eindrücklich das Leben der Familie Kim, welche mit allen erdenklichen Mitteln versucht, sich über Wasser zu halten. Die Kims befinden sich in der Hackordnung Südkoreas ganz unten.

Der modrige Geruch einer Kellerwohnung im Armenviertel von Seoul haftet an ihnen und brandmarkt sie als arm. Das Kellerfenster bietet beim abendlichen Besäufnis am Esstisch einen Ausblick auf die urinerenden Trunkenbolde des Arbeiterviertels.

Mit dem sozialen Aufstieg rechnet vorerst niemand in der Familie, bis der Sohn Ki-Woo zufällig die Gelegenheit bekommt, der Tochter der wohlhabenden Familie Park Nachhilfeunterricht zu geben. Einmal über die Türschwelle der Villa findet Ki-Woo leicht Möglichkeiten, auch den Rest seiner Familie durch eine sehr kreative Betrugsmasche in den Haushalt der naiven Familie Park einzuschleusen.

Als die Kims sich schon fast an den »sozialen Aufstieg« und den schönen Ausblick aus dem riesigen Fenster der Villa gewöhnt haben, taucht plötzlich die von ihnen verdrängte ehemalige Haushälterin wieder auf und lüftet in ihrer Not ein großes Geheimnis. Niemand rechnet damit, was dann passiert.

Es ist ziemlich offensichtlich, dass es sich bei dem Film um eine Kritik an der sozialen Ungleichheit in Südkorea handelt – einem der reichsten Länder Asiens. Aber es steckt viel mehr in diesem Streifen. Er zeigt auch deutlich, wie die Abgehängten sich selbst die Logik des Kapitalismus angeeignet haben und dieser folgen. So glauben die Kims, sie seien selbst schuld an ihrer prekären Situation, weil sie amoralisch handeln. Auf die Idee, dass der wahre

DER FILM



Spielfilm | 2019
Drama/Farce | Südkorea

ANZEIGE



© Koch Films

Von der Kritik gefeiert: Die Schauspielerin **Cho Yeo-jeong** in »Parasite«

Grund ein System ist, dessen tragende Säulen Prekarität und Ausbeutung sind, kommen sie nicht.

Die Abgehängten zeigen lieber Respekt gegenüber der reichen Familie Park, anstatt sich gegenseitig miteinander zu solidarieren und in ihrer Situation zu unterstützen.

Nach oben buckeln und nach unten treten, ist hier das Bild, welches von den demoralisierten Abgehängten gezeigt wird. Obwohl der Film viele Facetten der südkoreanischen Kultur beleuchtet, waren die Reaktionen der Zuschauer weltweit die gleichen. Der Regisseur kennt den Grund: »Wir leben alle in einem Land namens Kapitalismus«.

Eine Unterschicht zu portraituren, die sich gegen Ausbeutung zur Wehr setzt, ist in den Filmen Joon Hos keine Neuheit. Klassengegensätze anzuprangern und als Gedankenspiel weiterzuentwickeln sind wichtiger Bestandteil fast aller seiner Filme. Kein Wunder, dass er in der sozialistischen »Minju-nodong-Partei« in Südkorea aktiv war.

Mit »Parasite« zeigt Bong Joon Ho in klarer und doch vielschichtiger Bildsprache eine Groteske über das entsetzliche Ausmaß sozialer Ungleichheit in der Welt – und das auf eine Weise, die unter die Haut geht, ohne dabei moralisch belehrend daherkommen. Hier kann wirklich niemand mehr wegsehen. ■



Berichte. Analysen. Interviews. Kommentare.

Sozialistische Politik auf
einen Blick. Abonniere den
Newsletter auf marx21.de

**JEDE WOCHE NEU.
MARX21.DE**

Küche, Karriere und Kommunismus

© Lino Salini, Zeichnung von Margarete Schütte-Lihotzky (1927)



Vor zwanzig Jahren starb die österreichische Architektin Margarete Schütte-Lihotzky. Bekannt geworden ist sie durch die Entwicklung der »Frankfurter Küche«. Doch es gibt noch eine zweite Konstante in ihrem fast 103 Jahre währenden Leben: den politischen Aktivismus

VON MARCEL BOIS

Bis zuletzt wird sie auf jene 1,9 x 3,4 Meter reduziert: Blaue Fronten, kurze Wege, erschwinglicher Preis. Die »Frankfurter Küche« ist zweifellos Margarete Schütte-Lihotzkys bahnbrechendstes Werk. Die erste Einbauküche der Welt, konzipiert für die engen Verhältnisse der neuen Arbeiterwohnungen der 1920er Jahre, die Arbeitswege mit der Stoppuhr abgemessen. Sie verhilft der österreichischen Architektin zu Weltruhm, ein Exemplar befindet sich heute im New Yorker Museum of Modern Art. Und trotzdem will Schütte-Lihotzky nicht als Inneneinrichterin verstanden werden. »Ich bin keine Küche«, soll sie einmal gesagt haben, nachdem sie auch im hohen Alter immer nur über ihre Frankfurter Zeit erzählen soll. Tatsächlich hat ihr langes Leben deutlich mehr zu bieten.

Aber der Reihe nach: Geboren am 23. Januar 1897 wächst Margarete Lihotzky zunächst in einer bürgerlichen Familie in Wien auf, der Hauptstadt der österreich-ungarischen Doppelmonarchie. Diese Herkunft ermöglicht es der jungen Grete, während des Ersten Weltkrieges an der kaiserlich und königlichen Kunstgewerbeschule zu studieren. Die heutige Universität für angewandte Kunst gehört damals zu den wenigen Hochschulen, die auch Frauen zulassen.

Ihr Lehrer ist der Architekt Oskar Strnad. Als Lihotzky an einem Wettbewerb für Arbeiterwohnungen teilnehmen will, empfiehlt er der Studentin, zuerst in die Arbeiterviertel zu gehen, um sich dort ein Bild von den Lebensbedingungen zu machen. Wien ist zu dieser Zeit eine tief gespaltene Stadt. Im Zentrum residieren die Repräsentanten der Habsburgermonarchie und das wohlhabende Bürgertum in prachtvollen Bauten, während in den Außenbezirken das zugewanderte Industrieproletariat in engen und dunklen Mietskasernen haust.

Diese Erfahrung ist prägend für Schütte-Lihotzky. »Ich kannte noch nicht den großartigen Ausspruch Heinrich Zilles: »Man kann einen Menschen mit einer Wohnung ebenso töten wie mit einer Axt«, aber ich empfand so«, schreibt sie später in ihren Lebenserinnerungen. »Ich entdeckte immer deutlicher: Neben meiner Schicht von Bürgerlich-Intellektuellen und neben den Menschen, die sich jenseits der Klassen als eine Elite betrachteten, lebte in Wien eine riesige Volksschicht von Hunderttausenden Menschen ihr angespanntes, mir bis dahin unbekanntes Leben. Über die Ursachen ihres Elends war ich mir damals nicht im Klaren, doch wollte ich einen Beruf ergreifen, durch den ich zur Linderung dieser Not beitragen konnte. Mein Entschluss, Architekt zu werden, stand endgültig fest.«

Im Jahr 1919 beendet die junge Frau ihr Studium. Und schon ihre ersten beruflichen Arbeiten widmet sie den ärmeren Bevölkerungsschichten. Der Krieg ist gerade beendet, das österreichisch-ungarische Kaiserreich durch Proteste der Arbeiterschaft und durch Revolten der nationalen Minderheiten zusammengebrochen. In der Hauptstadt herrscht Hunger und vor allem extreme Wohnungsnot. Deshalb besetzen Arbeiterinnen und Arbeiter massenhaft Land an den Hängen des Wienerwaldes und errichten darauf einfache Behausungen. »Aus der Not geboren entstand auf diese Weise ein wildes Siedeln ohne jede Baubewilligung«, erinnert sich Schütte-Lihotzky später. Die junge Architektin nimmt eine Tätigkeit im Siedlungsamt der Stadt auf und unterstützt auf diese Weise die Bewegung. Sie entwickelt Prototypen für einfach zu errichtende Häuser, entwirft erste Küchen und berät Siedler bei ihren Anliegen.

Das ist neu: Die Architekten der Habsburgermonarchie hatten zumeist den Eliten gedient und großbürgerliche Häuser mit Stuck und prachtvollen Fassaden entwickelt. Lihotzky vertritt nun eine »soziale Architektur«. Sie soll helfen, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern. Der einzelne Arbeiter hat »wohl mehr von seinem Spülstein als von dem Engel auf

Lieber einen Spülstein als einen Engel auf dem Dach

dem Dach«, fasst sie in einem ihrer ersten Artikel die Grundidee dieser funktional ausgerichteten Bauweise zusammen.

Mit derlei Ansichten steht sie keineswegs alleine da. Zahlreiche Architektinnen und Architekten, aber auch Künstlerinnen und Künstler orientieren sich im Zuge der Proteste und Revolutionen am Ende des Krieges an den Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung. In Moskau gestalten die Vertreter der Russischen Avantgarde politische Plakate und Schaufenster, bemalen Agitationszüge und entwerfen Arbeiterclubs. Unterdessen entsteht in Berlin während der Revolutionstage von 1918 ein Arbeitsrat für Kunst. Seine Mitglieder entwerfen monumentale Volkshäuser, veranstalten Ausstellungen für Laienarchitekten und entwickeln viele von jenen Ideen, die bald darauf das Bauhaus verwirklichen wird.

Lihotzky wird vor allem durch die Entwicklungen in ihrer Heimatstadt Wien geprägt. In der Hauptstadt der jungen österreichischen Republik führen die regierenden Sozialisten ein radikales Reformprogramm durch. Sie richten Horte und Kindergärten ein und sorgen für kostenlose Krankenversorgung. Zudem glänzt das »Rote Wien« der 1920er Jahre durch ein umfangreiches Wohnbauprojekt. Denn schon bald geht die Stadtverwaltung dazu über, statt Siedlungshütten große Wohnblocks zu bauen. Auf diese Weise entstehen hier bis Anfang der 1930er Jahre 64.000 Wohnein-

MARCEL BOIS

ist Historiker und forscht zur Biografie Margarete Schütte-Lihotzkys. Bei seinem Text handelt es sich um die erweiterte Version eines Artikels, der am 18. Januar 2020 in der Tageszeitung »Neues Deutschland« erschienen ist.

DAS BUCH



Margarete Schütte-Lihotzky. Architektur. Politik. Geschlecht. Neue Perspektiven auf Leben und Werk

Marcel Bois/Bernadette Reinhold (Hrsg.)
Birkhäuser | Basel | 2019
360 Seiten | 39,95 Euro

heiten, in denen etwa 200.000 Menschen eine neue Heimat finden. Einen der insgesamt 400 Blöcke plant auch Lihotzky mit. Finanziert wird der »kommunale Sozialismus« durch Umverteilungsmaßnahmen wie eine Abgabe auf Hausangestellte oder Wohnbau- und Luxussteuern.

Zur selben Zeit beginnen auch Städte in Deutschland damit, soziale Wohnbauprojekte zu entwickeln. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist die seit 1925 errichtete Hufeisensiedlung in Berlin, ein anderes das Neue Frankfurt. Hier setzen der neue Stadtbaudirektor Ernst May und seine Mitarbeiter ab Mitte des Jahrzehnts ästhetische Maßstäbe. Sie bauen nicht nur Tausende Wohnungen, sondern entwerfen auch ein neues Stadtwappen, Leuchtreklamen und Straßenbahnhaltestellen. Die geometrische und serifenlose Schriftart Futura entsteht ebenfalls in dem Klima des Neuen Frankfurt.

May kennt Lihotzky seit einem Besuch in Wien und gewinnt die Architektin zur Mitarbeit. Im Frühjahr 1926 kommt die 29-Jährige nach Frankfurt und

beginnt mit ihrer Tätigkeit im Hochbauamt, wo sie sich mit Wohnungsbau und der Rationalisierung der Hauswirtschaft beschäftigt. Sie hält zahlreiche Vorträge, entwirft Wohnbauten und entwickelt ihre berühmte Küche, von der mehr als zehntausend Exemplare in die neuen Wohnungen eingebaut werden.

Lihotzky will den Frauen die unbezahlte Hausarbeit erleichtern: »Ich war überzeugt, dass das Streben nach ökonomischer Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung der Frau Allgemeingut werden wird, dass deshalb die Rationalisierung aller Hauswirtschaft zur zwingenden Notwendigkeit wird.« Die Architektin ist stark vom Taylorismus beeinflusst: Die Frankfurter Küche soll so praktisch wie ein industrieller Arbeitsplatz gestaltet sein. Bei der Gestaltung lässt sich Lihotzky von den Mitropa-Küchen der Bahn inspirieren. Alle wichtigen Dinge sind mit einem Handgriff erreichbar, eine Vielzahl von Gerätschaften soll die Arbeitsgänge verkürzen. Die Fronten sind blau-grün lackiert, weil Wissenschaftler herausgefunden haben wollen, dass diese Farbgestaltung Fliegen abhält. Um die Kosten zu senken, wird die Frankfurter Küche als Modulsystem konzipiert, sodass sie in großen Mengen hergestellt werden kann. Da sie fest in die Wohnung eingebaut wird, lässt sich das Holz für die Rückwände sparen.

Die Frankfurter Küche macht Margarete Lihotzky schnell berühmt, die internationale Presse berichtet ausführlich. »Es kam den damaligen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Vorstellungen entgegen, dass eine Frau im Wesentlichen am häuslichen Herd arbeitet. Deshalb wisse auch eine Frau als Architekt am besten, was für das Kochen wichtig ist«, merkt sie selbst später kritisch an. »Das machte sich eben damals propagan-

distisch gut. Aber, um der Wahrheit die Ehre zu geben, ich habe bis zur Schaffung der Frankfurter Küche nie einen Haushalt geführt, nie gekocht und keinerlei Erfahrung im Kochen gehabt.«

Doch die Frankfurter Jahre sind nicht nur wegen des beruflichen Erfolgs für die Architektin wichtig. Hier beginnt auch ihre politische Radikalisierung. Schon in ihrer Heimatstadt ist sie, »beeindruckt durch die Leistungen der Wiener Sozialdemokratie auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, des Gesundheits- und Schulwesens und der Kulturpolitik«, der sozialdemokratischen Partei beigetreten.

Die politische Offenheit des Roten Wiens vermisst Lihotzky nun in Frankfurt. Sie ist »erstaunt und entsetzt über die politische Uninformiertheit meiner Kollegen – der beamteten wie der nicht-beamteten«, schreibt sie später. »Ich war von Wien her anderes gewöhnt.« Auch mit der Frankfurter Sozialdemokratie kann sie politisch nur wenig anfangen. Versuche, sie für die deutsche Partei zu gewinnen,

wehrt sie ab. Angesichts dessen kann man erahnen, was der jungen Architektin die seltenen Gelegenheiten bedeuten, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen.

Einen solchen findet sie in ihrem Kollegen Wilhelm Schütte, den sie in Frankfurt kennenlernt und 1927 heiratet. Auch das hier ansässige Institut für Sozialforschung stellt für sie einen Ort des politischen Austauschs dar. Bis dahin ist ihr »theoretisch-marxistisches Wissen« nicht »über die Kenntnis des kommunistischen Manifests und einiger Schriften von Engels« hinausgegangen. Doch nun diskutiert sie mit Freundinnen und Freunden wie dem Institutsleiter Carl Grünberg intensiv über politische Fragen. Grünberg pflegt zu dieser Zeit enge Kontakte in die Sowjetunion und ist schließlich auch derjenige, »der mir die Augen über die österreichische Sozialdemokratie öffnete und mir bewies, dass sie das Land nicht zum Sozialismus führen würde«.

Beeinflusst wird dieser Sinneswandel auch durch Ereignisse in Wien. Im Sommer 1927 verzichtet die Sozialdemokratie im Zuge des Justizpalastbrands darauf, eine aufkommende Protestbewegung gegen rechtsgerichtete Kräfte zu unterstützen. Zahlreiche linke Akteure empört diese Haltung. Zu ihnen zählt auch Margarete Schütte-Lihotzky, weshalb sie »mit einem pathetischen Brief an die Parteileitung in Wien« aus der Sozialdemokratie austritt.

Unter dem Einfluss des Frankfurter Instituts geht die Wiener Architektin also einen ersten großen politischen Schritt in Richtung Kommunismus. Bald nähert sie sich ihm auch geografisch gesehen an: Mit der Weltwirtschaftskrise gerät auch das Neue Frankfurt in eine Krise, weil die Kommune das Projekt nicht mehr

Ausgegrenzt als Frau und Kommunistin

WEITERLESEN
Margarete Schütte-Lihotzky: Erinnerungen aus dem Widerstand 1938–1945, Konkret-Verlag 1985.

Margarete Schütte-Lihotzky: Warum ich Architektin wurde, hrsg. von Karin Zogmayer, Neuauflage, Residenzverlag 2019.

finanzieren kann. Zu dieser Zeit bekommt Ernst May das Angebot, in die junge Sowjetunion zu kommen, um dort im Rahmen des ersten Fünfjahresplans neue Städte zu planen. Im Oktober 1930 reist er schließlich mit einer Gruppe deutschsprachiger Architektinnen und Architekten Richtung Moskau ab.

Teil des Teams sind auch die Schüttes. Gemeinsam arbeiten sie unter anderem an der Entstehung der Industrie- und Arbeiterstadt Magnitogorsk am Rande des Urals mit. Während ein großer Teil der ausländischen Fachleute die Sowjetunion bald wieder verlässt, bleiben Margarete und ihr Mann bis 1937 dort. Es ist das Jahr des Großen Terrors und der beginnenden Schauprozesse. Neue Forschungen deuten darauf hin, dass auch Wilhelm Schütte ins Visier des Regimes gerät und die beiden deshalb ausreisen. Doch zu einem politischen Bruch führt dies keineswegs. Nach Stationen in London und Paris ziehen die Schüttes nach Istanbul, wo sie auf Vermittlung ihres Freundes Bruno Taut Anstellung an der Akademie der schönen Künste erhalten. In der Türkei werden Margarete und Wilhelm schließlich auch Mitglied der KPÖ, der Kommunistischen Partei Österreichs. Im Jahr 1940 verlässt Schütte-Lihotzky freiwillig das sichere Exil, um den antifaschistischen Widerstand im besetzten Österreich zu unterstützen. Sie reist als Kurierin in ihre Heimatstadt Wien. Doch ihre Gruppe fliegt auf, die Architektin wird verhaftet und entgeht nur knapp einem Todesurteil. Die nächsten Jahre verbringt sie in Gefängnissen in Wien und in Bayern. Dort wird sie im April 1945 von US-amerikanischen Soldaten befreit.

Doch die neu gewonnene Freiheit gilt keineswegs in allen Bereichen: Im Wien des Kalten Kriegs erhält Schütte-Lihotzky nahezu keine städtischen Bauaufträge. Ihre beruflichen Netzwerke aus der Vorkriegszeit existieren nicht mehr, zudem wird sie als Frau, als Widerstandskämpferin und als Kommunistin ausgegrenzt. »Auf Jahre hinaus war ich »persona non grata«, berichtet sie später, »hatte als KPÖ-Mitglied bei öffentlichen Aufträgen quasi Berufsverbot.« Nicht zuletzt deswegen geht sie nun immer wieder ins Ausland: Sie unternimmt 1958 eine lange Studienreise durch Maos China und arbeitet in den 1960er Jahren in Kuba und der DDR.

Die große Konstante in dieser Zeit bleibt neben der Architektur die Politik: Margarete Schütte-Lihotzky ist Antifaschistin, Kommunistin und Frauenaktivistin. Mehr als sechzig Jahre lang gehört sie der KPÖ an. Zwei Jahrzehnte lang ist sie Vorsitzende des Bunds Demokratischer Frauen. Erst gegen Ende des Kalten Kriegs und der Blockkonfrontation erhält Schütte-Lihotzky in ihrer Heimat die lang verwehrtete Anerkennung. Nahezu drei Jahrzehnte lang ignorierten Medien und Politik die einstmals weltberühmte Architektin. Nun, als sie bereits ihr achtzigstes Lebensjahr überschritten hat, erscheinen Reportagen und Berichte über sie. Sie erhält mehrere Ehrendoktorwürden und wird mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, unter anderem



© Bildarchiv der KPÖ

dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit Stern für Verdienste um die Republik Österreich.

Ihre politische Haltung bewahrt sie sich bis ins hohe Alter: Im Jahr 1985 erscheint ihr Buch »Erinnerungen aus dem Widerstand«. Nun tritt sie zunehmend als mahnende Zeitzeugin auf.

Noch im Alter von fast 100 Jahren verklagt sie gemeinsam mit vier anderen Überlebenden der NS-Zeit den rechtsextremen Politiker Jörg Haider, weil sich dieser verharmlosend über die nationalsozialistischen Vernichtungslager geäußert hat. Überhaupt nimmt sie als ehemalige NS-Verfolgte mit großer Sorge den Aufstieg von Haiders FPÖ wahr. Dass die Partei Ende Januar 2000 erstmalig an einer österreichischen Bundesregierung beteiligt wird, muss sie aber nicht mehr miterleben.

Zwei Wochen zuvor, am 18. Januar 2000, stirbt Margarete Schütte-Lihotzky. Damit endet ein fast 103 Jahre währendes, sowohl beruflich als auch politisch engagiertes Leben. Die Motivation für ihre Haltung erklärt die Architektin selbst einmal folgendermaßen: »Es war mir immer wesentlich in meinem Beruf und auch außerhalb desselben, mit allen meinen kleinen Mini-Mini-Kräften dazu beizutragen, dass ich schließlich aus einer besseren Welt scheide als derjenigen, in die ich hineingeboren war.« ■

Bis zum Lebensende auch eine politische **Aktivistin**: Margarete Schütte-Lihotzky als Rednerin bei einer Kundgebung im Wien der 1950er Jahre



Review

| FILM DER AUSGABE |

Höchstens Kleinkunst

Das Känguru ist im Kino. Das ist zwar ganz witzig, aber seine Special Moves kann es dort nicht wirklich ausspielen

VON PHIL BUTLAND

Das Känguru, mit dem Marc-Uwe Kling zusammenlebt, ist wahrscheinlich der beliebteste Kommunist Deutschlands. Dank Hörbüchern und Kartenspielen sind die ursprünglich in Berliner Radiosendungen und Lesebühnen beheimateten Geschichten inzwischen im ganzen Land bekannt. Nun hat Marc-Uwe das Känguru ins Kino gebracht – ein Move, dessentwegen es ihm ursprünglich die Freundschaft kündigen wollte...

Die Geschichte geht so: Mark-Uwe (Dimitrij Schaad) und das Känguru geraten in Konflikt mit Jörg Dwigs (Henry Hübchen), dem Immobilienspekulanten und Bonzen der rechtspopulistischen Partei Alternative zur Demokratie (AzD). Jede Ähnlichkeit mit bestehenden politischen Parteien ist natürlich rein zufällig. Dwigs will ein patriotisches Zentrum – den Europaturm – auf dem größten Teil des Görlitzer Parks in Kreuzberg bauen. Dazu sollen die Häuser von Marc-Uwe und seinen Nachbarn – den türkischen Brüdern Friedrich Wilhelm (Adnan Maral) und Otto von (Tim Seyfi), deren Eltern sich etwas zu sehr um die Integration bemüht hatten, und der schönen Maria (Rosalie Thomass) – zerstört werden. Marc-Uwe ist dabei heimlich in Maria verliebt, steht sich aber bei der Anbahnung eines Dates auf den eigenen Füßen. Dwigs wird von einer Gruppe Nazis unterstützt.

Der Rest der Geschichte ist nicht allzu wichtig. Die Guten können es mit Hilfe eines Soundtracks, der unter anderem den unvermeidlichen David Hasselhoff enthält, mit den Bösen aufnehmen. Dwigs führt regelmäßig Videokonferenzen mit seinen internationalen Geldgebern, zu denen u.a. Doppelgänger von Nigel Farage, Geert Wilders und Marine Le Pen gehören. Neben diesen aktuellen Anspielungen ist der Film voll von popkulturellen Zitaten unter anderem aus Pulp

Fiction, Täglich grüßt das Murmeltier, Fight Club und natürlich den Filmen mit Bud Spencer und Terence Hill.

Am besten ist der Film in solchen Momenten reiner Albernheit. Als ich im Kino war, saß in der Mitte eine Gruppe von Leuten, die von Anfang bis Ende schallend gelacht haben. Das ging mir nicht ganz so. Aber es waren genug gute Gags dabei, dass ich mich durchgehend unterhalten gefühlt habe. Man müsste sehr streng und humorlos sein, um dem Film gar nichts abzugewinnen.

Dennoch hat er Schwächen. Es werden zwar die richtigen Themen berührt: Gentrifizierung, Nazis, Rechtspopulismus. Und der Film spielt in einem Kreuzberg, das wahrscheinlich kaum noch existiert, mit seinen Eckkneipen, Tante-Emma-Läden und einer Nachbarschaft, die sich kennt und hilft. Aber wie seine Hauptfigur Marc-Uwe hat der Film keine wirkliche Richtung. Sein Mangel an Ehrgeiz ist bewundernswert, vor allem im Vergleich zu dem gierigen und manipulativen Dwigs, aber ein Teil von Marc-Uwes Lustlosigkeit färbt auf den Film ab.

Er enthält einige sehr gute Szenen, aber sie funktionieren einzeln besser denn als Teil einer zusammenhängenden Handlung. Einige der Figuren sind stereotyp und mit sehr breiten Pinselstrichen gezeichnet, nicht zuletzt die hirnlosen Nazis, die sich ständig wiederholen. Das karikaturenhafte Schema von Gut und Böse funktioniert in den Geschichten, aber es trägt keinen Film.

Dennoch ist er sehenswert, denn einige der Teile sind großartig. Sie fügen sich nur nie richtig zu einem befriedigenden Ganzen zusammen. Das ist schade, ich hätte dem kommunistischen Känguru einen fulminanteren Auftritt gewünscht. ■

| FILM |



Marc-Uwe Kling
**DIE KÄNGURU-
CHRONIKEN**

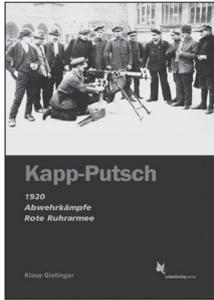
FSK 0

Deutschland 2020

93 Minuten

Regie: Dani Levy

| SACHBUCH |



Klaus Gietinger
**KAPP-PUTSCH. 1920, ABWEHRKÄMPFE,
 ROTE RUHRARMEE**

Schmetterling Verlag | 2020
 328 Seiten | 19,80 Euro

Zum einhundertsten Jahrestag des Kapp-Putsches rollt der Historiker Klaus Gietinger die Geschichte des Umsturzversuchs neu auf. Mit beeindruckenden Beispielen beleuchtet er den Ablauf des Putsches und den Kampf dagegen sowie den anschließenden mörderischen Terror.

Im Frühjahr 1920 zeigt sich in Deutschland eine finstere Vision der Zukunft – die Stiefel von Soldaten mit Hakenkreuz am Helm klacken auf Berliner Straßen und Generäle rufen zum Kampf gegen den »Bolschewismus« auf. Doch der Versuch der Konterrevolution schlägt fehl, nach fünf Tagen müssen sich die Putschisten zurückziehen. Allerdings bedeutet das für viele nicht das Ende des Albtraums. Gietinger beschreibt in seinem Buch ausführlich die Putschisten, ihre Beweggründe und ihre reaktionären Netzwerke, auch ihre Verbindungen mit der Wirtschaft und Politikern der »demokratischen« Parteien. Der Putsch an sich und der Widerstand werden mit bemerkenswerter Genauigkeit beschrieben – nicht nur in den Regionen Thüringens, Sachsens und der Ruhr, die im Zentrum der Ereignisse standen, sondern auch in Niederdeutschland, Mecklenburg und den Berliner Randbezirken. Viele Beispiele und Berichte sorgen für eine mitreißende Leseerfahrung, die einem den Heldenmut des Widerstands und die Brutalität des konterrevolutionären Terrors vor Augen führt. Auch der Abschluss, welcher die Flucht der Putschisten und die Niederschlagung der Roten Ruhrarmee beschreibt, zeigt, dass die demokratisch-kapitalistischen Parteien aus dem Putschversuch kaum etwas gelernt hatten – und damit die Tragödie von 1933 vorbereiteten. Abgesehen von dem einen oder anderen Seitenhieb gegen den Leninismus kann ich dieses Buch voll und ganz empfehlen.

ARTHUR RADOSCHEWSKI



| SACHBUCH |



Ngugi wa Thiong'o
**AFRIKA SICHTBAR MACHEN. ESSAYS ÜBER
 DEKOLONISIERUNG & GLOBALISIERUNG**

Unrast Verlag | 2019
 156 Seiten | 14,00 Euro

Unterentwickelt«, »rückständig« und von »Stammeskonflikten« durchzogen? In »Afrika sichtbar machen« entlarvt Ngugi wa Thiong'o das westliche Zerrbild von Afrika als ideologisches Konzept des (Neo)Kolonialismus.

Ngugi gilt als einer der bedeutendsten anti-kolonialen Schriftsteller unserer Zeit. Seine politischen Essays sind hierzulande jedoch kaum bekannt. Kein Wunder: Fast dreißig Jahre mussten deutsche Leserinnen und Leser auf die Übersetzung seines ersten Essaybands warten. Das ging diesmal zum Glück schneller.

Der neue Band enthält sieben Essays über Afrikas Stellung in der globalisierten Welt. Sehr persönlich und gut lesbar stellt der Autor fest: Afrika war von Anfang an in die Entwicklung der kapitalistischen Welt einbezogen, aber zugleich stets eine Region der Ausbeutung. Die Nachwirkungen von Sklaverei und Kolonialismus bestimmen bis heute die politischen Kämpfe in der Ära des neoliberalen Kapitalismus, in der Afrika die Rolle eines abhängigen Rohstofflieferanten spielt. Doch Ngugi bleibt nicht bei der Kritik des westlichen Narrativs für die Probleme des modernen Afrika und der zerstörerischen Rolle des globalen Kapitals stehen. Unmissverständlich macht er klar, dass Panafrikanismus für ihn keineswegs Frieden mit den afrikanischen Eliten bedeutet, welche sich mit der europäischen Kolonialbourgeoisie verbündet haben, um die Massen in Schach zu halten. Seine Antwort: ein geeintes Afrika, aber auch ein Hauch antikolonialer Klassenkampf.

MARTIN HALLER



| SACHBUCH |



Martin Empson (Hrsg.)
**SYSTEM CHANGE NOT CLIMATE
 CHANGE**

Bookmarks | 2019
 184 Seiten | 10,00 Euro

Das Buch »System Change not Climate Change« versammelt verschiedene Essays zum Thema. Die Beiträge widmen sich verschiedenen Themenfeldern und zeigen: Ob es die Sucht des Kapitalismus nach fossilen Brennstoffen und Plastik oder die systematische Zerstörung der natürlichen Welt durch die industrielle Landwirtschaft ist, das System zerstört die Umwelt in seinem endlosen Streben nach Profit.

Die Beiträge sind ein spannender Mix aus theoretischen und geschichtlichen Zugängen und aktuellen Fragestellungen. Zum Beispiel: »Warum liebt der Kapitalismus Plastik?«, »Kapitalismus und die Krise der biologischen Vielfalt« oder »Können wir eine nachhaltige Gesellschaft aufbauen?«

Der japanische Marx-Forscher Kohei Saito stellt in seinem Text die wichtigsten Erkenntnisse aus seinem Buch »Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus« vor. Sein Fazit: »Marx erkannte klar die zerstörerische Kraft des Kapitals und argumentierte, dass Störungen im universellen Stoffwechsel der Natur (Metabolismus) unweigerlich die materiellen Bedingungen für freie und nachhaltige menschliche Entwicklung untergraben. (...) Marx würde sich also freuen, wenn es heute verschiedene Versuche gäbe, diesen theoretischen Rahmen als Instrument zur Analyse der gegenwärtigen Umweltkrise anzuwenden.«

Der vorliegende Band ist hierzu ohne Frage ein wertvoller Beitrag. Ein Buch, das alle, die sich der Klimakrise entgegenstellen wollen, lesen sollten.

YAAK PABST



| ROMAN |



Pia Klemp
LASS UNS MIT DEN TOTEN TANZEN

Maroverlag | 2019
224 Seiten | 20,00 Euro

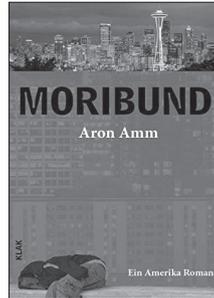
Das Mittelmeer, ein zum Rettungsschiff umgebautes, altersschwacher Kahn und eine Crew aus Hippies, Punks und Weltverbesserern. Protagonisten aus »Lass uns mit den Toten tanzen«, dem Roman der Sea-Watch-Kapitänin Pia Klemp. Klemps Roman ist zwar fiktional, aber die Rettungsmissionen, das Agieren der libyschen Küstenwache, das Leid der Geflüchteten und die Menschenrechtsverletzungen, welche sie auf eindrückliche Weise schildert, sind real.

Der Roman ist aus der Perspektive der Kapitänin einer Rettungsmission geschrieben. Durch ihre Brille erlebt die Leserschaft das nervenaufreibende Suchen nach Schlauchbooten in der Rettungszone, bei der nicht selten die Küstenwache schneller ist und nicht alle Geflüchteten gerettet werden können. Dazu kommen das zermürbende Warten auf die Einfahrtserlaubnis in einen sicheren Hafen oder das Warten auf ein Schiff, an das die Geflüchteten übergeben werden können. Klemp schildert in ihrem Roman auch die Kriminalisierung, der sie und ihre Crew ausgesetzt sind. Das Boot ihrer Romanheldin wird beschlagnahmt und ihr drohen wegen Beihilfe zur illegalen Einreise lebenslange Haftstrafen. »Lass uns mit den Toten tanzen« erzählt nicht nur drastisch vom Sterben im Mittelmeer; der Roman gibt auch Hoffnung, dass mit Solidarität und zivilem Ungehorsam die Welt ein Stück besser gemacht werden kann.

LISA HOFMANN



| ROMAN |



Aron Amm
MORIBUND

Klak Verlag | 2019
382 Seiten | 16,90 Euro

Den Manager eines NBA-Teams und Millionär Isaac trifft es hart: Aufgrund der Weltwirtschaftskrise 2008 lösen sich sein wirtschaftlicher Erfolg wie auch sein Vermögen in Luft auf. Infolgedessen verliert Isaac den gesellschaftlichen Anschluss, als er wohnungslos wird und ihn Freunde und Familie im Stich lassen. Währenddessen wird der schwarze Jugendliche Miles Kaze von einem selbsternannten Wachmann erschossen, als er sich eine Packung Bonbons kauft. Die Werdegänge der beiden Familien verbinden sich miteinander, als die Barrieren zwischen den beiden Klassen verschwimmen – die Folgen der Wirtschaftskrise reißen zahlreiche Existenzen in den Abgrund, Arm und Reich in gleicher Weise.

Aron Amms Roman thematisiert massive gesellschaftliche Missstände in den USA – institutioneller Rassismus, die Schere zwischen Arm und Reich und die Macht der Wirtschaftseliten. Jedoch bleiben die Themen nur peripher miteinander verbunden, wenn sich die Charaktere zufällig über den Weg laufen. Die Leserschaft muss sich den thematischen und dramaturgischen Zusammenhang mühselig selbst zusammensetzen, da eine Einordnung im Roman fehlt. Das liegt sowohl an der großen Anzahl der Charaktere als auch an der kompliziert konstruierten Sprache. Für alle, die sich bereits mit den gesellschaftlichen Problemen der USA auskennen, bietet Aron Amms Roman jedoch spannende und detaillierte Einzelportraits aus der amerikanischen Klassengesellschaft.

IVAN LUCIC



| SACHBUCH |



Dyer-Witheford, Kjøsen & Steinhoff
INHUMAN POWER – ARTIFICIAL INTELLIGENCE AND THE FUTURE OF CAPITALISM

Pluto Press | 2019
200 Seiten | 20,00 Euro

In dem Buch geht es um den derzeitigen Stand der Künstlichen Intelligenz (KI) und um zukünftige Entwicklungen, falls die kühnen Träume zu KI sich verwirklichen sollten. Wird KI gar die Menschen verdrängen? In dem Buch ist KI keine bloße Utopie. Sie wird sehr ernst genommen.

Zunächst schildern die Autoren den jetzigen Stand der Künstlichen Intelligenz (KI): Wo liegen Schwächen? Wie lernen Maschinen? Wie profitieren Konzerne? Wie geht es weiter? Dann wird erläutert, dass für Marx »Arbeit« ein planendes - menschliches? - Bewusstsein voraussetzt. Davon zu unterscheiden ist die kapitalistische (Mehr-)Wertschöpfung, die nur durch juristisch freie - menschliche? - Lohnarbeiter, gemäß deren Arbeitszeit, erfolgen kann. Produktionsmittel im Eigentum der Kapitalisten, also Maschinen, Arbeitstiere oder Sklaven, übertragen durch »Abnutzung« ihren Wert auf die Endprodukte. Sie schaffen aber selbst keinen Wert. Das tut auch KI nicht, soweit Eigentum der Kapitalisten. Allerdings, emanzipiert sich KI zu juristisch freien Lohnarbeitern (etwa als freie »Androiden«), dann könnte zukünftig dem (KI-)Kapital ein KI-Proletariat im Klassenkampf gegenüber stehen. Wozu dann noch Menschen?

Was tun gegen solche Dystopien? Es wird Zeit, dem Kapital als einem »automatischen Subjekt« (Marx), also auch schon eine Art KI, den Stecker zu ziehen. Die Autoren plädieren für einen Sozialismus mit menschlich kontrollierter KI. Sonst droht KI-Barbarei.

THOMAS WALTER



Das hätte sich der olle Adolf H. wohl niemals träumen lassen, als er sich 1945 ganz spontan das Streichholz an den Schnauzbart hielt.

Knapp 90 Jahre nachdem Hindenburg Hitler die Flosse gereicht hat, sind die Konservativen wieder ganz scharf darauf, in Thüringen Hardcore-Nazis wie Bernd Höcke beim ersten Schritt zur Machtergreifung den braunen Teppich auszurollen.

Natürlich muss man da Verständnis zeigen. Denn nie war's für die weder christlich noch demokratisch gesinnte CDU so kompliziert wie heute.

Vergangen die Jahrzehnte, in der sie von einer immer älter werdenden Rentner-Generation einfach nur deshalb gewählt wurde, weil der Krieg endlich vorbei war. Gehasst haben sie die Linken zwar immer, aber die Kommunisten in der Zone haben sich ja praktischerweise selbst eingemauert und die im Westen haben's wenigstens nicht ins Parlament geschafft. Nazis hingegen hat man 1945 die plötzliche Mutation zum lupenreinen Demokraten lächelnd abgekauft, sie in die Partei aufgenommen und einen sogar zum Bundeskanzler gemacht.

Und just als die treuen Wähler sich dem Friedhof näherten, machten auf einmal auch jüngere mit zombiemäßiger Zuverlässigkeit ihr Kreuz bei den Konservativen. Aus Dankbarkeit für eine Kanzlerin, die keine Visionen hat, aber wenigstens die Fresse hält und mit den Händen die Leere in der Raute und ihrem Gehirn veranschaulicht.

Doch damit ist's vorbei. Auf einmal dringen Linke und offene AfD-Nazis in die Parlamente vor und werden dadurch für die aus Tradition und Langeweile einfach immer weiter regierende CDU zu einem Übel. Sogar den Partei-Oberen dämmerte irgendwann, dass man sich dazu verhalten müsse. Was zum nur zwei Sekunden clever wirkenden Beschluss führte, dass man mit beiden nicht spreche, weil sie ja irgendwie das gleiche seien.

Zwar ließe die Behauptung, links und rechts seien dasselbe, selbst von Sechsjährigen geäußert, jeden Verkehrspädagogen vor Verzweiflung in den Bordstein beißen. Aber politisch ist schon was dran: Zum Beispiel ist Steuern für Reiche erhöhen dasselbe wie Steuern senken, Menschenrechte schützen ist dasselbe wie Menschen ermorden. Auch Klimawandel verhindern ist dasselbe wie Klimawandel leugnen. Schließlich ist er am Ende in beiden Fällen verschwunden.

Als nun im aktuellen Thüringer Fall LIN-

Assmann
& Krause



Haut schwarz- braun auf die dumme Nuss



DIE
LETZTE
SEITE

KE und AfD zusammen über die Hälfte der Landtagsmandate gewannen, bemerkte ein CDULer, der in Mathe aufgepasst hatte, dass jetzt eine Mehrheit ohne eine der beiden schwierig würde. Und obwohl man weiterhin beteuert, mit der AfD nicht geredet zu haben, hat es durch intensives Zuzwinkern, Morsezeichen oder Brieftauben schicken dann Anfang Februar doch dazu gereicht, gemeinsam mit der Höckejugend die FDP-Billiardkugel Kemmerich, außen glatt poliert, innen hohl, zum Ministerpräsidenten zu wählen. Genial hingegen war die folgende CDU-Verteidigungsstrategie: Ihre Abgeordneten seien stockdämlich und deshalb einfach nicht darauf gekommen, dass die AfD jemand von der Winz-Partei FDP wählen könnte, der dann so machtlos sei, dass er ohne den Segen der Nazis nicht mal die Öffnungszeiten der Landtagskantine beschließen kann.

Eine Lüge, so glaubhaft, dass selbst den schärfsten Kritikern der Atem im Hals stecken blieb. Doch dann hat CDU-Thüringen-Boss Mohring gesagt, dass man dieses Szenario vorher durchaus besprochen habe. Die alte Petze.

Noch schlechter funktionierte eine Taktik, die CDU-intern „beleidigt-durchgeknallte Leberwurst“ genannt wird. Demnach sind Meinungen aus Westdeutschland arrogant, überheblich und eingebildet, aber nur, wenn sie einem nicht in den Kram passen. Wenn jemand aus Berlin was sagt, erinnert das an die SED. Die hat nämlich auch in dieser ekligen Großstadt gewohnt.

Und überhaupt sei man in Thüringen ostig, eigen, habe eine andere Geschichte und mit den Nazis zu paktieren, gehöre eben zum Brauchtum wie die Bratwurst. Womit man jedem ostdeutschen und besonders Thüringer Antifaschisten ins Gesicht spuckt, und das sind Gott sei Dank ja ganz schön viele.

Bei den Hamburger Wahlen hat die CDU fürs demokratische Antäuschen und dann rechts Ausbrechen gerade richtig eins auf die Nuss bekommen. Doch Lernfähigkeit ist leider unwahrscheinlich. Wünschen sich die CDU-Mitglieder nach 15 Jahren Knechtschaft unter der Roten Angela doch genau den Rechtsruck, den ihnen Merz, Mohring und andere Matschköpfe gerade anbieten.

Dann müssen wir wohl doch wieder selber auf die Straße gehen, um den Demokratie-Karren aus der Nazi-Scheiße zu ziehen. Och Männo! ■



marx21.de

KLICK ONLINE

**Berichte. Analysen.
Interviews. Kommentare.**

Sozialistische Politik auf
einen Blick. Abonniere den
Newsletter auf marx21.de

JEDE WOCHEN NEU. MARX21.DE

DEIN JAHRESABO. DEINE PRÄMIEN.

ABO
25 EUR /
JAHR



3x
GRATIS
BUCH
+ POSTER
+ DIGITALABO

1



2



3



**JETZT JAHRESABO
BESTELLEN ODER WERBEN UND
PRÄMIEN ERHALTEN!**

ALS DANKESCHÖN BEKOMMST DU DAS BUCH »MARXISMUS UND DIE KLIMAKRISE – WIE KANN DER PLANET GERETTET WERDEN?«, DAS POSTER »SYSTEM CHANGE NOT CLIMATE CHANGE« KOSTENFREI NACH HAUSE GESCHICKT. AUSSERDEM ERHÄLST DU NOCH DIE DIGITALE AUSGABE DES MARX21-MAGAZINS ALS E-PAPER (PDF) FÜR EIN JAHR.